



Plenarprotokoll

39. Sitzung

Donnerstag, 27. Januar 2011

**Gedenkminute zum Jahrestag der
Befreiung des Konzentrationsla-
gers Auschwitz am 27. Januar 1945**

3260

Gemeinsame Beratung

**a) Bundesratsinitiative: Futtermit-
telrecht wirksam reformieren.....**

3260

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1157 (neu)

b) Dioxin in Futtermitteln.....

3260

Antrag der Fraktionen von CDU
und FDP
Drucksache 17/1163

**c) Lebensmittelkette vor Schadstof-
fen sichern.....**

3261

Antrag der Fraktion von SPD,
DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/1164 (neu)

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für
Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume..... 3261, 3278

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 3262, 3279

Heiner Rickers [CDU]..... 3265

Lothar Hay [SPD]..... 3267

Carsten-Peter Brodersen [FDP]..... 3269

Ranka Prante [DIE LINKE]..... 3270

Flemming Meyer [SSW]..... 3271

Dr. Christian von Boetticher
[CDU]..... 3273

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3274	Kirstin Funke [FDP].....	3291
Dr. Michael von Abercron [CDU].	3275	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3292
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3276	Björn Thoroë [DIE LINKE].....	3294
Peter Harry Carstensen [CDU].....	3277	Anke Spoorendonk [SSW].....	3295, 3300
Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 17/1163 durch Berichter- stattung der Landesregierung erle- digt		Peter Harry Carstensen, Minister- präsident.....	3296
2. Überweisung der An- träge Drucksachen 17/1157 (neu) und 17/1164 (neu) an den Um- welt- und Agrarausschuss.....	3280	Anette Langner [SPD].....	3298
Verbraucherinformationsgesetz.....	3280	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3299
Bericht der Landesregierung		Wolfgang Kubicki [FDP].....	3300
Drucksache 17/1155		Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	3303
Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	3280	Dr. Axel Bernstein [CDU], zur Geschäftsordnung.....	3304
Ursula Sassen [CDU].....	3281	Beschluss: 1. Überweisung der Drucksachen 17/1072 und 17/1175 an den Europaausschuss 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1174.....	3304
Andreas Beran [SPD].....	3282	Die schleswig-holsteinische Er- wachsenen- und Weiterbildung.....	3304
Carsten-Peter Brodersen [FDP].....	3283	Große Anfrage der Fraktion des SSW Drucksache 17/661	
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3284	Antwort der Landesregierung Drucksache 17/951	
Ellen Streitböcker [DIE LINKE]...	3286	Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	3304
Lars Harms [SSW].....	3287	Anke Spoorendonk [SSW].....	3306, 3313
Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	3288	Marion Herdan [CDU].....	3307
Gemeinsame Beratung		Hans Müller [SPD].....	3308
a) Eine europäische Nordsee-Strat- egie unterstützen	3288	Kirstin Funke [FDP].....	3309
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1072		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3310
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1175		Ulrich Schippels [DIE LINKE]....	3311
b) Europapolitik in Schleswig-Hol- stein wieder aufbauen.....	3288	Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss und den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	3314
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1174		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung des Mittel- stands (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz - MFG).....	3314
Rolf Fischer [SPD].....	3288, 3297, 3302	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1159	
Niclas Herbst [CDU].....	3289		

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1227

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr..... 3314
Johannes Callsen [CDU]..... 3315
Regina Poersch [SPD]..... 3316
Christopher Vogt [FDP]..... 3318
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 3319
Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 3321
Lars Harms [SSW]..... 3322

Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1159 und des Änderungsantrags Drucksache 17/1227 an den Wirtschaftsausschuss, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss... 3324

Gemeinsame Beratung:..... 3324

a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern..... 3324

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1083

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1201

b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen..... 3324

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1138

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..... 3324

Ursula Sassen [CDU]..... 3325

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3327

Andreas Beran [SPD]..... 3328

Anita Klahn [FDP]..... 3329

Ellen Streitbürger [DIE LINKE]... 3330

Lars Harms [SSW]..... 3331

Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/1083 Buchst. a und Änderungsantrag Drucksache 17/1201 Buchst. a durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Antrag Drucksache 17/1138 Buchst. a vom Antragsteller zurückgezogen

3. Überweisung der Anträge Drucksachen 17/1083 Buchst. b und c und 17/1138 Buchst. b bis g sowie des Änderungsantrags Drucksache 17/1201 Buchst. b bis d an den Umwelt- und Agrarausschuss, den Sozialausschuss und den Europaausschuss..... 3332

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Plenartagung ist eröffnet. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Als erkrankt am heutigen Tag sind die Abgeordneten Detlef Buder, Jürgen Weber und Heinz-Werner Jezewski gemeldet. - Von dieser Stelle aus wünschen wir ihnen gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Minister Rainer Wiegard für die Landesregierung und ab heute Nachmittag 14 Uhr Frau Abgeordnete Ranka Prante.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz sowie deren Lehrkräfte. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Am 27. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen das Konzentrationslager Auschwitz. Die Befreier fanden nur noch 8.000 völlig entkräftete Menschen vor. Bis zur letzten Minute hatten ihre Peiniger versucht, möglichst viele Menschenleben zu nehmen. Auf Todesmärschen verloren auf diese Weise kurz vor dem Ende noch einmal mehrere Tausend Menschen ihr Leben. Insgesamt wurden weit über 1 Million Menschen in Auschwitz ermordet. Auch das war nur ein Teil der Opfer des nationalsozialistischen Herrschafts- und Vernichtungssystems.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt heute zusammen mit Menschen in der ganzen Welt dieser Opfer von Unmenschlichkeit, Rassismus und Intoleranz. Unter den Ermordeten und Verfolgten waren Menschen jüdischen Glaubens, politisch Andersdenkende, Sinti und Roma, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung, Frauen und Männer des Widerstands und Kriegsgefangene. Das millionenfache Morden traf Menschen aller Religionen, Weltanschauungen und ethnischen Zugehörigkeiten. Auch die Orte des Mordens waren vielfältig. Auschwitz-Birkenau steht nur stellvertretend für dieses System des industriellen Mordens, das auch in Schleswig-Holstein mit den Namen Fröslev, Ladelund und Schwesing ganz konkret benannt werden kann.

Nach über 60 Jahren stellt sich uns bis heute immer wieder die Frage nach der Form des Erinnerns an diese ungeheuerlichen Ereignisse und Taten, die mit dem deutschen Volk untrennbar verbunden sein werden. Wie kann das unsagbare, in seinen Ausmaßen unvorstellbare Geschehen fassbar und gegenwärtig gemacht werden? Wie kann die Erinnerung wachgehalten werden in einer Zeit, in der bald keine Zeitzeugen des Holocaust mehr unter uns sind?

In der Gedenkveranstaltung heute Abend in Rendsburg, die vom Landtag, von der Landeszentrale für politische Bildung und vom Landesmuseum gemeinsam durchgeführt wird, steht diese drängende Frage im Vordergrund.

Eine Antwort darauf ist die Auseinandersetzung mit dem Tagebuch der Anne Frank. Mit ihren Ängsten und Hoffnungen, mit der Sprache eines heranwachsenden Mädchens, das sich noch alles von der Zukunft erhofft, erreicht Anne Frank bis heute die Herzen ihrer Leserinnen und Leser. Auschwitz-Birkenau und das Versteck der Franks in einer Hinterhofwohnung in Amsterdam liegen auf den ersten Blick weit voneinander entfernt. Und doch sind sie gleichermaßen Teil dessen, an das wir heute erinnern.

Die Zukunft, die jungen Menschen wie Anne Frank damals genommen wurde, müssen wir der jungen Generation heute sichern. Das sind Auftrag und Vermächtnis der Ereignisse von vor über 60 Jahren. Wir müssen die Jugend fördern, bilden, ausbilden, ihr Potenzial für eine friedliche Zukunft ausschöpfen - dann wäre viel erreicht. Wohin Intoleranz, Vorurteile und Hass führen, daran erinnert uns dieser Tag, daran erinnert uns der Name Auschwitz.

Wir wollen nun gemeinsam einen Moment innehalten und schweigend gedenken. - Ich danke Ihnen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24, 25 und 26 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bundesratsinitiative: Futtermittelrecht wirksam reformieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1157 \(neu\)](#)

b) Dioxin in Futtermitteln

(Präsident Torsten Geerds)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1163

c) Lebensmittelkette vor Schadstoffen sichern

Antrag der Fraktion von SPD, DIE LINKE und
SSW
Drucksache 17/1164 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegenden Anträge aller Fraktionen unterstützen meine Bestrebungen zur weiteren Verbesserung der **Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit**. Sie greifen zum großen Teil die Positionen und Forderungen auf, die bereits in den gemeinsamen **Aktionsplan** der Verbraucherschutz- und Agrarministerkonferenz vom 18. Januar 2011 eingeflossen sind. Deshalb möchte ich heute nicht zu lange in die Vergangenheit blicken, sondern Ihnen neben einem kurzen Abriss über das Krisenmanagement der vergangenen Wochen aufzeigen, welche Konsequenzen Bund und Länder aus dem Dioxinskandal gezogen haben.

Zunächst gilt aber mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses und des Landeslabors, die diese komplexen Arbeiten und Ermittlungen mit großem Einsatz und hochprofessionell vorangetrieben und die notwendigen Maßnahmen veranlasst haben.

(Beifall)

So haben wir im Rahmen unseres **Krisenmanagements** unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen: Im Ministerium und im Landeslabor wurde ein Krisenstab eingerichtet, der sieben Tage die Woche besetzt war. Die Staatsanwaltschaft wurde unverzüglich informiert. Es erfolgten laufende Ermittlungen auf den verschiedenen Produktionsstufen, Folgeabschätzungen und Entscheidungen, eine regel-

mäßige Berichterstattung an das Bundesministerium und die Länder sowie eine länderübergreifende Abstimmung zum Teil über Konferenzen. Der Landtag und das Kabinett wurden informiert. Es wurde kurzfristig ein Informationsangebot im Internet eingestellt und ein Bürgertelefon eingerichtet. Es erfolgte eine ständige Information der Öffentlichkeit über die Medien zu Fortschritten der Ermittlungsarbeit auch am Wochenende.

Im Rahmen der **Untersuchungen** hat das Ministerium insgesamt 112 amtliche Futterfettproben aus der Eingangs- und Ausgangsware der Firma Harles und Jentzsch ab Herstellungsdatum 11. November 2010 von den Standorten Uetersen und Bösel zur Untersuchung gegeben. Zwischenzeitlich liegen alle Ergebnisse vor. Die Dioxinwerte liegen zwischen 0,13 bis 62,07 ng/kg. In 65 Fällen wurde der zulässige Höchstgehalt unterschritten, in 46 Fällen aber überschritten. Diese zu hoch belasteten Futterfette hätten nicht in die Futtermittelherstellung eingehen dürfen.

Weiterhin wurden je sieben Rückstellproben der Ausgangsware vom Standort Bösel und Standort Uetersen, die vor dem 11. November 2010 produziert wurden, untersucht. Die Ergebnisse wurden am 18. Januar veröffentlicht. Während die Ware aus Bösel nicht zu beanstanden war, wiesen beim Material aus Uetersen sechs Proben - wenn auch geringe - Höchstmengenüberschreitungen auf. Somit können die hohen Dioxinwerte auf die rund 100 t Futterfette eingegrenzt werden, die zwischen dem 11. und 25. November 2010 nach Bösel geliefert wurden.

Welche Erfahrungen haben wir aus diesem Fall gewonnen, welche **Folgerungen** sind notwendig, damit so etwas in Zukunft nicht wieder passiert? Ich möchte Ihnen eine erste kurze Bewertung geben.

Das **Sicherheitssystem**, das nach dem BSE-Skandal entwickelt worden ist, hat sich im Prinzip bewährt. Durch die Rückverfolgbarkeit konnte der Umfang belasteter Futtermittel relativ schnell eingegrenzt werden. Richtig war es, aus Vorsorgegründen zunächst von einer größeren Verdachtsmenge auszugehen, die dann in einem abgestimmten Verfahren zu einer Entsperrung der meisten Betriebe führte. Aufgrund der sehr zeitaufwendigen Analysen ergaben sich leider unvermeidbare Verzögerungen. Das Sicherheitsnetz **risikoreicherer Futtermittelkomponenten** wie Fettsäuren ließ zu große Schlupflöcher. Eine Gesundheitsgefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher lag glücklicherweise zu keinem Zeitpunkt vor. Das hat das Bun-

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

desinstitut für Risikobewertung gestern in einer aktuellen Bewertung nochmals bestätigt.

Dennoch reagierten viele **Verbraucherinnen und Verbraucher** zum Teil sehr verunsichert und stellten ihr Einkaufsverhalten um. Der **wirtschaftliche Schaden** in der Landwirtschaft ist enorm, vor allem durch starke Preiseinbrüche und Nachfragerückgang bei Schweinefleisch und Eiern. Das spüren wir auch auf den Exportmärkten.

Aus diesem Dioxinskandal eine Forderung nach **Änderung der Agrarpolitik** abzuleiten, halte ich für abwegig, ja sogar schädlich. Damit gewinnen wir nicht das Vertrauen verunsicherter Verbraucherinnen und Verbraucher zurück, sondern erreichen das Gegenteil. Es geht hier nicht um Öko oder Konventionell, Groß oder Klein, sondern um die Sicherheit unserer Lebensmittel auf allen Ebenen und in allen Betrieben. Niemand sollte in einem solchen Fall auf andere zeigen, denn vor kriminellen Machenschaften ist niemand geschützt.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass es Bund und Ländern einstimmig gelungen ist, auf der Basis einer **Schwachstellenanalyse** einen Aktionsplan zu erstellen, der sehr konkret und ohne einseitige Ideologie Lehren aus den Vorkommnissen zieht. Wenn sich der parteipolitische Nebel verzogen hat, wird man feststellen, dass Frau Bundesministerin Aigner die richtigen Signale zum richtigen Zeitpunkt gesetzt hat. Ich bin ihr auch sehr dankbar, dass sie schon in dieser Woche wesentliche Punkte unseres Aktionsplans auf EU-Ebene diskutiert und weitgehend durchgesetzt hat.

Folgende **Punkte des Aktionsplans** möchte ich besonders hervorheben: Die Eigenverantwortung der Futter- und Lebensmittelhersteller steht weiterhin an erster Stelle. Das Qualitäts- und Zertifizierungsmanagement muss aber verbessert werden. Die Produktionsströme zwischen technischen und Futterfetten werden eindeutig getrennt. Produzenten von Futtermittelkomponenten mit höherem Risiko müssen sich künftig einem Zulassungsverfahren unterziehen. Futtermittelkomponenten müssen künftig analysiert werden, bevor sie weiterverarbeitet und ausgeliefert werden. Wir brauchen eine EU-weite Positivliste für Futtermittel.

(Beifall des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Hier müssen wir gemeinsam weiter Überzeugungsarbeit leisten. Die Produzentenhaftung muss verbessert werden, zum Beispiel über eine verschuldensunabhängige Haftpflichtversicherung.

Meine Damen und Herren, eine **Bundsratsinitiative** zur Änderung des Futtermittelrechts zu starten, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für nicht zielführend. Der Bund und die Länder haben sich in einem gemeinsamen Aktionsplan auf das weitere Vorgehen verständigt, um den Verbraucherschutz sowohl in der Futtermittel- als auch in der Lebensmittelkette zukünftig deutlich zu verbessern.

Zur Umsetzung des Aktionsplans wurden nicht nur die notwendigen Akteure, sondern auch der erforderliche **Zeitrahmen** festgelegt. Da es seit der Veröffentlichung des Aktionsplans inhaltlich keine neuen Erkenntnisse gibt, ist eine Bundsratsinitiative nach meiner Auffassung jetzt nicht zweckmäßig. Wir brauchen jetzt keinen hektische Aktionismus, sondern abgestimmte und begründete Aktionen, und die Bundesministerin hat die ersten Gesetzentwürfe zeitnah angekündigt.

Meine Damen und Herren, **kriminelle Machenschaften** wird man nie ganz ausschließen können, wir müssen sie aber erschweren und ein Höchstmaß an Sicherheit für unsere Lebensmittel gewährleisten. Mit dem 14 Punkte umfassenden gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern wird der Verbraucherschutz gestärkt und ein verantwortungsvoller Umgang mit Lebens- und Futtermitteln zukünftig sichergestellt. Ich bin der Auffassung, dass wir auf einem guten Weg sind, den wir konsequent verfolgen müssen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die Redezeit um 4 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt auch den Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Herrn Heller. - Seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Ministerin, vielen Dank an die

(Bernd Voß)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Einsatz der letzten Wochen und für den Bericht, der heute vorgelegt wurde. Ich möchte an dieser Stelle nicht wieder alles aufführen, was wir in den letzten Wochen kritisiert und wo Defizite gelegen haben. Sie haben eingeschränkt „im Prinzip“ hat alles funktioniert. Von daher möchte ich Sie heute vom Vortragen der Liste entlasten. Zugleich möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir erst am Tag 13 nach der Krise eine Internetplattform bekommen haben, bei der sich Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechend informieren konnten, und dass es sehr, sehr lange gedauert hat, bis man überhaupt einen Überblick hatte, was nach **Schleswig-Holstein** gekommen ist. Es gibt eine ganz lange Liste, anhand der man gucken muss, was schiefgegangen ist. Die Berufsverbände, die stolz sagen: Unser QS hat funktioniert. Man wird noch intensiv darüber reden müssen, was hier alles schiefgegangen ist.

Lebensmittelskandale gehen in Mitteleuropa meist von **Futtermitteln** aus. Sehr oft ist **Dioxin** beteiligt. Lebensmittelskandale wiederholten sich in den letzten zehn Jahren mindestens einmal jährlich. Dann werden die Aktionspläne vorgestellt. Die Punkte des jetzigen Aktionsplans hatten wir zum großen Teil auch bereits zu Herrn Seehofers Zeiten, nur wurden sie ungenügend umgesetzt. In dieses Bild passen auch Äußerungen des ehemaligen Umweltministers und angehenden - ich glaube, es ist richtig titulierte - Ministerpräsidentenkandidaten, Herrn von Boetticher. Er redete beim Neujahrsempfang in Schenefeld vom Geschäft der Medien mit der Angst und machte deutlich, dass nie eine Lebensgefahr von dioxinbelasteten Lebensmitteln ausgegangen sei. Außerdem sei es ein Irrglaube, dass man so etwas in Zukunft verhindern könne.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das stimmt ja auch!)

An dieser Stelle möchte ich Frau Rumpf abgewandelt zitieren: Mit solchen Äußerungen verspielt er das gewachsene und zukünftige **Vertrauen** von Verbraucherinnen und Verbrauchern in die Produkte unseres Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der amtierende Ministerpräsident ist da schon etwas konsequenter. Ich zitiere aus der Presse, dass er härtere **Strafen** fordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn es dann an eine tiefgehende systematische Ursachenbekämpfung geht, wird gern von einzelnen Kriminellen geredet.

Dass aber auch die **Raiffeisen-Warengenossenschaft** als Abnehmer belasteter Futterfette, durch Unterschlagung von Lieferlisten tief in diesen Fall verstrickt ist, macht eines ausgesprochen deutlich: Es gibt neben diesem einen schwarzen Schaf viele scheinbar ahnungslose weiße Schafe. Sie haben es erst durch den Handel mit diesen Hasardeuren möglich gemacht, dass eine lukrative kriminelle Geschäftemacherei, eine systematische Entsorgung von Giftmüll in die Futtermittelkette und die Lebensmittelkette stattfinden konnte. Daher gehören auch diejenigen öffentlich genannt, die unmittelbar mit diesen schwarzen Schafen Handel getrieben haben. Öffentlichkeit und die Gefahr, die Reputation zu verlieren, ist schließlich - um es in die klassische Sprache zu bringen - ein ganz entscheidender ökonomischer Faktor. An dieser Stelle kann man sie treffen und erziehen. Wir wissen bis heute nicht, wer die vergifteten Chargen aus Uetersen oder Bösel überhaupt bezogen hat. **Transparenz und Öffentlichkeit** sind erste und zentrale Forderungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Es gibt zugleich zentrale Forderungen für eine **Reform des Futtermittelrechts**, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, sind sie aber nicht. Die Futtermittelwirtschaft - europaweit, bundesweit, landesweit - hat es immer wieder geschafft, zu verhindern, dass wir ein **Reinheitsgebot** bekommen, mit einer rechtlich verbindlichen **Positivliste**, die aufführt, was in Futtermitteln enthalten sein darf.

Eine weitere Forderung ist die offene **Deklaration**, was darin enthalten ist, in welchen Mengen, von wem erzeugt - eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer von der CDU verhindert!)

Ich betone noch einmal, dass wir eine Erklärung brauchen, dass kein Verschneiden von Zulieferkomponenten in die Futtermittelkette hinein stattgefunden hat.

Die Forderung nach einer **verschuldensunabhängigen Haftung** ist heute bereits mehrfach genannt worden. Sie muss endlich umgesetzt werden. Das schließt sich hier an. Wir können die Forderungen des **14-Punkte-Plans** der Ministerin Aigner und der Landes- und Bundesminister für Verbraucher-

(Bernd Voß)

schutz erst einmal zur Kenntnis nehmen. Wir müssen aber auch sehen, dass in diesen 14 Punkten genug Scheunentore sind, durch die sich wieder entsprechend neue Machenschaften auf tun können. Es sind genug „Klöndeeldören“ - wenn ich das einmal so norddeutsch sagen darf - in diesem 14-Punkte-Programm, wo sich auch Politik und Länder wieder entsprechend zurückziehen können, wenn der Rauch verfliegen ist, man nicht mehr darüber redete und der **Umsetzungsdruck** nicht mehr so groß ist. Entscheidend bleibt letztlich, was umgesetzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

In den letzten Tagen scheint die Bereitschaft da zu sein, auch im nationalen Alleingang etwas umzusetzen. Aber erst gestern hat sich Bundesministerin Aigner bei den europäischen Kollegen mit zentralen Forderungen nicht durchsetzen können - Haftpflichtpositivliste.

Die Krise hat ihren Ursprung in Schleswig-Holstein. Auch wenn die Systeme der **Eigenkontrolle** an Haupt und Haaren reformiert werden, müssen wir im Grunde erst einmal abstecken, wo wir kontrollieren wollen und wo wir kontrollieren müssen. Wir müssen überblicken, wie die **Unternehmen** verflochten sind, mit wem die Unternehmen ihre Gewinne machen. Es ist besser, ein riskantes Unternehmen am Anfang der Futtermittelkette zu kontrollieren, als Millionen von Eiern und Hühnerbraten hinterherzulaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es wird zu einer Aufstockung der bisher **3,5 Stellen** in der **Futtermittelkontrolle** in **Schleswig-Holstein** kommen müssen. Für die Finanzierung der öffentlichen Kontrollen brauchen wir eine rechtliche Möglichkeit, um branchenspezifisch risikobasierte Umlagen zu erheben. Dafür muss sich das Land einsetzen. Frau Ministerin, Sie haben es aufgegriffen. Sie haben angefangen. Die Kollegen sind noch nicht eingestiegen. Wir hätten bereits im Herbst damit anfangen müssen, als klar war, wie eng die Finanzbasis bei uns in diesem Bereich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die deutsche und die schleswig-holsteinische Agrar- und Ernährungspolitik ist auf billige, am Weltmarkt orientierte **Massenerzeugung** ausgerichtet. Die Exportstrategie ist den Bauern nicht unbedingt gut bekommen. So ist allein im Jahr 2008 jeder sechste Schweinehalter in Deutschland ausge-

stiegen. Das sind über 14.000 Betriebe. Auf die zerstörerische Wirkung dieser offensiven Exportstrategie für die regionalen Märkte der Länder in der Dritten Welt will ich an dieser Stelle nicht eingehen; auch nicht darauf, dass 70 % der Eiweißfuttermittel importiert werden mussten, um diese intensive Tierhaltung bei uns überhaupt betreiben zu können.

Aber man hat Betriebe in ein hochriskantes System der Tierhaltung reinlaufen lassen. Jetzt sind diese Märkte infolge der europaweiten und weltweiten Folgen des Futtermittelskandals zusammengebrochen. Die Europäische Union wird mit öffentlichem Geld eine private Lagerhaltung der Schweinefleischberge finanzieren. Ich lasse an dieser Stelle eine Bewertung offen.

Der **Besuch** der **europäischen Futtermittelkontrolleure** gestern in Schleswig-Holstein ist vor dem Hintergrund der europaweiten Folgen und weltweiten Auswirkungen, die von Schleswig-Holstein ausgegangen sind, nicht als reiner Höflichkeitsbesuch zu verstehen.

Der Skandal zeigt aber auch: Wir haben die dringende Notwendigkeit einer **Neuorientierung** der **Agrar- und Ernährungspolitik** hin zu einer fairen bäuerlichen, tier- und umweltgerechten Landwirtschaft,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

einer bodengebundenen Tier- und Lebensmittelproduktion. Das ist gut für Wasser, Artenvielfalt und ländliche Wirtschaftsentwicklung.

Das immer größer werdende Ausmaß der Belastung, die monatelang unbemerkte Vergiftung von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Produkten der Futtermittelkette und der Massentierhaltung zeigen, dass die Agrarindustrie ihre selbst produzierten Probleme nicht in den Griff bekommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei diesen Vorzeichen ist es falsch zu sagen, wir brauchen keine Agrarwende, wir brauchen keine Neuorientierung der Agrarpolitik, wir machen weiter mit der Exportstrategie. Das ist falsch und schädlich für das Land. Wir müssen aus diesem Konflikt alle endlich einmal lernen, dass es vorangehen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Dr. Michael von Abercron [CDU]: Herr Kollege Voss, Sie haben eben angedeutet, dass sich die Belastung der Nahrungsmittel mit Schadstoffen erhöht habe. Können Sie darstellen, oder wissen Sie, wie sich die Belastung der Dioxine gerade in den letzten zehn Jahren bei unseren Nahrungsmitteln entwickelt hat?

- Ich glaube, Sie haben den Ausführungen nicht genau gelauscht. Es ist richtig, dass durch die von uns eingeleitete Umweltpolitik die sogenannte Hintergrundbelastung im Bereich der Dioxine heruntergegangen ist.

(Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]: Frage beantworten!)

Es geht an dieser Stelle aber darum, dass wir durch kriminelle Machenschaften eine systematische Entsorgung haben. Dadurch werden Dioxine unnötigerweise wieder in die Nahrungsmittelkette und in die Futtermittelkette eingebracht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich denke, es wird an dieser Stelle ausgesprochen deutlich, dass dies über Monate geschehen ist. Ich weiß nicht, was Sie hier in Abrede stellen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind einmal wieder in die Agrar- und in die Strukturpolitik abgewichen. Wir wollten über die Frage diskutieren: Dioxinskandal oder nicht. Daher werde ich zum Thema Dioxin sprechen und nicht nur zur Agrarpolitik. Herr Voß, ich denke, dazu kommen wir in zweieinhalb Stunden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Muss es nicht, dazu kommen wir. Waren die Auswirkungen des Dioxinskandals wirklich so gravierend, oder waren sie überzeichnet?

(Zurufe)

- Ich fange noch einmal an, das macht nichts. Also zu der Frage, ob es einen Skandal gibt oder nicht: Waren die Auswirkungen des **Dioxinskandals** wirklich so gravierend, oder waren sie überzeichnet? Kann man zurückblickend Entwarnung geben? - Das sind die zentralen Fragen, über die wir heute Morgen diskutieren wollen. Diese zentrale Frage haben nicht nur uns als Politiker, sondern alle, die sich mit der Produktion von Futter- und Lebensmitteln beschäftigten, insbesondere aber die **Verbraucher** in den letzten Wochen umgetrieben.

Für alle heißt das, dass eine möglichst objektive Aufarbeitung des Falles Harles und Jentzsch insbesondere im Hinblick auf eine etwaige **Gesundheitsgefährdung** der Verbraucher geschehen muss und dass Lösungsansätze entwickelt werden müssen, um noch mehr **Sicherheit** bei der Futter- und Lebensmittelproduktion zu gewährleisten.

Das in Uetersen ansässige **Unternehmen** Harles und Jentzsch hat sich in den letzten Jahren auf die Herstellung und auf den Vertrieb sowohl von Fettsäuremustern für technische Verwendungen als auch zur Herstellung von Futtermitteln spezialisiert. Futterfett bereitzustellen, ist wesentlich lukrativer als die Herstellung der technischen Variante. Es unterliegt aber auch höheren Anforderungen, die im Rahmen des nach BSE unter Frau Künast eingeführten Systems der Selbstkontrolle überwacht werden; das vorweg.

Die Firma Harles und Jentzsch hat am 23. Dezember 2010 im Landwirtschaftsministerium in Kiel eine Grenzwertüberschreitung bei einer Futtermittelcharge aus dem November 2010 gemeldet. Dies geschah zunächst per E-Mail und ohne konkretes Analyseergebnis. Nachdem das dann am 27. Dezember 2010 konkret vorlag, wurde unter der Verantwortung von Frau Ministerin Dr. Juliane Rumpf umgehend der vorgesehene **Aktionsplan** angeschoben. Dazu gehören die Schnellmeldungen an die anderen Bundesländer, an den Bund und an die EU. Gleichzeitig wurden die Warenströme nach Sichtung der Unterlagen zurückverfolgt. Vorsorglich wurden daraufhin in **Schleswig-Holstein** über 80 und in **Niedersachsen** sogar über 4.500 **landwirtschaftliche Betriebe** der Bereiche Schweinemast,

(Heiner Rickers)

Puten- und Hähnchenmast und Eierproduktion gesperrt.

Die 112 Rückstellproben aus einer Charge von 180 t Futterfett der Firma Harles und Jentzsch, hergestellt vom 11. November bis 20. Dezember 2010, haben aufgrund von Berechnungen glücklicherweise für die dann daraus entstandenen 120.000 t Futter für Hühner und Schweine ergeben, dass in diesen Futtermitteln keinerlei **Grenzwertüberschreitungen** vorlagen. Die Grundsubstanz von Harles und Jentzsch war in den Endmastfuttern leider so weit verdünnt, dass keinerlei Gefährdung für die Verbraucher vorlag. Das ist kriminell.

Auch die bis in den März 2010 rückwirkend untersuchten **Stichproben** der 1.400 **Rückstellproben** bei Harles und Jentzsch ergaben gleiche Ergebnisse mit dem Resultat, dass keine Gefährdung für die Verbraucher bestand. Diese zügige und objektive Aufarbeitung verdanken wir insbesondere unserer Ministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich im Namen der CDU-Fraktion und aller hier Anwesenden noch einmal recht herzlich meinen Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch ich komme zu der Bewertung, dass es natürlich ein Skandal war, weil ein Unternehmen mit krimineller Energie und aus Profitsucht eine gewaltige Welle der Verbraucherverunsicherung produziert hat, weil daraufhin die **Märkte** für die Schweine- und Geflügelwirtschaft zusammengebrochen sind und **Verluste** im dreistelligen Millionenbereich auf die **deutsche Landwirtschaft** zukommen, die ohne eigenes Verschulden getroffen wird, weil die Verunsicherung über deutsche und europäische Grenzen hinausging und weil für eine derart nachhaltige Verunsicherung gesorgt wurde, dass der Schaden noch gar nicht abzusehen ist.

Das System der **freiwilligen Selbstkontrolle** hat nachweisbar keine Gefährdung der Verbraucher durch Dioxine in Futtermitteln festgestellt. Zehn Jahre nach BSE war das starke Medieninteresse verständlich. Eine Panikmache war aber - zumindest im Nachhinein - absolut fehl am Platz. So waren auch gestern in den Medien vom **Bundesinstitut für Risikobewertung** Formulierungen wie „es bestanden keine Risiken für die Verbraucher“ und „es gab keine akute Gesundheitsgefährdung“ zu hören. Die im Verhältnis zur täglichen Dioxinaufnahme stehenden **Konzentrationen** wurden als sehr gering bezeichnet. Es muss jedoch aufgrund der **Toxizität** gerade in Lebensmitteln jede Dioxinmenge vermieden werden. Eine gemeinsame Erklärung

der Sonderkonferenz der Verbraucherschutz- und Agrarminister vom 10. Januar 2011 sieht als erste Konsequenz aus den Ergebnisse des Dioxinskandals in einem **14-Punkte-Plan** Verbesserungen im Bereich **Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit** vor.

Es gibt unter anderem folgende **Schwerpunkte**: die strikte Abgrenzung von Futtermittel- und Lebensmittelherstellung von anderen wirtschaftlichen Nutzungen, unerlaubte Stoffe haben in der Lebensmittelkette nichts zu suchen, strenge Zulassungsverfahren für die Anerkennung als Futtermittelbetrieb, genau definierte Positivlisten, verbindliche Eigenkontrollen mit der Verpflichtung zur Untersuchung und Meldung von Grenzwertüberschreitungen, eine bessere Kontrolle am sogenannten Flaschenhals in der Produktion, die Einrichtung einer Haftpflichtversicherung für Schäden in der Produktionskette und die Etablierung einer für Bund, Länder und EU vergleichbaren Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung. Das sind nur die wichtigsten Punkte des gemeinsamen Aktionsplans.

Eine intensive Befassung mit den Vorschlägen, die in den Anträgen der Oppositionsfraktionen dargestellt sind, sollten wir im Agrarausschuss vornehmen. Eine pauschale Verunglimpfung unserer heimischen Landwirtschaft, wie sie im Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Punkt III. des Antrags und auch wörtlich von Herrn Voß wiedergegeben wurde, weise ich entschieden zurück, das kann ich für meine Fraktion vorwegnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich komme noch einmal zu dem Zitat. Herr Voß, Ihre Aussage, dass das immer größer werdende Ausmaß der Belastung und die monatelang unbemerkte Vergiftung von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Produkten aus der Massentierhaltung zeigen, dass die **Agrarindustrie** ihre selbst produzierten **Risiken** nicht in den Griff bekommt, entbehrt aus meiner Sicht jeglicher Grundlage. Herr Voß, hier die Gelegenheit zu nutzen, unsere heimische Landwirtschaft wieder einmal pauschal in Misskredit zu bringen, gehört nicht in die Debatte um Dioxin.

(Beifall bei CDU und FDP - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das ist unerhört!)

Das gehört zum Thema Agrarpolitik. Ich denke, wir werden uns im Laufe des Tages mit dem Thema befassen. Zum Thema Agrarpolitik müssen Sie insofern einen gesonderten Antrag stellen.

(Heiner Rickers)

Zum Schluss ein positiver Satz aus der Sicht der Agrarerzeuger: Die Schweinepreise steigen. Das, was wir als Skandal und als absoluten Marktzusammenbruch bezeichnet haben, scheint sich aus Sicht der Erzeuger und auch der Verbraucher zu entspannen. Die Schweinepreise steigen, wir können wieder in den Stall gehen und die Schweine füttern. Die Schlachter können die Schweine wieder schlachten; immer im Vertrauen darauf, dass gesunde Lebensmittel in der Theke landen. Ich danke für Ihr Vertrauen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Noch mal? - Sie können gern eine Frage stellen, dann kann ich das besser verstehen.

Präsident Torsten Geerds:

Es wurde aber keine Frage gestellt.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich freue mich auf eine sachorientierte Debatte im Agrar- und Umweltausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Vorbemerkung anfangen: Wie eine neue Agrarpolitik auszusehen hat, werden wir beim übernächsten Tagesordnungspunkt diskutieren, um dort auch deutlich zu machen, wo die Sozialdemokraten stehen. Bei diesem Tagesordnungspunkt werde ich mich mit dem Dioxinskandal beschäftigen. Es ist gesagt worden: Zugrunde liegt das **rechtswidrige Handeln** eines Futtermittelherstellers aus Uetersen, Harles und Jentsch. Dieser Skandal ist noch nicht in allen Facetten aufgeklärt. In einem Rechtsstaat ist dies aber die Aufgabe der Staatsanwaltschaft und später der Gerichte. Neben dem noch nicht zu beziffernden Schaden für die vielen landwirtschaftlichen Betriebe ist das **Vertrauen der Verbraucher** schwer erschüttert.

Nun ist es nicht der erste Skandal in den letzten Jahren. Ich kann mich an die Jahre 1998 bis 2010 erinnern. In diesen Jahren hatten wir regelmäßige Skandale. Wenn man sieht, wer auf Bundesebene die Zuständigkeit hatte, so waren das ein roter

Landwirtschaftsminister, eine grüne Ministerin und zwei schwarze Minister. Insofern wehre ich mich etwas dagegen, dies parteipolitisch in eine bestimmte Richtung zu drücken.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Nach jedem Skandal wurden von der Bundesregierung Konsequenzen und strengere Vorschriften angekündigt. Leider muss man feststellen: Verändert hat sich wenig. Wenn in Zukunft weitere Skandale vermieden werden sollen, dann reicht es nicht aus, 10- oder 14-Punkte-Pläne zu verabschieden. Erforderlich sind schnelle **Änderungen des nationalen Rechts**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich betone ausdrücklich: des nationalen Rechts.

Frau Ministerin Dr. Rumpf hat darauf hingewiesen, dass es bei der Positivliste, auf die ich noch eingehen werde, auch einer **europäischen Einigung** bedarf. Wollen wir wirklich darauf warten, bis sich 27 Mitgliedstaaten auf eine Positivliste geeinigt haben, oder machen wir nicht lieber selbst erst einmal Vorschläge, damit das bei uns sicher wird?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich das freiwillige und amtliche **Lebensmittelkontrollsystem** den jetzigen Dioxinskandal nicht hat verhindern können. Also bedarf es nicht nur einer Überprüfung, sondern wir müssen auch verbessern. Wenn nötig, müssen wir mehr Kontrolleure einstellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

So weit besteht sicherlich Einigkeit. Selbst die Verbraucherschutzministerin Aigner hat dies nach längerem Zögern eingestanden und ihre Politik des Schwarze-Peter-Spiels mit Vorwürfen an andere Stellen, auch in Richtung Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aufgegeben.

Was wir allerdings nicht brauchen können - da teile ich die Auffassung von Ihnen, Herr Voß -, ist das, was der ehemalige Landwirtschaftsminister, Herr von Boetticher, laut „Schenefelder Zeitung“ auf einem Neujahrsempfang gesagt hat. Das ist nicht hilfreich, wenn man davon spricht, der Fall sei von den Medien aufgepuscht. Außerdem sei es ein Irrglaube anzunehmen, dass man so etwas in Zukunft verhindern könne. - Herr von Boetticher, damit haben Sie,

(Lothar Hay)

glaube ich, dem Anliegen des Landtags und der Landesregierung keinen Gefallen getan.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Handlungsfähige Politik sieht diametral anders aus!

Ich wiederhole an dieser Stelle gern meine Bewertung, die ich bereits im Agrar- und Umweltausschuss zu diesem Thema zum Ausdruck gebracht habe: Die **Futtermittelaufsichtsbehörden** in **Schleswig-Holstein** haben mit Frau Ministerin Dr. Rumpf an der Spitze in der Handhabung des Skandals und insbesondere mit der offenen Informationspolitik gegenüber dem Landtag gut gearbeitet. Dafür ausdrücklich auch der Dank der SPD-Fraktion.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es geht aus meiner Sicht um eine einfache Sache, nämlich weg von Ankündigungen hin zu Maßnahmen zu kommen. Dafür sind die vorgeschlagenen **14 Punkte** der **Verbraucherministerkonferenz** durchaus eine geeignete Grundlage. Das entspricht ja auch in weiten Teilen dem vorgelegten Antrag von SPD, der LINKEN und SSW. Für mich stehen **vier Punkte** dabei besonders im Fokus.

Erstens. Die **Risikominimierung** in den Futtermittelbetrieben durch geänderte Zulassungsverfahren, die Trennung von Produktströmen nach industrieller und futtermitteltechnischer Weiterverarbeitung sowie eine transparente Kennzeichnung der Inhalte von Futtermitteln zum Beispiel über eine Positivliste. Positivliste heißt, nur das, was in dieser Liste steht, darf in Futtermittel hinein, alles andere nicht. Dann sind wir endlich auf der sicheren Seite, zumindest wenn es auch noch kontrolliert wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zweitens. Verbesserung der eigenen und amtlichen **Kontrolle** mit vollständiger und leicht zugänglicher Darstellung aller gemessenen Ergebnisse - jetzt kommt es - auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Hierzu bedarf es einer Stärkung der staatlichen Infrastruktur bei der Beprobung und bei Laboruntersuchungen. Frau Ministerin Dr. Rumpf hat gesagt, sie brauche eigentlich die doppelte Anzahl von Kontrolleuren. Das heißt, das wären dann nicht fünf, sondern zehn. Wir werden das als Sozialdemokraten unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Drittens. Die Landwirte in Schleswig-Holstein sind unabhängig davon, ob ihre Höfe gesperrt waren oder nicht, gleichfalls Opfer des Dioxinskandals. Sie sind angesichts des Preisverfalls für Schweinefleisch in wirtschaftliche Not gekommen. Nun habe ich auch zur Kenntnis genommen - ich lese ja am Wochenende auch das Bauernblatt -, dass der **Schweinefleischpreis** wieder nach oben gegangen ist. Er lag bei 1,12 €. Aus Angeln habe ich mitbekommen, dass er teilweise sogar unter 1 € abgerutscht ist. Wir müssen uns zur Erinnerung einmal ins Gedächtnis zurückrufen, dass man 1983 - damals gab es noch die D-Mark - umgerechnet 1,50 € für ein Kilogramm Schweinefleisch bekam. Wenn man heute 1,12 € oder 1,20 € bekommt, weiß man, was dort bei der Geldentwertung eigentlich passiert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die **Schäden**, die durch verunreinigte Futtermittel entstehen, brauchen wir eine finanziell ausreichend hoch angesetzte **Haftpflichtversicherung**, die zwingend von der Futtermittelindustrie und dem Handel abgeschlossen werden muss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wer an der Stelle immer wieder darauf hinweist, dass dies wahrscheinlich wegen der Risiken kaum möglich sei, dass hier mit **Rückversicherungen** gearbeitet werden muss, dem sage ich: Das ist in anderen Bereichen auch der Fall. Das ist dann teurer, und Rückversicherungen verdienen damit ihr Geld. Das ist aber machbar. Wir brauchen nur die entsprechenden Gesetze. Auch der von Ministerin Aigner angekündigte Weg, **günstige Kredite** der landwirtschaftlichen Rentenbank sinnvoll zu geben, um finanzielle Engpässe von verschiedenen Höfen zu überbrücken, halte ich für den richtigen Weg. Aber es geht in erster Linie darum, dass wir ein Haftpflichtsystem bei uns bekommen.

Viertens. Neben aktuellen schnellen Verbesserungen im System der Futtermittelkontrolle dürfen wir die übergeordnete Aufgabe nicht aus den Augen verlieren. Damit kommen wir sicherlich auch zu dem übernächsten Punkt. Wir müssen einen **gesellschaftlichen Prozess** zum Wert von Lebensmitteln und zum eigenständigen Wert gesunder Ernährung anstoßen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nur das Wissen um und Bewusstsein für **gesunde Lebensmittel** kann die Verbraucherinnen und Verbraucher ermuntern, für qualitativ hochwertige Le-

(Lothar Hay)

bensmittel den richtigen **Preis** an der Kasse zu zahlen. Dann kostet ein Hähnchen, 40 Tage Mast, 1,2 kg, eben nicht im Sonderangebot bei einer Firma, die zu Edeka gehört, 2,79 €, dann muss ich erheblich mehr dafür bezahlen. Dann kriege ich aber auch ein qualitativ hochwertiges Produkt. Dazu müssen wir aber auch selbst bereit sein, alle, die wir hier sitzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Diese Aufgabe ist eine Aufgabe, die man nicht nur in der schulischen Bildung weiter stärker in den Fokus nehmen muss, sondern auch in der außerschulischen Bildung und Weiterbildung. Nur dann werden wir auf dem richtigen Weg sein, dass wir in Zukunft noch mehr gesunde Lebensmittel bekommen.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Punkt ansprechen. Wir haben aus meiner Sicht noch viel zu tun in diesem Bereich. Ich verweise auf die Drucksache 17/1052. Da geht es um das Thema Hähnchenhaltung in Schleswig-Holstein. Da erklärt die Landesregierung, dass der landesweite Einsatz von **Antibiotika** in der **Hähnchenhaltung** von den **Überwachungsbehörden** nicht erfasst wird. Es ist also noch viel zu tun. Ich wünsche Ihnen zwar keinen guten Appetit, hoffe aber, dass der Antrag von SPD, der LINKEN und Grünen, weil darin viele Punkte enthalten sind, die ohnehin auf der Verbraucherministerkonferenz schon mitgetragen wurden, eine große Zustimmung im Landtag findet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Landtagsfraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Carsten-Peter Brodersen.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchten auch wir der Ministerin Frau Dr. Rumpf und ihren Mitarbeitern für die stetige ausführliche Informationsweitergabe und für das verantwortungsvolle Krisenmanagement der letzten Wochen unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Futtermittel sind Lebensmittel für Tiere. Abfallsorgung durch den Tiermagen war und ist nicht akzeptabel. Ich denke, darüber können wir uns alle sehr schnell einig werden. Wer bewusst **technische Fette** mit überhöhten Dioxin-Grenzwerten als **Fut-**

terfette vertreibt, handelt gegen das Gesetz und muss zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Darüber hinaus wird auf sträfliche Weise das Vertrauen des Handels, der Landwirte und der Verbraucher missbraucht.

Meine Damen und Herren, mit dem Berichtsantrag von CDU und FDP soll dem Parlament ein Überblick über das Krisenmanagement, die Information der Öffentlichkeit, die Gefährdung von Verbrauchern und die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesministerien gegeben werden. Ziel ist es, dem gesamten Plenum das Ausmaß und auch die erforderlichen **Konsequenzen** zu verdeutlichen. Das hat Frau Dr. Rumpf heute gemacht. Auch dafür herzlichen Dank.

Nur dann, wenn man diesen Skandal in Gänze betrachtet, ist es möglich, die richtigen Entscheidungen in Bund und Land zu treffen. Bundesministerin Aigner hat am 18. Januar mit den verantwortlichen Landesministern ihren Aktionsplan erarbeitet - einen Aktionsplan, den die FDP unterstützt. Der **Aktionsplan „Unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel, Transparenz für den Verbraucher“** enthält Maßnahmen, die von der FDP schon am 10. Januar auf Bundesebene vorgeschlagen worden sind, sowie die Vorschläge der schleswig-holsteinischen Ministerin Frau Dr. Rumpf.

Wichtig sind hierbei die Aspekte der Einführung einer **Zulassungspflicht** für Futtermittelbetriebe und einer **Meldepflicht** für Labore. Außerdem sollen Produktionsströme von Futtermitteln und technischen Stoffen konsequent getrennt sowie Kontrollen standardisiert und stetig verbessert werden. Zudem müssen Betriebe künftig verpflichtet werden, eine entsprechende **Haftpflichtversicherung** abzuschließen.

Die FDP wird sich deshalb für eine zügige Umsetzung des Aktionsplans einsetzen. Das **Vertrauen** der Verbraucherinnen und Verbraucher muss wiederhergestellt werden. An dieser Stelle muss einmal deutlich gesagt werden, dass es einfach unredlich ist, die ökologische Landwirtschaft als Allheilmittel zu verkaufen und andererseits die konventionelle Landwirtschaft pauschal zu verteufeln. Beide haben ihre Daseinsberechtigung, und beide sorgen bei uns in Deutschland für eine ausreichende, günstige und gesunde Ernährung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Brodersen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Nein. Im Moment nicht.

Die Vorschläge aus dem Aktionsplan sind richtig und wichtig, um in Zukunft kriminelle Handlungen in der Futter- und Lebensmittelproduktion einzudämmen. Eine hundertprozentige Sicherheit werden wir aber auch in Zukunft nicht gewährleisten können.

Meine Damen und Herren, an erster Stelle des Aktionsplans steht die **Initiative des Bundes** zur Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe. Es steht außer Frage, dass Betriebe, die Futtermittel für lebensmittelliefernde Tiere herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen, einer grundsätzlichen Zulassungspflicht unterworfen werden müssen. Ein guter Ansatz ist auch, dass Futterfette und Futterfettsäuren nur in Anlagen hergestellt oder gehandelt werden dürfen, in denen ausschließlich Lebensmittel oder Futtermittel hergestellt werden.

Der erste Punkt des **Aktionsplans mit Länderbezug**, der EU-weit umzusetzen ist, ist die **Positivliste**, die auflistet, welche Einzelfuttermittel, die an lebensmittelliefernde Tiere verfüttert beziehungsweise zu Mischfutter werden sollen, verarbeitet werden dürfen. Für eine solche verpflichtende Anwendung wird sich der Bund auf EU-Ebene einsetzen. In Schleswig-Holstein wird sie dann durch entsprechende Experten umzusetzen sein.

Einen weiteren wichtigen Punkt mit landespolitischer Relevanz stellt die **Rückverfolgbarkeit** dar, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Schleswig-Holstein wird in Abstimmung mit dem Bund Schwachstellen bei der Rückverfolgbarkeit von belasteten Futtermitteln analysieren, beseitigen und bei Bedarf Rechtsvorschriften erlassen. Die Verbesserung eines ländereinheitlichen Modells zur risikoorientierten Futtermittelkontrolle ist ebenso wie die Absicherung eines abgestimmten **Qualitätsmanagements** der Überwachung und ebenso wie das **Dioxin-Monitoring** wichtiger Bestandteil des erarbeiteten Aktionsplans.

Aus unserer Sicht ist das derzeit Mögliche bedacht. Doch wie schon gesagt: Kriminelle Handlungen wird man nicht gänzlich verhindern können. Wir schaffen aber Rahmenbedingungen, die sicherstellen, dass Fehlverhalten in Zukunft schneller erkannt und aufgedeckt werden kann.

Weiterhin muss im Fokus bleiben, dass Analysemethoden verbessert und beschleunigt werden. Außerdem müssen gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien entwickelt werden, wie verhindert werden kann, dass **Dioxine** überhaupt in die Umwelt gelangen.

Sowohl der Bericht der Ministerin als auch die bisherigen Arbeitsergebnisse, die nur vier Wochen nach Bekanntwerden dieses Dioxinskandals vorliegen, zeigen, dass Schleswig-Holstein sowie der Bund effektiv und schnell auf die Krise reagiert haben. Jetzt gilt es, diesen Aktionsplan zeitnah umzusetzen. Unterstützen auch Sie diesen Aktionsplan!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Frau Abgeordnete Ranka Prante.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die verunsicherten Verbraucher interessieren sich herzlich wenig für das Hin und Her zwischen Bund und Ländern. Sie wollen wissen, ob ihre Lebensmittel künftig sicher sind. Die Menschen wollen wissen, woher ihr Essen kommt und welche Inhaltsstoffe sich darin befinden. Diese Informationen werden ihnen aber als angebliche Betriebsgeheimnisse vorenthalten.

Schon im Mai 2010 hat der **Landesrechnungshof** in dem Bericht über die Landeshaushaltsrechnung festgestellt, dass die **Lebensmittelüberwachung in Schleswig-Holstein** nicht den rechtlichen Vorgaben entspricht. Ich zitiere aus diesem Bericht:

„Die meisten Veterinärämter haben bisher ihre Aufgaben nur unzureichend erfüllt. Das Landwirtschaftsministerium und die Veterinärämter müssen eine ordnungsgemäße Lebensmittelüberwachung sicherstellen.“

Das sagt in meinen Augen schon alles. Eine Verbesserung des **Verbraucherinformationsgesetzes** wird seit einem Jahr von der schwarz-gelben Bundesregierung blockiert.

Wir haben jetzt aber schon den sechsten **Dioxinskandal** seit 1999 in Deutschland. Wie viele solcher Skandale braucht es Ihrer Meinung nach noch, bis Sie endlich zugeben, dass die Verbraucher nicht ausreichend geschützt sind und endlich etwas dagegen getan werden muss? Es war doch eher Zufall, dass der heutige Dioxinskandal ans Licht gekom-

(Ranka Prante)

men ist, weil das **System** der Lebensmittelkontrolle mangelhaft ist. Die **Eigenkontrolle** der Betriebe ist offensichtlich nicht ausreichend. Gepanschtes Tierfutter wurde an Geflügel und Schweine verfüttert. Es gelangte über Eier und Fleisch unentdeckt auf unsere Teller.

Wir fordern Sie auf, sich auf allen politischen Ebenen für einen verbesserten Verbraucherschutz einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Landesregierung, Sie sind nämlich für die Lebensmittelsicherheit verantwortlich, und zwar vom Acker bis zum Teller.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen im Dioxinskandal die **Ursachen** bekämpfen. Nur die Symptome zu behandeln, reicht nicht aus.

Wir fordern deshalb die Trennung von Produktionsströmen, eine Positivliste für Stoffe in der Tierfütterung, eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für den gesamten Futtermittelhandel, eine behördliche Zulassungspflicht für Fett verarbeitende Betriebe, die Verdichtung von Eigenkontrollen, die Erhöhung von amtlichen Kontrollen, die Erleichterung von Verbraucherinformationen sowie die Verbesserung der Infrastruktur im Verbraucherschutz. Letztlich ist es aber auch wichtig, darauf hinzuwirken, dass ein **gesellschaftlicher Prozess** angestoßen wird, der den Wert von gesunden und nachhaltig produzierten Lebensmitteln in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für einen **Ausgleichsfonds** einzusetzen, der von der Futtermittelindustrie über Abgaben aus dem Handel mit Futtermittelchargen finanziert wird und so die Futtermittelindustrie verpflichtet, jede Futtermittelcharge zu untersuchen. Tun Sie das endlich zum Schutz unserer Verbraucherinnen und Verbraucher! Nur mit flächendeckenden Regelungen und einem Gesetz, das greift, können wir die Menschen schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der von uns geforderte Fonds würde die Betriebe nach ihrer Größe gestaffelt heranziehen. So tragen größere Betriebe einen größeren Anteil und kleinere Betriebe einen kleineren Anteil. Aus diesem Fonds könnten auch Entschädigungsleistungen für die vom Dioxinskandal betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe ausbezahlt werden.

Eines wird uns immer klarer: Es sind nicht immer nur schwarze Schafe der Branche und einzelne Kriminelle, die Schuld tragen. Ein Grund ist in unseren Augen auch, dass der **Weltagrarmarkt** weitgehend unkontrolliert ist. Die Wurzel des Übels ist der immer härter werdende Preiskampf.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundlegende soziale und ökologische Regeln fehlen. Wir fordern mit unserem Antrag, dass wir endlich aufhören, nur die Symptome zu behandeln, sondern auch die Ursachen für die ständigen Lebensmittelskandale. Das ist für uns das Entscheidende.

Wo **Massenerzeugnisse** und **Dumpingpreise** das Wichtigste sind, bleiben Qualität und Verbraucherschutz auf der Strecke. Lebensmittel werden zum Sicherheitsrisiko, wenn Niedriglöhne und global gehandelte Billigrohstoffe den Ton angeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann nur wiederholen: Bekämpfen Sie die Ursachen! Behandeln Sie nicht nur die Symptome! Ich denke, wir haben genug geredet und sollten anfangen, zu handeln. Ich freue mich auf eine konstruktive Auseinandersetzung im Ausschuss.

Herr Rickers, ich glaube nicht, dass die Verbraucher verunsichert sind, weil die Presse irgendwelche Themen hochjubelt. Sondern die Verbraucher sind verunsichert, weil sie nicht geschützt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erhält der Herr Kollege Flemming Meyer von der SSW-Fraktion.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dioxinfunde in Futtermitteln, Eiern, Hühner- und Schweinefleisch haben bundes- und europaweit für Schlagzeilen gesorgt. Das Epizentrum dieses Skandals liegt in **Schleswig-Holstein**. Daher sollten wir ein gesteigertes Interesse daran haben, die Mängel zu beseitigen und das System so sicher wie möglich zu gestalten.

Auslöser für diesen Lebensmittelskandal war das kriminelle Handeln weniger. Sie, Kollege Voß, haben sicherlich recht, dass auf diesen Wagen auch andere aufgesprungen sind. Die Auswirkungen waren aber umfangreich und der entstandene Schaden immens. Die Betroffenen sind die Produzenten und

(Flemming Meyer)

die Verbraucher. Daher müssen wir alles tun, den **vorbeugenden Verbraucherschutz** in der **Lebensmittelkette** zu stärken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Motivation, das schnelle Geld zu machen, auch wenn die Vorgehensweise gegen geltendes Recht verstößt, ist für wenige sehr verlockend. Daher müssen wir unbedingt Wege finden, um hier einen Riegel vorzuschieben. Gleichwohl wird es uns nie gelingen, derartige kriminelle Energie ganz auszuschalten. Eine hundertprozentige Sicherheit wird es daher wohl kaum geben. Es muss aber darum gehen, die Sicherheitsstandards zu erhöhen und das **Strafmaß** für derartiges **kriminelles Handeln** - ich möchte darauf aufmerksam machen: wir reden hier nicht von Kavaliersdelikten - auf den Prüfstand zu bringen. Nur so können wir das Giftpanschen erschweren.

Aus diesem Grund müssen Bund und Länder gemeinsame Lösungen erarbeiten, damit Lebensmittel sicher und für den Verbraucher transparent sind. Der von **Bund und Ländern** erarbeitete umfangreiche **Aktionsplan** greift bereits viele dieser **Aspekte** auf. Dazu gehören unter anderem die Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, die Trennung von Produktströmen, die Erstellung einer Positivliste, eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für den Futtermittelhandel, eine Verbesserung der Eigenkontrollen und eine Verbesserung des Überwachungssystems sowie die Erhöhung der Transparenz und mehr Rechte für die Verbraucher.

Es ist deutlich geworden, dass wir dringend Änderungen brauchen, um derartige Skandale zukünftig zu vermeiden. Auf einige dieser Punkte, die auch in unserem gemeinsamen Antrag zu finden sind, möchte ich kurz eingehen.

Wir brauchen die **Trennung der Produktströme**. Produkte der Futter- und Lebensmittel sind räumlich zu trennen von Stoffen, die keine Lebensmittel oder Futtermittel sind. Wir brauchen unbedingt eine Positivliste für Stoffe, die künftig in Futtermitteln verwendet werden dürfen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben an die Eigenkontrollen. Dafür muss die Intensität der amtlichen Kontrollen der Betriebe erhöht werden.

Dies ist nur ein kleiner Auszug des Aktionsplans, der aber verdeutlicht, wo Fehler gemacht wurden oder wo es Mängel gibt. Wir können nicht wie bisher am **System der Eigenkontrollen** festhalten. Es hat sich gezeigt, dass dies ein großer Schwachpunkt ist. Denn was nützen Eigenkontrollen, wenn sie

missachtet werden? Daher ist es folgerichtig, die Eigenkontrollen schärfer durch amtliche Kontrollen zu kontrollieren. Das setzt aber voraus, dass die Landeslabore personell und finanziell in die Lage versetzt werden müssen, diese zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das können sie derzeit nicht. Hier muss die Landesregierung nachbessern.

Die Einführung einer **Positivliste** halten wir für dringend geboten. Leider wurde dem deutschen Vorschlag in **Brüssel** kürzlich eine Abfuhr erteilt. Das soll uns aber nicht daran hindern, weiter an einer nationalen Positivliste zu arbeiten und daran festzuhalten.

Jetzt muss es darum gehen, die getroffenen Beschlüsse, auch die, die jetzt vonseiten der EU kommen, mit Leben zu füllen. Eine Aufweichung des Aktionsplanes darf es nicht geben. Es darf keine Kompromisse mit der Futtermittellobby geben und keine weitreichenden Ausnahmen, die den Aktionsplan zu einem löchrigen Käse werden lassen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Parlament müssen wir den **Umsetzungsprozess** weiter begleiten. Die Einberufung eines Runden Tisches halte ich in dem Zusammenhang für wichtig. Denn auch wenn wir einen umfangreichen Aktionsplan haben, wird die Praxis vielleicht nachher zeigen, dass es noch Schwachstellen gibt, die wir noch nicht kennen.

Ich gehe davon aus, dass wir auch weiterhin in diesem Prozess eingebunden und informiert werden. Das hat bisher meiner Meinung nach gut funktioniert. Deshalb möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal bei der Ministerin, Frau Rumpf, bedanken. Ich denke, wir als Fachpolitiker wurden doch sehr umfangreich und zeitnah informiert, und das auch in Gesprächen, nicht nur schriftlich. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher, gemeldet. - Sie haben das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zweimal erwähnt worden. Also sage ich, was ich in **Schenefeld** wirklich gesagt habe.

Ich habe zunächst Frau Ministerin Rumpf gelobt, weil ich weiß, dass die Arbeit in diesem **Ministerium**, gerade was die risikoorientierte Kontrolle und Überwachung angeht, eben nicht nur dann seriös vor den Kameras stattfindet, wenn diese da sind, sondern auch in all der Zeit seriös erfolgt, in der man nicht medial begleitet wird, in der es darauf ankommt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Vertrauen auch dadurch gerechtfertigt sehen, dass ein Ministerium vernünftig arbeitet. Da stehen wir in einer Tradition. Die Kontrollen sind nicht verändert worden, lediglich in der Risikoorientierung verbessert worden im Verhältnis zu der Zeit, in der Grüne in diesem Land regiert haben. Hier gibt es eine Tradition. Darum, glaube ich, kann man zu Recht stolz auf dieses Ministerium sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich habe die gute Zusammenarbeit mit der **Justiz** gelobt, weil es nur dadurch gelungen ist, Werte vor einer Insolvenz sicherzustellen, damit auch Schadenersatzansprüche durchgesetzt werden können. Diese Art und Weise der Zusammenarbeit war einmalig in der Bundesrepublik. Auch das ist zu loben.

Aber ich habe eines gesagt, lieber Kollege Hay, und das stimmt. Das ist übrigens etwas, was Sie in Berlin oder woanders an jeder Stelle immer wieder bei Verbrechens- und Kriminalitätsbekämpfung deutlich machen. Sie sagen selbst: Eine absolute Sicherheit gibt es nicht, nirgendwo. Es wird immer Straftäter geben, die Lücken oder Möglichkeiten nutzen, um Straftaten zu begehen. Das gilt für Verbrechen im Allgemeinen. Wenn wir über mehr Polizei oder andere Dinge in Berlin sprechen, sagen Sie immer zu Recht: „Aber denkt daran: Mehr Kontrolle gewährleistet keine absolute Sicherheit.“

Dasselbe gilt natürlich auch für Straftaten im Lebensmittelrecht. Wir müssen es verbessern. Da unterstützen wir alle den 14-Punkte-Plan. Aber den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu suggerieren, mehr Kontrollen und all das, was wir jetzt machen, führe zu einer **absoluten Sicherheit**, ist ein Irrglaube. Nur darauf habe ich hingewiesen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Bitte, Herr Dr. Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege von Boetticher, ich habe noch nicht genau verstanden: Haben Sie jetzt in Schenefeld die zitierte Passage gesagt und wollen sie zurücknehmen, oder sagen Sie, die Zeitungen haben das falsch verstanden?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Nein. Sie haben überhaupt nichts falsch verstanden. Ich erkläre Ihnen jetzt, was damit gemeint war und was damit zum Ausdruck gekommen ist. Ich habe ein bisschen mehr gesagt als nur diesen einen Satz aus der Presse, und ich habe erklärt, was ich damit meine. Ich habe ganz deutlich gesagt, dass wir nicht verhindern können, dass **Straftaten im Lebensmittelbereich** auch in Zukunft wieder auftreten. Das können wir nicht verhindern. Aber mehr Sicherheit können wir gewährleisten. Das geschieht auch durch den 14-Punkte-Plan.

Was wir allerdings auch nicht verschweigen sollten, ist, dass die **Dioxinreduktion** in der Bundesrepublik in den letzten Jahren eine gewaltige Erfolgsgeschichte gewesen ist, und zwar eine gemeinsame Erfolgsgeschichte, Herr Hay, egal - wie Sie zu Recht gesagt haben - wer im Ministerium saß. Wir haben bis 1997 überhaupt keine Werte für Dioxine im **Lebensmittelbereich** gehabt. Dann kam die WHO mit der langsamen Umsetzung in europäisches Recht. Durch Umweltmaßnahmen, durch Filteranlagen haben wir **Dioxin in der Umwelt** und auch im **Futtermittel** in den letzten Jahren massiv reduziert. Heute haben wir im privaten Bereich Dioxine, die Menschen zu sich nehmen, vor allem durch Kamine, Zigarettenrauch, Autoverkehr. Derjenige, der einen Holzkohlegrill anwirft, nimmt Dioxine in sich auf. Das sind in der Tat noch Gefahrenquellen. Wir haben in der Politik, egal ob Grün, ob Schwarz, ob Rot, eine Menge dazu geleistet, dass Dioxine reduziert werden.

Ihre Politik hat auch dazu geführt, dass, wenn wir **Grenzwertüberschreitungen** wie in diesem Fall haben, die auf illegalen Machenschaften beruhen, diese geahndet werden müssen. Jetzt zitiere ich einmal die Einzigsten, die in diesem Bereich wirkliche Kompetenz haben. Das ist das Bundesamt für Risi-

(Dr. Christian von Boetticher)

kobewertung. Das hat gerade eine Pressemitteilung herausgegeben mit der Überschrift:

„Verbraucher müssen sich keine Sorgen machen“

Professor Hensel wörtlich - wenn ich das zitieren darf -:

„Selbst wenn in den letzten Monaten Eier und Schweinefleisch mit Gehalten im Bereich der höchsten gemessenen Werte über einen längeren Zeitraum verzehrt wurden, ist eine Gefährdung der Gesundheit nicht zu erwarten.“

Ich finde, die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht, über Risiken und Gefährdung ehrlich aufgeklärt zu werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann muss man sagen: Wir tun alles, um diejenigen, die Straftaten begangen haben, zu fassen und solche Straftaten auch zu verhindern. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch deutlich machen, dass es hier eine solche Gefährdung nicht gegeben hat. Darum war einiges - das habe ich auch gesagt - in der **Berichterstattung** übertrieben.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Das war jetzt keine Medienschelte, weil genug Personen aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft, aber auch aus der Politik immer dann auftreten, wenn Medien da sind. Seriöse Verbraucherschutzpolitik kümmert sich um die Belange, auch wenn die Kameras wieder weg sind. Wir tun das.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Marlies Fritzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich es nicht in Ordnung finde, dass wir sozusagen verordnet bekommen sollen zu sagen: Wir reden klar über Aktionspläne, die jedes Jahr wieder neu aufgerollt werden, wir reden aber nicht darüber, was in unserer Agrarpolitik grundlegend falsch ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Natürlich geht es nicht darum, Systeme gegeneinander zu stellen. Aber Sie haben doch selber eingestehen müssen, dass Fehler gemacht werden. - Herr Hay hat es in Bezug auf die Schweinepreise angesprochen und es wurde auch in Bezug auf die Exportorientierung der Agrarpolitik angesprochen. - Warum fangen wir heute nicht damit an, einmal grundlegend darüber nachzudenken, was an dieser Stelle falsch ist?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Warum sagen Sie immer, **kriminelle Energie** könne niemand verhindern? Das ist gar nicht der Punkt. Da sind wir ja bei Ihnen. Selbstverständlich kann sie keiner verhindern. Aber warum denken wir nicht einmal grundlegend darüber nach, was in dieser Form industrieller Nahrungsmittelproduktion fehlläuft, was in Bezug auf Umweltverschmutzung fehlläuft, was in Bezug auf artgerechte Tierhaltung und was auch in Bezug darauf fehlläuft, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen weiteren Punkt, der mir ganz wichtig ist, hat Herr Hay ebenfalls angesprochen: Es geht auch um die Frage der Preise. Wenn wir immer weiter so billig Nahrungsmittel produzieren, dann ist, wenn auch noch kriminelle Energie vorhanden ist, die Versuchung groß, durch solche Panschereien die **Lebensmittel** noch mehr zu **verbilligen**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zusammenhänge muss man doch einmal aufzeigen. Ich finde es nicht gut, wenn Sie, Frau Ministerin sich hier hinstellen und sagen: Wir möchten, bitte schön, darüber überhaupt nicht reden. Das finde ich auch schade, weil zu Beginn Ihrer Amtszeit andere Töne von Ihnen zu hören waren. Ich bin dagegen, das gegeneinander auszuspielen, aber ich bin sehr dafür, dass wir uns alle gemeinsam auf den Weg machen, um zu schauen, wie wir aus diesem Dilemma sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Umwelt herauskommen, anstatt immer wieder diese alten Gräben aufzumachen, die hier in Schleswig-Holstein offensichtlich besonders tief sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn von Boetticher, zu?

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Frau Kollegin Fritzen, sind Sie bereit, mit mir durch das Land Schleswig-Holstein zu fahren, um mir einen landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb zu zeigen, der in Industrieform arbeitet? Besser gesagt: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein von Familien betrieben werden und damit kleine oder mittelständische Unternehmen sind und keine Industrien?

- Ich bin selbstverständlich gern bereit, mit Ihnen durch Schleswig-Holstein zu fahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Es kommt darauf an, was für ein Auto du hast!)

- Ich fahre auch mit dem Fahrrad. - Ich bin selbstverständlich gern bereit, mit Ihnen durch unser schönes Land Schleswig-Holstein zu fahren und die landwirtschaftlichen Betriebe anzuschauen, und ich bin vor allen Dingen gern bereit, mich mit Ihnen und auch mit allen anderen Kolleginnen und Kollegen hinzusetzen und darüber nachzudenken, was industrielle Landwirtschaft und was kleine bäuerliche Landwirtschaft bedeutet. Darüber haben wir, glaube ich, noch nicht dasselbe Verständnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen weiteren Punkt nennen, der für mich ebenfalls zentral ist, weil es immer wieder darum geht zu sagen: Wir haben jetzt einen **Aktionsplan** - schön und gut -, aber wir müssen warten und zunächst mit der EU und mit den anderen Ländern Einvernehmen herstellen. Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang angesprochen worden. Zum einen ist dies die **Positivliste**. Ich fände es absolut richtig und ich finde, es wäre ein starkes Signal, würde man sagen: Wir gehen dabei voran. Ich weiß um den Konkurrenzdruck und so weiter. Diese Debatte kenne ich seit 30 Jahren; denn ich komme ja selbst ein Stück weit aus dieser Ecke. Aber warum machen wir hier nicht wirklich einmal Nägel mit Köpfen? Warum sagen wir nicht: Es muss eine Haftpflicht geben? Herr Kollege Hay hat darauf hingewiesen. Es gibt diese Möglichkeit. Ich finde,

Sie sollten nicht nur sagen, dass Sie darüber nachdenken, sondern Sie sollten sagen: Wir führen sie ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Was das **System der Eigenkontrolle** angeht, so weiß ich, dass nicht jedes Ei beprobt werden kann. So etwas zu fordern, ist natürlich völlig unsinnig. Aber das System der Eigenkontrolle hat nachweislich nicht funktioniert. Deshalb brauchen wir meiner Meinung nach ein Signal an diejenigen, die sich vielleicht immer noch wegducken wollen, dass wir auch staatlich stärker kontrollieren. Für diesen Bereich brauchen wir dann natürlich auch Geld. Aber ich finde, das sollten wir sagen. Frau Ministerin, meine Unterstützung hätten Sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron von der CDU das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Fritzen, Sie haben eben gesagt, Sie wollten nicht, dass Gräben zwischen den Verbrauchern und den landwirtschaftlichen Produktionsarten aufgerissen werden. Ich will Ihnen einmal einen Satz vorlesen, der aus Ihrem Antrag stammt:

„Das immer größer werdende Ausmaß der Belastung und die monatelang unbemerkte Vergiftung von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Produkten aus der Massentierhaltung zeigen, dass die Agrarindustrie ihre selbstproduzierten Risiken nicht in den Griff bekommt.“

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Daran, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist fast alles falsch. Das vergiftet nicht nur das Klima zwischen den landwirtschaftlichen Produktionsarten untereinander, sondern auch im Verhältnis zu den Verbrauchern. Hier von „Vergiftung“ zu reden, ist in Wahrheit eine maßlose Übertreibung. Natürlich besteht hierdurch eine Belastung. Das, was hier fälschlicherweise passiert ist, ist völlig unbestritten. Aber Sie alle wissen oder müssten eigentlich wissen, dass wir damit um Zehnerpotenzen - ich sage einmal: um 10^{-6} - vom No-effect-level entfernt sind. Eine Vergiftung läge bei Warmblütern vor, wenn

(Dr. Michael von Abercron)

diese **reines Dioxin** im Milligrammbereich äßen. Hier von Vergiftung zu reden, ist eine unerträgliche Skandalisierung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Viele der Punkte, die Sie hier aufgeführt haben, sind in dem Programm der Frau Ministerin enthalten. Wir halten sie für richtig und werden sie - da sind wir an Ihrer Seite - auch durchsetzen. Das, nicht aber die **Skandalisierung** auf dem Rücken der Verbraucher und auf dem Rücken der Landwirte, die Sie auch mit vertreten wollen, hilft, Vertrauen zu schaffen. Das, was Sie tun, ist vergleichbar damit, dass wir bei einem nächsten Skandal, beispielsweise, wenn Mutterkorn oder Mykotoxine in Biobetrieben festgestellt wurden, sagen würden, die gesamte biologische Landwirtschaft befinde sich auf einem Irrweg. Das wäre genauso unsinnig.

Kommen wir also zu einer sachlichen Debatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Unruhe bei der CDU - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wenn du geschwiegen hättest!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Abercron, Sie haben es in Ihrer an Herrn Voß gerichteten Zwischenfrage und auch jetzt in Ihrem Redebeitrag schon angedeutet, dass alles, was das Dioxin betrifft, harmlos sei. Richtig ist - das hat Herr Voß auch richtig beantwortet -, dass die **Hintergrundbelastung** mit **Dioxin** zurückgegangen ist. Ich frage Sie aber: Woran liegt das? Das liegt doch an der nach großen Skandalen erfolgten **Einführung der Müllverbrennung** nach der 17. BImSchV. Diese Technik, mit der wir mehr Dioxin hineinschieben, als hinten herauskommt, ist inzwischen einer unserer Exportschlager. Das hat zur **Absenkung** der allgemeinen Hintergrundbelastung geführt. Wenn wir das schon statistisch auswerten und Sie so großen Wert darauf legen, ist aber zu sagen, dass wir - das Ihnen vielleicht nicht bekannt - gleichzeitig wieder einen Anstieg der Dioxine in der Muttermilch beobachten.

Es ist also auf grünen Druck hin zu dieser Technik für Müllverbrennungsanlagen nach der 17. BImSchV gekommen. Die CDU - das haben wir heute in Ihrem Beitrag, Herr von Boetticher, wieder wunderbar erleben können - sieht keine Gefährdung der Verbraucher, und das, als hätten Sie vom Minimierungsgebot des **BImSchG** noch nie etwas gehört.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Haben Sie denn zugehört?)

Frau Ministerin, warum lassen sich Ihre Kontrolleure nicht die **Ergebnisse der Eigenuntersuchungen** der Betriebe vorlegen? Ich sage Ihnen, was die Funktion dieser Eigenuntersuchungen ist: Sie beproben ihre **Wareneingänge**. Auf Dioxin wird gemessen, um es hinterher so zurechtzumischen, dass Werte unterschritten werden. Das ist auch ein eklatanter **Verstoß** gegen das **Minimierungsverbot**. Warum lassen sich Ihre Kontrolleure diese „Eigenuntersuchungsberichte“ bei ihren Kontrollen nicht vorlegen?

Die CDU steht in einer Traditionsrolle des Verharmlosens, des Schönredens.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Kollege Voß hat das schon angeführt. Das betrifft zum Beispiel auch die **Futtermitteldeklaration**, die verdeckte Deklaration. Warum wehren Sie sich so dagegen, dass anstatt Rohasche und Rohprotein in der Deklaration nicht in Zukunft steht: 6 % Kokosfett, 70 % Importsojaschrot und so weiter? Das wäre die offene Deklaration, die wir Grünen seit Jahrzehnten fordern und die die CDU seit Jahrzehnten verhindert.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Matthiessen, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte, Herr von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Herr Kollege Matthiessen, die Futtermittel liegen Ihnen ja so am Herzen. Können Sie mir einen Antrag Ihrer Fraktion aus dieser Legislaturperiode, in den letzten eineinhalb Jahren zeigen, der an die Ministerin gerichtet war oder

(Detlef Matthiessen)

im Ausschuss gestellt wurde und der sich mit Futtermittelrecht beschäftigt hat?

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wir dachten, Sie hätten das im Griff!)

- Da verstehe ich den Sachzusammenhang nicht ganz, Herr Kollege von Boetticher.

Einen Antrag, den Sie in den letzten eineinhalb Jahren als Grüne dazu gestellt haben!

- Sie sind doch ehemaliger Landwirtschaftsminister. Sie müssten doch wissen, dass für die **Deklarationspflichten** nicht Landeskompentenz besteht, sondern sie **Bundesrecht** sind.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie kommen Sie dann dazu, eine solche Zwischenfrage zu stellen? Das erstaunt mich.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verharmlosungsrolle der CDU in der Agrarpolitik: Ich erinnere nur gestern an die Krankenhausdebatte, an die Krankenhaushygiene. Dazu habe ich hier in der 14. Legislaturperiode, das war 1996, schon gefordert, dass man **antibiotische Futtermittelzusätze** bitte unterlässt und verbietet. Da sind Medikamente den Futtermitteln beigemischt worden, die bei der Tuberkulosebekämpfung bei Menschen das Mittel der letzten Wahl waren. Es hat ein Jahrzehnt gedauert, das gegen die CDU endlich durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass das Wirklichkeit in unserer Futtermittelpolitik wird.

Und dass die Ministerin in den Mittelpunkt ihres Berichts quasi die Aussage stellt, dass sich an der **Industrialisierung der Agrarpolitik** nichts ändern soll, damit bin ich nicht einverstanden, damit sind wir Grüne nicht einverstanden. Die BSE-Krise und die Politik von Renate Künast hat erst zu dem von Ihnen gelobten **QS-System** geführt. Da standen Sie wie der Ochs vorm Berg vor diesem Spruch der Grünen: Kühe sollen Gras fressen, Kälber sollen Milch trinken. Unverständnis auf Ihrer Seite, meine Damen und Herren.

Dieser Skandal um das Dioxin zeigt doch eins deutlich: Selbstverständlich brauchen wir eine neue Agrarpolitik, eine andere Agrarpolitik. Der Zusammenhang mit der Industrialisierung in der Landwirtschaft liegt doch auf der Hand, ist schon an der Oberfläche erkennbar und unübersehbar. Wir brauchen eine neue Agrarpolitik für Deutschland.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können sich vorstellen, dass es bei diesem Thema einem alten Agrarpolitiker schwerfällt, ruhig auf dem Stuhl sitzen zu bleiben. Ich will auch keine Schärfe in die Diskussion hineinbringen. Erstens: Dioxin gehört nicht ins Futtermittel. Zweitens gehört es auch auf keinen Fall in Nahrungsmittel.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD, FDP, der LINKEN und SSW)

Deshalb ist es außerordentlich schwierig, naturwissenschaftliche Argumente dort mit hineinzubringen. Man könnte über die verschiedenen **Dioxine** sprechen, man kann über die **Grenzwerte** sprechen, man kann über **Vermischung** sprechen.

Für mich ist zum Beispiel bisher noch eine ungelöste Frage, woher das Dioxin gekommen ist. Ich weiß es nicht. Wir wissen es nicht. Es gibt verschiedene Überlegungen. Es gab die Überlegung, es käme aus Pflanzenschutzmitteln, aus Soja, der aus Brasilien importiert ist. Da stellen sich dann auch wieder verschiedene Fragen, nämlich: Was ist das für ein **Soja** dort in Brasilien? Wie ist er angebaut worden?

Es gibt Überlegungen, dass es aus schon verarbeitetem **Frittenfett** stammt. Wenn ich das dabei sage, stellt sich notwendigerweise auch die Frage, sich einmal die Fritten anzugucken. Jeder, der einmal ein bisschen mit Chemie zu tun hatte - ich habe das ja einmal ein bisschen gemacht -, weiß, dass Dioxine nur bei einer hohen Temperatur und mit einer Beilieferung von Chlor entstehen können. In einer Biogasanlage können sie so also nicht entstehen, weil ich dort erstens nicht die erforderlich hohen Temperaturen und zweitens auch nicht das Chlor habe. Aus Frittenfett können sie eigentlich auch nicht so entstehen, wenn ich auch die erforderlichen Temperaturen habe, aber ich habe dort nicht das Chlor. Es ist also noch vieles ungeklärt.

Weil das noch ungeklärt ist, und weil wir wissen müssen, woher das kommt, empfehle ich außeror-

(Peter Harry Carstensen)

dentlich dringend, diese Fragen nicht mit einer allgemein agrarpolitischen Frage zu vermischen, Frau Fritzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir kommen dann nämlich ganz automatisch zu dem Punkt, an dem zwei Dinge auch aus den letzten Krisen eine Rolle spielen. Erstens: Wir haben keine Probleme bei den von Ihnen angesprochenen riesengroßen Betrieben, die Sie als „**Agrarfabriken**“ bezeichnen. Die großen Eierzeuger haben null Probleme in dieser Krise gehabt. Denn sie mischen selbst ihre Futtermittel, sie stehen so unter Augenmerk und Beobachtung, dass sie sich dort keinen Fehler erlauben können.

Es ist hoch interessant, sich einmal die Entwicklung bei McDonalds anzuschauen. Die Diskussion vor zehn Jahren, die negative Diskussion über McDonalds und viele andere, hat dazu geführt, dass sie sehr intensiv auf **Qualität** gesetzt haben, um sich wirklich keinem Anschein irgendeines Fehlverhaltens in der Diskussion auszusetzen. Das ist interessant.

Die, die jetzt im Moment leiden, sind die **mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe**, die nicht selbst mischen, sondern sich ihr Futtermittel zuholen müssen. Deshalb ist es falsch, sich hinzusetzen und zu sagen, das sei eine Frage von großen industriellen Betrieben oder von kleinen industriellen Betrieben, und wir müssten mehr dorthin kommen.

Lieber Kollege Matthiessen, wir kennen Sie und Ihre Reden ja. Sie sind - so sagen Sie - immer noch einer, der ein bisschen verwandt mit den Betrieben ist. Sagen sie mir doch bitte einmal, ob die **Ökobetriebe** alle ihre Kälber nur mit Milch füttern oder ob dort nicht auch **Austauscher** mit eingesetzt werden können, die, wie auch immer, hergestellt werden.

Ich möchte noch einen dritten Punkt zum Abschluss nennen. Sorgen Sie bitte dafür, dass wir gerade in Schleswig-Holstein nicht zu einer **Trennung** zwischen einer nur **guten Landwirtschaft** auf den Ökobetrieben und einer nur **schlechten Landwirtschaft** im konventionellen Bereich kommen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Zuzuf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Gemach. Wenn ich meine Betriebe, die ich kenne, sehe, dann sind das Landwirte, die dafür sorgen wollen und darauf stolz sind, dass sie mit ihrer Erfahrung, mit ihrem Wissen und ihrer Ausbildung - zu der ich selbst auch einmal ein bisschen etwas

beigetragen habe - optimal produzieren können. Ich muss sagen, ich habe einen gewissen Stolz bei diesen Landwirten, die ich immer gern auch wieder vorzeige.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Peter Harry Carstensen [CDU]:

Zum Schluss nur ein Wort: Der **letzte Dioxinskandal** vor diesem war einer, der sich auf **ökologische Betriebe** bezogen hat. Auch da haben Sie nicht damit angefangen und gesagt, wir stellen jetzt eine Betriebsform infrage. Da ging es um **importierten Mais** aus der Ukraine. Und auch damals hat keiner gesagt: Siehste wohl, die Ökobetriebe müssen sich einmal an ihre eigene Nase fassen!

Wir sollten versuchen, die Probleme zu lösen. Aus der landwirtschaftlichen Züchtung weiß man, wenn man viele Zuchtziele auf einmal hat, geht das in die Hose.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Peter Harry Carstensen [CDU]:

Ja, ich bin beim Schluss. - Hier ist das auch so. Ich finde, wir sollten uns auf die wesentlichen Dinge konzentrieren und nicht alles andere in diese Debatte mit reinbringen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Eine kurze Erläuterung, da sich hier Unmut aufseiten der SPD wegen der Überziehung der Redezeit breit gemacht hat: Ich verfare auch bei dem Herrn Abgeordneten Carstensen genauso großzügig, wie ich bei der Frau Abgeordneten Fritzen und dem Herrn Abgeordneten Matthiessen verfahren bin. Ist das in Ordnung? - Danke.

Ich erteile jetzt der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere Politik in dieser Angelegenheit war darauf ausgerichtet, die Dinge fachlich aufzubereiten und sach-

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

lich vorzugehen. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher stand bei uns im Fokus. Wir haben eine große Menge verdächtiger Futtermittel angenommen und dieses Problem mit unseren Analysen und unserem Vorgehen Stück für Stück eingegrenzt, dies transparent gemacht und Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Hier bin ich bei Herrn von Boetticher. Dies ist uns nicht immer gelungen. Wenn wir von Analyseergebnissen berichtet haben und berichtet haben, dass sich die problematische Menge eingrenzt, ist oft das Gegenteil berichtet worden.

Wir wollen jetzt das Problem an der Wurzel packen. Wir verurteilen das, was hier passiert ist, aufs Schärfste. Wir wollen **Eintragungspfade für problematische Stoffe** eingrenzen. Da geht es in erster Linie um die Zulassungsfrage, da geht es um **verpflichtende Eigenkontrolle**. Herr Matthiessen, wir können uns auch darüber unterhalten, in welchem Umfang künftig die Ergebnisse dieser Eigenkontrollen den Behörden zu melden sind. Auch das wird im Augenblick diskutiert.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der CDU)

Ganz wesentlich ist die Analyse der **Komponenten**, die künftig in das **Mischfuttermittel** eingehen. Diese Maßnahmen halte ich insgesamt alle für wichtiger als die Positivliste. Wir haben sie gleichwohl beschlossen, aber die anderen Maßnahmen werden aus meiner Sicht stärker greifen.

Herr Hay, wir wollen die Maßnahmen in **nationales Recht** umsetzen - möglichst schnell. Auch das haben wir beschlossen. Gleichwohl sind viele Maßnahmen nur auf **EU-Ebene** sinnvoll, weil es einen internationalen Handel mit Futtermitteln gibt. Aber zunächst: Schnelle Umsetzung in nationales Recht, und hinterher wird sich der Bund bemühen, die Punkte auch auf EU-Ebene umzusetzen. Hierbei brauchen wir Ihre Unterstützung. Herr Voß, es reicht nicht, wenn Sie die 14 Punkte hier zur Kenntnis nehmen, sondern wir alle gemeinsam müssen das beschließen. Wir sind aufgefordert, dass wir uns im Bundesratsverfahren sinnvoll einbringen und keine Zeitverzögerung verursachen, dass wir dafür sorgen, dass die Dinge auch dort vorankommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Diese Unterstützung erbitte ich mir auch bei der Frage der **Gebührenregelung**. Sie wissen, dass wir das in die Diskussion eingebracht haben. Wir haben

leider keinerlei Unterstützung in dieser Frage bekommen, auch nicht vom nordrhein-westfälischen Minister von den Grünen. Also bitte arbeiten Sie auch dort mit uns zusammen, damit wir dies auch durchsetzen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Fritzen, zu Ihnen: Wer macht denn hier Gräben auf? Sie werden mich nicht dazu bringen, eine pauschale Verurteilung unserer Landwirtschaft in Schleswig-Holstein vorzunehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich stehe zu unseren Betrieben, und zwar zu allen Betrieben in Schleswig-Holstein. Ich bin überzeugt davon, dass alle qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen. Wir können gern die Diskussion darüber führen, und ich will gern mit Ihnen debattieren, dass es daran nicht liegt und dass die Umstellungsdebatte hier fehl am Platze ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Die Redezeit der Ministerin betrug drei Minuten. Das steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. Wird davon Gebrauch gemacht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

(Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ich habe mich gemeldet!)

- Dann erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal reingehen. Zunächst einmal hat es von uns eine Presseerklärung zu dem Dioxinskandal bei Biofutter gegeben, die ganz klar auch die Botschaft hatte, dass es auch hier Futtermittel unbekannter Herkunft waren, und auch hier gab es die Mahnung, genau zu gucken, woher man etwas bekommt, und auf von vornherein regionale Kreisläufe zu setzen. Das vielleicht dazu.

Mir macht Ihr letzter Beitrag ein bisschen Sorgen, Frau Ministerin, wenn Sie jetzt schon wieder anfangen zu sagen, die **Positivliste** stehe nicht vorn an. Wir haben unseren Antrag ganz bewusst gestellt und ganz bewusst gesagt, dass es vier zentrale Punkte gibt, die umgesetzt werden müssen. Einer davon ist, in der Öffentlichkeit die Betriebe zu nennen, die kriminell sind und unmittelbar damit han-

(Bernd Voß)

deln. Das ist wirklich eine Positivliste. Es ist immer wieder das gleiche Ursachenschema. Wenn wir nicht bereit sind, da ranzugehen, wird demnächst der Rauch wieder verfliegen und nichts wird geschehen sein. Es gilt für die offene **Deklaration** ähnlich wie für die **Haftung**.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Appell an Sie richten, an die zentralen Punkte heranzugehen und nicht zu versuchen, allein über Kontrollen und genaues Hingucken die Dinge in den Griff bekommen zu wollen. Stattdessen sind es Probleme, die im System des jetzigen **Futtermittelrechts** liegen und bei denen bisher von der Lobby der Futtermittelwirtschaft seit Jahrzehnten mit Erfolg verhindert wurde, dass diese Punkte umgesetzt werden.

Vielleicht noch einmal zum Schluss: Es geht hier auch um die Systemfrage. So, wie sich Bewirtschaftung bei uns entwickelt, so, wie sich die Tierhaltung bei uns entwickelt, so, wie sich die Ausrichtung der Strukturen bei uns entwickelt, werden wir diese **Skandale** wieder haben. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen das nicht. Sie wollen klar informiert werden. Insofern werden wir an der Systemfrage dranbleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums, Preetz, auf der Besuchertribüne. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/1163 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksache 17/1157 (neu) und 17/1164 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 50 auf:

Verbraucherinformationsgesetz

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1155

Ich erteile der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über Dioxin im Futtermittel rückt das Verbraucherinformationsgesetz - das **VIG** - als gesetzliche Grundlage für eine **transparente Verbraucherinformation** weiter in den Fokus.

Ich begrüße daher den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Bericht zu erstatten. Aufgrund der geringen **Fallzahl** ist es allerdings schwierig, eine fachlich fundierte **Bewertung des Gesetzes** allein auf der Grundlage der schleswig-holsteinischen Erfahrungen vorzunehmen. In Schleswig-Holstein gab es in den ersten zweieinhalb Jahren seit Inkrafttreten des VIG lediglich acht **Auskunftersuchen**. Bundesweit waren es in den ersten zwei Jahren 801 Anträge.

Die geringe Nachfrage in Schleswig-Holstein liegt wohl auch daran, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land über das Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz eine sehr offene Information erhalten können, zum Teil mit weniger strengen Anforderungen an die Antragsstellung, als im VIG vorgesehen.

Die bundesweit gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass der Umgang mit Verbraucherinformationen im jetzigen VIG zu passiv und zu ungenau geregelt ist.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Das **VIG** sollte aus meiner Sicht in den folgenden drei **Einzelbereichen optimiert** werden. Verfahrensrechtliche Regelungen müssen ebenso vereinfacht werden wie das Antragsverfahren. Das Drittbeteiligungsverfahren muss effektiver gestaltet werden, und es ist auch wichtig, die **zentralen Begriffe** zu definieren. Das gilt ganz besonders für den **Begriff des Verstoßes**, auf den sich die meisten Anträge beziehen.

Gerade die aktuelle Diskussion um dioxinbelastete Lebensmittel zeigt mir, warum eine eindeutige **Definition** so wichtig ist. Unklare Definitionen können in solchen Situationen Existenzen Unschuldiger gefährden oder sogar vernichten.

Stellen wir uns beispielsweise vor, im aktuellen Dioxinskandal wäre - anders als tatsächlich geschehen

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

- Futtermittel in den Verkehr gelangt, das über dem Grenzwert liegende Dioxinwerte aufwies. Dann stellte sich die Frage, ob wir verpflichtet wären, auf Antrag bekanntzugeben, welche Höfe gesperrt wurden. Diese Verpflichtung bestünde, wenn die das Futter verfütternden Landwirte gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch verstoßen hätten. Dafür spräche, dass das Futtermittel geeignet wäre, die Qualität der von Nutztieren gewonnenen Lebensmittel zu beeinträchtigen. Andererseits hätten die Landwirte diesen Verstoß weder vorhersehen noch vermeiden können. Es gehört nicht zu ihren Sorgfaltspflichten, freikäufliche Futtermittel darauf zu untersuchen, ob sie diese tatsächlich verfüttern dürfen. Vielmehr dürfen und müssen Landwirte davon ausgehen, dass nur verkehrsmäßige Futtermittel auf dem Markt gehandelt werden. Würden wir in einem solchen Fall die gesperrten Betriebe namentlich bekannt geben müssen, würden wir die ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation der Landwirte weiter verschärfen. Ich habe Bedenken, dass dies so gewollt ist, wenn - wie ich noch einmal betonen möchte - den einzelnen Landwirt daran kein noch so geringes Verschulden trifft.

Deshalb ist es mir neben der Definition zentraler Begriffe wichtig, eine klare und eindeutige **Rechtsgrundlage** zu haben, die den Behörden die Möglichkeit eröffnet, Untersuchungsergebnisse proaktiv im Internet veröffentlichen zu können und damit eine nachvollziehbare **Transparenz** für die **Verbraucherinnen und Verbraucher** sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, dennoch werde ich gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Gesetzesinitiative des Landes Berlin nicht unterstützen. Vielmehr sollte der von der **Bundesregierung** angekündigte **Gesetzentwurf zur Änderung des VIG** abgewartet werden, um alle notwendigen Änderungen im Rahmen eines Verfahrens vornehmen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, sehr zügig die Novellierung angehen zu wollen.

Abschließend möchte ich auf die Forderung eingehen, das VIG auszuweiten und mit dem Informationsfreiheitsgesetz und den Umweltinformationsgesetzen des Bundes und der Länder zusammenzuführen. Rechtspolitisch wäre es durchaus erstrebenswert, ein **einheitliches Informationszugangsgesetz** zu schaffen. Denn Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher dürfte am ehesten erreicht werden, wenn sie sich nicht einer Fülle zum Teil komplizierter und unterschiedlicher Spe-

zialgesetze gegenüber sähen. Da dem Bund aber die hierzu erforderliche einheitliche Gesetzgebungskompetenz fehlt, ist eine **Ausweitung des VIG** schon aus diesem Grund momentan nicht möglich.

Ich halte es allerdings für sinnvoll, die verschiedenen Informationszugangsregelungen auf Bundesebene in einem einheitlichen Modellgesetz zusammenzufassen, das den **Ländern als Muster** dienen könnte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen für die CDU-Fraktion.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Verbraucherinformationsgesetz** ist am 1. Mai 2008 in Kraft getreten und soll der **gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation** dienen. Im Bericht der Landesregierung heißt es:

„Das Gesetz zielt zum einen auf die Erhöhung der Lebensmittelsicherheit und zum anderen auf die Verbesserung der Markttransparenz und damit der Auswahl- und Entscheidungskompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher ab.“

Es kann nicht auf aktuelle Fragen reagieren, sondern lediglich auf registrierte Ergebnisse, abgeschlossene Prozesse und grundsätzliche Entscheidungen Bezug nehmen und darüber **Auskunft** erteilen. So auch im laufenden Dioxinskandal. Dies zeigt aus meiner Sicht die Grenzen und Schwächen des Verbraucherinformationsgesetzes, das von uns allen mit großer Erwartung begleitet wurde. Verbraucherinnen und Verbraucher möchten jetzt und sofort Antworten auf **aktuelle Fragen** haben. Das kann das Verbraucherinformationsgesetz leider nicht leisten. Möglicherweise ist das ein Grund dafür, dass das Interesse der Verbraucher an diesem Gesetz überraschend gering war.

Mit dem im Mai 2010 vorgelegten **Bericht** über die **Ergebnisse der Evaluation** des Gesetzes hat die Bundesregierung die aus ihrer Sicht wesentlichsten Ergebnisse zusammengefasst. Wirtschaftsverbände, Verbraucherschutzorganisationen und die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und die Bundesländer haben sich eingebracht. Es liegt also für den Evaluationszeitraum vom 1. Mai 2008 bis 1. Mai 2009 viel Material vor. Dennoch ist - wie

(Ursula Sassen)

gesagt - das Interesse sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gering gewesen.

Denn im ersten Jahr sind auf **Bundesebene** insgesamt nur 487 **Anträge** auf Auskunft gestellt worden, von denen 261 Privatpersonen und 226 Verbänden und Journalisten zuzuordnen waren. Im zweiten Jahr ging die Zahl der Auskunftsanträge bundesweit sogar auf 314 zurück. In Schleswig-Holstein wurden im Evaluationszeitraum des ersten Jahres und bis zum 26. November 2010 - der Erfassung des Berichts, nehme ich an - nur acht Anträge gestellt. Von diesen insgesamt acht Anträgen entfallen lediglich vier auf Privatpersonen und der Rest auf Presse und Verbände.

Das lässt vermuten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in Schleswig-Holstein nach wie vor auch im Geltungsbereich des Lebensmittelrechts verbraucherrelevante Informationen eher über das **Informationsfreiheitsgesetz** verlangen oder sich an die Verbraucherzentralen wenden.

Das **Verbraucherinformationsgesetz** wird von der Landesregierung grundsätzlich positiv bewertet - wir hörten es -, weist aber auch Schwächen auf. Diese liegen vor allem bei der nicht eindeutigen Rechtslage, die es den auskunftspflichtigen Behörden schwer macht, den **Informationsanspruch**, insbesondere bei Anträgen auf Information über Verstöße, zeitnah sicherzustellen. Auch bei schwammigen Begriffen, beim Betriebs- und Geschäftsgeheimnis sieht die Landesregierung Grund für Nachbesserungen.

Auch einer Ausweitung des Verbraucherinformationsgesetzes auf Produkte und Dienstleistungen über den jetzigen Geltungsbereich hinaus steht die Landesregierung kritisch gegenüber, zumal dadurch die Informationsmöglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schleswig-Holstein nicht wesentlich verbessert würden.

Ungeachtet dessen, wie man zur Einführung des bereits diskutierten **Smiley-Systems** nach dänischem Vorbild steht, ist das Verbraucherinformationsgesetz wegen seiner „Trägheit“ - will ich es einmal nennen -, die darin begründet ist, erst nach Abschluss rechtlicher Bewertungen Informationen preisgeben zu können, für die Aufnahme des Smiley-Systems nicht geeignet.

Ein wichtiger Punkt im Bericht der Landesregierung ist der Hinweis darauf, die Informationsfreiheitsgesetze und die Umweltinformationsgesetze der Länder mit dem Verbraucherinformationsgesetz zu vereinen und zu bündeln. Offensichtlich fehlt es dem **Bund** aber für eine solche **Zusammenfüh-**

rung an der erforderlichen Gesetzgebungskompetenz.

Wir bedanken uns für den aufschlussreichen Bericht, auch wenn das Verbraucherinformationsgesetz in der jetzigen Fassung unsere Erwartungen nicht erfüllt. Das Verbraucherinformationsgesetz muss noch verbraucherfreundlicher werden. So warten wir gespannt auf die für Anfang des Jahres 2011 in Aussicht gestellte Änderung des Gesetzes und begrüßen, dass sich die Landesregierung für mehr Praxisnähe des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Andreas Beran.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Bericht der Landesregierung, federführend das von mir sonst so geschätzte Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium mit Ihnen an der Spitze, Frau Ministerin, gelesen habe, war ich doch etwas verwundert. Parallel zu den Vorgängen um den Dioxinskandal mit einem Knotenpunkt in Schleswig-Holstein gibt die Landesregierung in knappen Worten die Botschaft: allenfalls marginaler Bedarf in Verfahrensfragen beim Verbraucherinformationsgesetz.

Sie sind kurz mit einem Beispiel darauf eingegangen, indem Sie noch einmal darauf hingewiesen haben, welches Schutzbedürfnis der landwirtschaftliche Betrieb hat. Auf der anderen Seite sehe ich allerdings, je nachdem, wie die Werte ausfallen - egal, ob er das Futtermittel überprüfen kann oder nicht -, ein großes **öffentliches Interesse** daran, wenn **Grenzwerte** überschritten werden, dass der **Verbraucher** darüber informiert werden muss. Das ist für mich eine ganz wichtige Frage.

(Beifall der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

Dieser Bericht war wohl schon vor Bekanntwerden des Dioxinskandals fertig geschrieben; ich glaube nicht, dass er so heute noch einmal vorgelegt werden würde.

Interessant sind für mich auch die Schlussworte von Ihnen, Frau Ministerin Rumpf, hier in der Debatte im Oktober zu unserem Antrag zur Verbesserung des VIG. Auf unseren Vorschlag, dass eine Anhö-

(Andreas Beran)

zung der betroffenen Unternehmen künftig nicht mehr der Regelfall sein, sondern im Ermessen der Behörde stehen sollte, sagten Sie:

„Damit würden rechtsstaatliche Grundsätze aufs Spiel gesetzt. Dies ist mit der Landesregierung nicht zu machen.“

Mit diesem Denken in den Aufsichtsbehörden würde man heute der Skandalfirma Harles und Jentsch wohl nicht mehr kommen. **Schutzfristen** für schwarze Schafe in der Lebensmittelkette darf es nicht geben.

(Beifall der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

Ich denke, nicht nur zu diesem Punkt würde die Landesregierung heute anders sprechen. Denn genauso tatkräftig und mit guten Vorschlägen wie im Dioxinskandal könnte die Landesregierung heute auch zur Verbesserung des VIG nach vorn treten und sich nicht bedeckt ins tatenlose Abseits stellen. Wer keinen Mut zum Verbraucherschutz hat, findet immer gute Argumente, nichts zu ändern; der vorliegende Bericht spiegelt das leider wider.

Erleichterungen im Auskunftsverfahren? - Braucht man in Schleswig-Holstein ohnehin nicht, wird ja auch nur von Querulanten-Organisationen genutzt. Immerhin sollen die Anhörungsfristen für die Unternehmen verkürzt werden, und der Antrag kann auch per E-Mail gestellt werden.

Ausweitung des VIG und Ausdehnung der Auskunftspflicht? - Hinter Paragraphen versteckt, sieht man dies in der Landesregierung kritisch. Geht ja auch über andere Gesetze. Schade, dass dies Verbraucherinnen und Verbraucher im Regelfall nicht wissen können.

Anwendung des **Smiley-Systems** wie in Dänemark und in anderen Regionen Deutschlands? - Wieder hat die Landesregierung erhebliche Vorbehalte dagegen und pocht auf die betrieblichen Eigenkontrollen; die Ergebnisse der risikoorientierten amtlichen Kontrollen sollen weiter in der Schublade schmoren, ohne dass die Verbraucherinnen und Verbraucher hiervon erfahren. Statt das bewährte Smiley-System modifiziert zu nutzen, suchen die Verbraucherschutzministerien weiter nach einem **neuen Modell**, getreu nach dem Motto: Wer nicht weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis.

Dennoch werden wir diesen Bericht zusammen mit den Anträgen zum VIG weiter im Ausschuss beraten. Gerade angesichts der aktuellen Vorfälle möchte ich dafür das Ziel erneut in Erinnerung rufen: Wir alle im Parlament sollten ein klares Bekenntnis

zu einem transparenten und modernen Verbraucherschutz abgeben. Dies schulden wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland, die sich der übermächtigen Wirtschaft und ihrer Lobbyisten gegenüber im Nachteil empfinden.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Carsten-Peter Brodersen für die FDP-Fraktion das Wort.

Carsten-Peter Brodersen [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen Bericht über das Verbraucherinformationsgesetz vorgelegt, um den die regierungstragenden Fraktionen im vergangenen Herbst gebeten hatten. Wir danken der Ministerin für ihren ausführlichen Bericht.

Der Bericht macht deutlich, dass es gerade mit Blick auf den derzeitigen Skandal in der Futtermittelindustrie zu einer **Novellierung des VIG** kommen muss. Darüber hinaus sieht auch die Bundesumweltministerin in ihrem Aktionsplan in Punkt 13 eine Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes vor. Doch muss bei aller bundespolitischen Relevanz beachtet werden, welche speziellen Punkte aus der Sicht Schleswig-Holsteins gegebenenfalls reformbedürftig sind und einer Novellierung unterzogen werden müssen. Der vorliegende Bericht gibt hier Aufschluss.

801 **Anträge** wurden in der Bundesrepublik bis zu diesem Tage gestellt. In **Schleswig-Holstein** wurden im Evaluationszeitraum und bis zum 26. November 2010 jedoch nur acht Anträge gestellt. Dies macht deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland über das **Informationsfreiheitsgesetz** auch im Geltungsbereich des **Lebensmittelrechts** verbraucherrelevante Informationen erhalten können.

Das Verbraucherinformationsgesetz besitzt für Schleswig-Holstein aufgrund der eigenen Gesetzeslage eine nachrangige Bedeutung. Daher sehen wir keinen Bedarf zur Ausweitung des **Geltungsbereichs des Verbraucherinformationsgesetzes**.

Die Positionierung der Landesregierung zu der in beiden Oppositionsanträgen geforderten Übernahme des dänischen **Smiley-Systems** ist klar. Wir teilen diese Auffassung. Der Übernahme stehen erhebliche Vorbehalte gegenüber, da sie unter Umständen gar eine Verschlechterung der Hygienestandards zur Folge haben kann, was aus aktuellem

(Carsten-Peter Brodersen)

Bezug nicht zu vertreten wäre. So schön dieser bildhafte Verbraucherschutz wirken mag - unabhängig von der Sinnhaftigkeit -, ist es derzeit gesetzlich nicht möglich, eine Veröffentlichung von Kontrollergebnissen zu erwirken. Die **Rechtsgrundlage** fehlt. Zu bedenken ist auch die potenzielle Existenzgefahr für Betriebe mit einmaligem Mängelbescheid.

Weiter müssen die **Haftungsfragen**, wie im Fall der Futtermittelverunreinigungen, aus haushaltspolitischer Sicht vorher berücksichtigt werden. Im Zusammenhang mit dem aktuellen Dioxinskandal ist festzuhalten, dass sowohl beim MLUR als auch beim **Landeslabor** keine spezifischen **Anfragen** nach dem **Verbraucherinformationsgesetz** eingegangen sind. Anfragende haben im aktuellen Fall auch keinen Anspruch auf Informationen, welche konkreten Betriebe wegen einer Belieferung mit Futtermitteln, in denen die dioxinbelasteten Fette enthalten sind, beziehungsweise entsperret wurden. Das gibt das aktuelle Verbraucherinformationsgesetz ebenfalls nicht her.

In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage der **Zusammenführung des Umweltinformationsgesetzes, des Informationsfreiheitsgesetzes und des Verbraucherinformationsgesetzes**, wie es die SPD auch fordert. Eine Vereinfachung durch eine Zusammenführung würde den Bürgerinnen und Bürgern einen durchaus weiteren Partizipationsgrad ermöglichen, doch sprechen gegen eine Zusammenlegung momentan leider einige verfassungsrechtliche Gründe. Der Bund wird diesbezüglich handeln müssen, damit dieses Muster von einem einheitlichen Modellgesetz auch auf Schleswig-Holstein übertragen werden kann.

Das Land Berlin hat einen Antrag auf Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes gestellt, welcher auf einer der nächsten Bundesratssitzungen erörtert werden soll. Aus unserer Sicht sollte dieser Antrag nicht unterstützt werden, um einer **einheitlichen Musterlösung** durch den **Bund** nicht im Wege zu stehen. Es sollte der schon für den Jahreswechsel angekündigte, aber noch nicht vorliegende Änderungsentwurf der Bundesregierung abgewartet werden.

Wir befinden uns in einer Situation, in der die Handlungsaufforderung eindeutig auf Bundesebene liegt. Wir sprechen uns dafür aus, jetzt keinen eigenen Novellierungsentwurf vorzulegen, um im Umkehrschluss am Ende nicht zwischen 16 verschiedenen Landesnovellierungen debattieren zu müssen. Eine Vorlage aus dem Bundesministerium, welche

wir an schleswig-holsteinische Belange anpassen, erscheint uns als die sinnvollste Lösung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die Landesregierung für den Bericht. Es ist schon auffällig, wie sich die Kollegen aus den Regierungsfractionen angesichts der konstruktiver Anträge zum Smiley und zum Verbraucherinformationsgesetz zurückgelehnt haben und sagen: Liebe Landesregierung, berichte doch erst einmal, dann können wir uns immer noch mit den Forderungen der Opposition auseinandersetzen. So werden Debatten und Entscheidungen über wichtige Themen hinausgezögert. Schon bei der Verabschiedung wurde das Verbraucherinformationsgesetz als „Seehofers zahnlöser Tiger“ tituliert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben bereits damals als entscheidende **Defizite** benannt, dass es zu viele Ausnahmetatbestände beinhaltet, dass vornehmlich Betriebsgeheimnissen Vorrang vor dem **Informationsanspruch** von Verbraucherinnen und Verbrauchern eingeräumt wird und dass sich der Geltungsbereich allein auf Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bezieht.

Auf Bundesebene liegt bereits seit Mai ein **Bericht zum Vollzug** des Verbraucherinformationsgesetzes vor. Außerdem hat es im Juli 2010 im Verbraucher- und Agrarausschuss des Bundestags eine Anhörung gegeben. Auch da kann man sich informieren. Zur Anhörung war beispielsweise ein Vertreter der dänischen Botschaft geladen. Er hat zur Umsetzung des Smiley-Systems in seinem Land berichtet. Durch die Veröffentlichung wird eine bessere Beachtung der Regeln erreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist eine der vielen positiven Erfahrungen in Dänemark. Ich verstehe nicht, warum sich gerade bei uns so viele vehement gegen dieses Prinzip wenden. Bei Verbraucherarbeit geht es nicht darum, dass sich jeder erst einmal seitenlang seine Informationen besorgen muss, sondern darum, dass man

(Bernd Voß)

einfache, schnelle Symbole und Signale hat, an denen man sich orientieren kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Der vorliegende Bericht der Landesregierung ist interessant. Er macht deutlich, dass auch in Schleswig-Holstein seitens der Behörden eine große Unsicherheit bei der Anwendung und Auslegung des Gesetzes besteht. Zugleich erfährt man einiges über die Haltung der Landesregierung zum **Verbraucherinformationsgesetz**. Es heißt, es gebe wenig Anfragen und daher keine Bedeutung. Ich würde eher den Schluss ziehen: So wie das Verbraucherinformationsgesetz zurzeit gestaltet ist, sind die Hürden für die Verbraucherinnen und Verbraucher anscheinend zu hoch, um aktiv Informationen einzuholen und um sich aktiv zu informieren. Würden für Verbraucher relevante Daten generell offengelegt, so bestünde für Journalisten, Verbraucherverbände und andere Gruppen die Möglichkeit, diese Daten auszuwerten, aufzubereiten und der Öffentlichkeit entsprechend zugänglich zu machen.

Von den Ereignissen der letzten Wochen im Zusammenhang mit **Dioxinverunreinigungen** wurde der Bericht anscheinend überholt. Im Grunde wurden Passagen über Eigenkontrolle und die Kontrolle der Kontrolle zum Teil so geschrieben, wie man sie heute wirklich nicht noch einmal geschrieben hätte. Ich möchte daran erinnern, dass die DEKRA als staatlich akkreditiertes **Zertifizierungsunternehmen** die Kollegen von **Harles und Jentsch** unmittelbar vor Aufdecken des Skandals gerade wieder für zwei Jahre zertifiziert hatte. Diese Systeme gehören also mit Haut und Haaren reformiert und genau betrachtet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Der aktuelle Handlungsbedarf ist unausweichlich, und zwar trotz des Berichts. Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir brauchen einen **Wandel der Informationskultur**. Dazu gehört: die Offenlegung von relevanten Daten und die Nennung nicht nur der Täter, sondern auch die Nennung der Namen der unmittelbar mit ihnen Handelnden. Diese müssen bei schweren Verstößen genannt werden. Ich bin hier im Grunde direkt bei Frau Sassen. Wir müssen Systeme finden, die dabei helfen, dass man genau guckt, sodass man Leute nicht versehentlich an den Pranger stellt. Hier haben wir eine gewisse **Sorgfaltspflicht**. Im Moment haben wir aber die Situation mit dem Stichwort „Harles und Jentsch“. Wir wissen immer noch nicht, welche 20 Unterneh-

men den vergifteten Scheiß unmittelbar bekommen haben. Das kann nicht sein. Hier muss das Verbraucherinformationsgesetz ran. Sie dürfen nicht immer wieder mit Bedenkenträgerei verhindern: Auch wir wollen absichern, dass gerade kleine Unternehmen nicht fälschlicherweise an den Pranger gestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Ursula Sassen [CDU]: Sind Sie mit mir der Auffassung, dass das Verbraucherinformationsgesetz gar nicht für diese schnelle Information geeignet ist? - Sind Sie auch der Meinung, dass es viel zu lange dauert, bis wir eine Information diesbezüglich finden und dass man auf aktuelle Dinge gar nicht eingehen kann?

- Ja, das Verbraucherinformationsgesetz muss reformiert werden, damit dies schneller möglich ist. Hier sind wir beieinander. Ich denke, das geht auch aus dem Bericht der Landesregierung hervor. Die Verwaltung muss eine andere Sicherheit in der Frage bekommen, wie sie zu handeln hat. Hier ist Handlungsbedarf.

Eine **rechtliche Absicherung** der direkten Informationsrechte seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen ist ebenfalls ein Punkt, den wir entsprechend einfordern. Indem wir die Verbraucherrechte stärken, stärken wir letztlich die Unternehmen, die für einen echten **Qualitätswettbewerb** stehen. Ansonsten bleiben bei schädlicher Konkurrenz durch Preisdruck und Dumping gerade diese Unternehmen auf der Strecke. Verbraucherpolitik und Informationspolitik sind eine fortschrittliche Standortpolitik und eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik. Ich denke, daran sollten wir uns bei der Bewertung des Verbraucherinformationsgesetzes orientieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Voß, für den unparlamentarischen Begriff muss ich Ihnen leider eine Rüge er-

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

teilen. Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht wieder tun.

Ich erteile für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordneter Ellen Streitböcker das Wort.

Ellen Streitböcker [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist an dieser Stelle üblich, sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Erstellung des Berichts zu bedanken. Das will ich gern tun, auch wenn mich dieser Bericht nicht wirklich zufriedenstellt. Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass die Landesregierung dem Recht der Bürgerinnen und Bürger auf **Zugang zu behördlichen Informationen** und ihrem Recht auf **körperliche Unversehrtheit** wenig Bedeutung einräumt. Es ist befremdlich, wenn das Ministerium schreibt,

„dass das Verbraucherinformationsgesetz für Schleswig-Holstein keine besondere Bedeutung hat.“

So heißt es, obwohl schwerpunktmäßig Informationen zu **Rechtsverstößen** nachgefragt wurden. Wir reden hier von einer gesetzlichen Grundlage mit dem Ziel, die **Lebensmittelsicherheit** zu erhöhen und die **Markttransparenz** für Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern. Dem müssen wir eine große Bedeutung beimessen. Das ist ebenso unsere Pflicht, wie es die Pflicht des Ministeriums ist.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neugestaltung des Verbraucherinformationsgesetzes. Darin muss das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf umfassende Information und Transparenz verankert sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Wirtschaft stärken und damit die Schwächeren gegenüber den Stärkeren schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher können nur verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen, wenn ihnen alle konsumrelevanten Fakten vorliegen und wenn **ökologische und soziale Standards** in der Produktion und der Lieferketten transparent sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Transparenz muss ein Verbraucherinformationsgesetz für alle Bereiche garantieren. Deshalb sind wir im Gegensatz zum Ministerium der Meinung, dass wir ein Gesetz brauchen, dessen Gel-

tungsbereich sich über das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch hinaus auf alle Produkte und Dienstleistungen erstreckt.

(Beifall bei der LINKEN)

Namen von Unternehmen und Produkten sind zu veröffentlichen. Ausnahmen vom **Auskunftsanspruch** müssen eindeutig beschrieben und auf ein Minimum reduziert werden. Auch das Ministerium räumt ein, dass dies nicht nur den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher dient, „sondern darüber hinaus auch die Unternehmer noch stärker als jetzt präventiv zu rechtmäßigem Handeln motivieren kann“.

Dass die Anzahl der Anträge auf Informationsauskunft in Schleswig-Holstein bisher so gering ausfiel, liegt kaum an mangelndem Interesse. Eher sind es wohl die **Kostenvorschriften**, die Verbraucherinnen und Verbraucher zögern lassen, von ihrem Informationsrecht Gebrauch zu machen. Es können mehrere hundert Euro an Gebühren für eine aufwendigere Anfrage anfallen. Das hält viele Menschen davon ab, ihre Verbraucherechte in Anspruch zu nehmen.

Wir halten es in diesem Zusammenhang für unerlässlich, den Zugang zu Verbraucherinformationen für die Bürgerinnen und Bürger einfach und grundsätzlich kostenfrei zu gestalten, damit ihre Nutzung nicht vom sozialen Status abhängig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Unterdessen müssen **Bußgelder** gegen unlautere Unternehmen so hoch sein, dass die Verlockung der Gewinnmaximierung durch kriminelles Handeln gering bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können nicht länger auf die **Eigenkontrollen der Unternehmen** vertrauen, das zeigt der aktuelle Dioxinskandal. Wir brauchen verbesserte und verstärkte staatliche Kontrollen. Die vorrangige Aufgabe von Verbraucherpolitik ist die **Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität** unserer Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund werden wir uns auch in Zukunft für die kollektiven und individuellen Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Ziel einzusetzen, die Märkte verbrauchergerecht zu regulieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende Bericht geht überwiegend auf die Anträge ein, die gemäß Verbraucherinformationsgesetz gestellt wurden. Es wird bemängelt, dass diese Anträge oft wenig konkret und eher global gefasst worden sind. Die Landesregierung kommt zu dem Schluss:

„Die geringe Zahl der Anträge zeigt, dass das Verbraucherinformationsgesetz für Schleswig-Holstein keine besondere Bedeutung hat.“

Es ist zwar richtig, dass wir mit dem vom SSW initiierten Informationsfreiheitsgesetz und dem Umweltinformationsgesetz schon gute **Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger** hatten, aber trotzdem ist das Verbraucherinformationsgesetz sehr wichtig für uns. Dass die Anträge nicht konkret genug sind und dass zu wenig Anträge gestellt werden, hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass die Bürgerinnen und Bürger immer noch zu wenig Informationen haben, auf die sie ihre Anträge stützen können.

Das heißt, ohne ausreichende **Information im Vorwege** kann man auch keine detaillierten Anträge auf Auskünfte stellen. Deshalb liegt der besondere Wert des Verbraucherinformationsgesetzes auch nicht nur in der Möglichkeit, per Antrag Informationen und Auskünfte zu erhalten. Viel wichtiger sind die neu geschaffenen Möglichkeiten, im Vorwege Informationen bekommen zu können.

Mit dem Beschluss über das Gesetz ist nämlich das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch in § 40 geändert worden. Nunmehr sollen die Behörden - nicht mehr nur können, sondern sie sollen - über Verstöße und über unsaubere Betriebe die Öffentlichkeit unterrichten. Einige Kommunen nutzen diese Möglichkeiten schon großzügig aus, und auch die Nutzung der dänischen Smileys zur Kenntlichmachung von guten und weniger guten Prüfergebnissen basiert auf dieser Vorschrift. Deshalb ist es für uns immer noch unverständlich, warum diese einfache **Kenntlichmachung der Qualität** in den Betrieben bei uns nicht genutzt wird.

(Beifall beim SSW)

Hier bei uns ist es immer noch aktive Politik, die schwarzen Schafe zu schützen, anstatt den guten Betrieben mit dem **Smiley** ein gutes zusätzliches Argument an die Hand zu geben.

Hier soll auch niemand sagen, dass ein Smiley zu viel Verwaltungsaufwand bedeuten und somit zu

viel Geld kosten würde. Wir haben vor einiger Zeit den Antrag gestellt, **kostendeckende Gebühren** für Lebensmittelkontrollen einzuführen. Dieser Bereich könnte also nahezu kostendeckend arbeiten, wenn man von den Vorteilsnehmern auch die entsprechenden Gebühren erheben würde. Würde man dies tun und dann den Smiley einführen, hätten die Betroffenen einen echten konkreten Gegenwert für ihre Gebühren, nämlich den lächelnden Smiley. Wir sollten jetzt die mögliche Überarbeitung des Gesetzes dafür nutzen, mit Vehemenz für die Einführung des Smileys zu werben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Ähnliches gilt auch für die **Ampelkennzeichnung** auf Lebensmitteln. Es geht nicht nur darum, irgendwelche kriminellen Machenschaften anzuprangern, sondern es geht bei der Verbraucherinformation auch darum, die Zusammensetzung ganz normaler Lebensmittel einfach darzustellen. Hierfür ist die Ampelkennzeichnung immer noch die beste verfügbare Variante. Auch ein ganz normales Lebensmittel kann, wenn man zu viel davon zu sich nimmt, ungesund sein. Deshalb muss ein modernes Verbraucherinformationsgesetz auch darauf ausgerichtet sein, den Verbraucher besser über die Risiken, Nebenwirkungen und die Zusammensetzung seiner Nahrung zu informieren. Daher muss eine fortschrittliche Landesregierung auch dafür eintreten, eine Ampelkennzeichnung gesetzlich in der nächsten Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes zu verankern.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Abschließend möchte ich aber auch darauf aufmerksam machen, dass es nicht ausreicht, nur auf diese eine bundesgesetzliche Regelung zu schauen. Wir müssen auch hier vor Ort für mehr **Transparenz** sorgen. Es ist nicht mehr zeitgemäß, mit einem Siegel „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ regionsbezogen zu werben. Vielmehr muss es auch hier um **Qualität und Vergleichbarkeit** gehen, und dann sind wir sehr schnell bei der breiten Einführung des deutschland- beziehungsweise EU-weiten **Gütesiegels** und des entsprechenden Bio-Siegels.

Wir sehen das Verbraucherinformationsgesetz als einen ersten Schritt an. Aber es müssen weitere Schritte folgen, und die heißen vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zur Lebensmittelsicherheit: Einführung der Ampelkennzeichnung, Einführung des Smileys und von vergleichbaren Gütesiegeln und Stärkung der Lebensmittelüberwachung

(Lars Harms)

durch kostendeckende Gebühren. Wenn wir diese eigenen Aufgaben, die wir haben, selbst erfüllen, dann ist in der Lebensmittelsicherheit schon sehr, sehr viel gewonnen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1155 dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 und 32 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1072

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1175

b) Europapolitik in Schleswig-Holstein wieder aufbauen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1174

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rolf Fischer von der SPD.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden gleich hören, was die Landesregierung europapolitisch alles auf den Weg gebracht hat, viele schöne Worte und auch manch richtige **Initiative**. Viel wichtiger aber ist, was Sie nicht auf den Weg gebracht haben, was Sie nicht durchsetzen, was nicht mehr stattfindet. Ebenso wichtig ist die Frage, welche negativen Folgen dieser europapolitische Ausstieg für unser Land hat - für Vereine und Verbände, aber auch für die Position Schles-

wig-Holsteins in diesem **Europa der starken Regionen**.

Lassen Sie mich das Fazit vorwegnehmen. Ich sage in Richtung der Landesregierung: Ihre **Europapolitik** ist thematisch einseitig, sie ist in vielen Punkten schlicht einfallslos. Oder um es noch deutlicher zu sagen: Ihnen fehlt der europapolitische Gestaltungswille, weil Ihnen längst Ihre **europapolitische Vision** abhandengekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich das an vier Beispielen belegen:

Erstens. Sie reduzieren Europapolitik immer stärker auf Wirtschaftspolitik. Ihre sogenannte **Dänemark-Strategie** zeigt dies deutlich. Wenn sich eine Strategie im Kern auf einen Aspekt - Wirtschaftspolitik - reduziert, ist das zu wenig. Die Kritik auch in Dänemark war entsprechend heftig, nicht zuletzt, weil Sie gleichzeitig die Verschmelzung der beiden **EU-INTERREG-Gebiete** ins Spiel gebracht haben; eine Idee, die nach heftiger Kritik glücklicherweise wieder im Rundordner gelandet ist.

Ein gutes Feld, auf dem Sie wirtschaftspolitisch punkten könnten, ist die **Nordseekooperation**. Die vernachlässigen Sie aber! Hier bedarf es endlich einer **Nordsee-Strategie**, wie wir sie in unserem Antrag fordern und wie sie der Antrag der Grünen zu Recht ergänzt, den wir unterstützen. Aber die Landesregierung bleibt auch in dieser Frage bisher seltsam stumm. Ich sage das auch deshalb, weil es sehr ärgerlich ist, dass die Nordsee-Initiative des Landtages, die wir hier in diesem Raum einmal gemeinsam auf den Weg gebracht haben, von Schwarz-Gelb in Richtung Hamburg verschoben wurde und heute dort mehr oder weniger begraben ist. Ich meine, an dieser Stelle sollten wir die Kraft des Landtages wieder viel, viel deutlicher nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie lehnen das **soziale Europa** ab. Beispiel: 2010 war das **Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung**. Der Sozialminister hat damals aufgezählt, was er alles vorhat, meistens Initiativen seiner Vorgängerin Frau Trauernicht, die zum Teil bereits auf den Weg gebracht waren.

Fazit heute, auch ein Jahr später: Die **Chancen des Europäischen Jahres** haben Sie in keiner Weise genutzt. Etliche Projekte wurden im Rahmen Ihrer Haushaltskürzungen bedroht oder gar abgeschafft. Viele soziale Initiativen müssen um ihre Existenz kämpfen. Sie übersehen die große integrierende Wirkung, die das soziale Europa entfacht und der es

(Rolf Fischer)

unbedingt bedarf, wenn wir in Schleswig-Holstein und Europa erfolgreich sein wollen.

Drittens. Sie belasten die **grenzüberschreitende Politik**. Ein Beispiel hier sind die Kürzungen für die **Schulen der dänischen Minderheit**, aber auch die Abwendung vom Prinzip der Gleichstellung. Sie haben dabei den überregionalen, den europapolitischen Schaden völlig unterschätzt. Krisenmanagement ist auch nicht Ihre Stärke. Den Ärger von Carl Holst und die Frage, ob zwischen Süddänemark und Schleswig-Holstein etwas kaputtgegangen sei, relativiert Herr Maurus im „Nordschleswiger“ wortreich. Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren:

„Die Diskussion, die wir im Juni geführt haben, war die Diskussion vom Juni. Die Diskussion, die wir heute führen, ist die Diskussion von heute.“

Die Erkenntnis ist fundamental, und sie lässt sich sogar fortschreiben. Ich sage, die Diskussion von morgen ist mit Sicherheit die Diskussion von morgen. Tatsächlich aber führen Sie in dieser Frage eine Diskussion von vorgestern! Sie haben der **Minderheiten- und der Grenzlandpolitik**, die als europaweites Modell gilt, einen Bärendienst erwiesen. Die Folgen werden Sie noch lange spüren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie können so viel dazwischenreden, wie Sie wollen, Herr Kubicki. Da Sie eben „genau“ gerufen haben an der Stelle, als ich die Landesregierung kritisiert habe, freue ich mich über Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie mit der CDU zu klären.

Viertens. Einen europapolitischen Rückzug haben Sie auch in der **Ostseepolitik** angetreten. Schleswig-Holstein hat seinen **Vorsprung im Ostseeraum** längst eingebüßt. Bis Juni 2012 hat die Bundesrepublik den Vorsitz im **Ostseerat**. Damit verbunden ist eine Reihe von Aktivitäten der norddeutschen Länder: Mecklenburg-Vorpommern arbeitet federführend im Bereich maritime Politik und Gesundheitswirtschaft, Hamburg positioniert sich mit einer großen Bildungskonferenz. Und Schleswig-Holstein? - Schleswig-Holstein richtet die Festveranstaltung zum Auftakt der Präsidentschaft aus - cooler Termin, passt zum Image des Ministerpräsidenten, keine Frage. Aber die politische Chance wird hier nicht genutzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will weitere Beispiele aufführen: Die Kürzungen in der kulturellen Ostseekooperation, Ihr mangelndes Engagement bei der **Umsetzung der Ostsee-Strategie**, die schleppende Umsetzung des regionalen Aktionsplans zur integrierten Meerespolitik, das mögliche Aus der beiden Europe Direct Center in Schleswig-Holstein.

Kurz zusammengefasst: Sie setzen einseitige inhaltliche Schwerpunkte. Sie begeistern nicht mehr für Europa. Deswegen braucht Schleswig-Holstein einen europapolitischen Neuanfang. In diesem Sinne werben wir für unsere Anträge. Ich danke Ihnen allen - ausgesprochen allen - für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst für die CDU-Fraktion das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Rolf Fischer, ich habe schon gute Reden zu europapolitischen Themen von Ihnen gehört.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Selten!)

- Nein, nicht selten. Nicht heute, sondern in der Vergangenheit habe ich gute Reden von ihm zu europapolitischen Themen gehört.

Sie haben mit chirurgischer Präzision die tatsächlichen europapolitischen Themen verfehlt. Stattdessen haben Sie den Versuch unternommen, ein bisschen Allgemeinkritik zu äußern und den großen Rundumschlag zu machen. Das ist eine ganz interessante und schöne Dramaturgie. Manche Dinge kann man sich gar nicht selbst ausdenken.

Heute tagt der **Ausschuss der Regionen** und befasst sich mit der **Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik** und der maritimen Kenntnisse bis zum Jahr 2020. Das ist genau das Thema, mit dem Sie sich im zweiten Antrag beschäftigen.

Ich bin Vertreter im Ausschuss der Regionen, kann heute aber leider nicht an der Sitzung des Ausschusses der Regionen teilnehmen, weil die Opposition das Pairing-Abkommen gekündigt und ausdrücklich bestätigt hat, dass dies auch für Sitzungen des Ausschusses der Regionen gilt.

(Christopher Vogt [FDP]: Skandalös! - Weitere Zurufe)

(Niclas Herbst)

Das ist gut für den Landtag und schlecht für Europa.

(Zuruf)

- Umso aufmerksamer sollten Sie jetzt zuhören.

Sie als Opposition verhindern, dass wir dort vertreten sind, wenn es um die integrierte Meerespolitik geht. Gleichzeitig fordern Sie in Ihrem Antrag, die vorhandenen Kontakte zu die europäischen Institutionen auszubauen. Weiter fordern Sie, dass das Land in der Lage sein müsse, neue europäische Initiativen zu entwickeln.

Das hätte ich heute gern gemacht. Wir haben als Land Schleswig-Holstein auch Änderungsanträge zu dem wichtigen Thema der integrierten Meerespolitik gestellt. Es ist schon gewagt zu verhindern, dass wir dort vertreten sind und unsere Anträge vortragen können, und gleichzeitig den Ausbau unserer Kontakte zu Europa zu fordern. Das finde ich schon merkwürdig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe versucht, mich darüber zu ärgern. Das ist mir aber nicht gelungen, weil ich letztendlich vor dieser Haltung Respekt habe. Sie lassen sich durch Sachargumente nicht verwirren, sondern verfolgen weiter die große Linie. Das ist etwas, was zumindest von der Haltung her Europa weiterbringen kann. Ich kann Ihnen aber das eine oder andere Sachargument nicht ersparen. Deshalb will ich auch darauf eingehen, was ich gefordert hätte, wenn ich heute in Brüssel gewesen wäre. Vielleicht hilft das weiter.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD] - Christopher Vogt [FDP]: Nicht so viele Zwischenrufe!)

- Frau Langner, ich will Sie wirklich loben. Ich finde auch, dass in Ihrem Antrag zum Thema Nordsee-Strategie vieles richtig ist. Dies gilt auch für die Begründung. Ich will den ersten Satz der Begründung vorlesen. Dort steht:

„Schleswig-Holstein ist das Land zwischen Nord- und Ostsee.“

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Dem können wir zustimmen. Das müssen wir im Ausschuss aber nicht so sehr vertiefen. Es gibt also durchaus den einen oder anderen Punkt, bei dem wir uns einig sind.

(Vereinzelt Heiterkeit bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Europäische Union ist schon ein Stück weiter, als wir es vielleicht sind, wenn wir allgemein Strategien fordern. Für die **integrierte Meerespolitik** will die EU 50 Millionen € bereitstellen. Ich sage an dieser Stelle, dass sie nur 50 Millionen € bereitstellen will, weil das natürlich genau den Punkt berührt, den Sie eigentlich ansprechen müssten, wenn Sie sich um die Nordsee-Strategie kümmern. Die EU will ganz allgemein - das hätten wir heute auch gefordert - Unterstützung liefern zur Umsetzung der auf einzelne Meeresregionen zugeschnittenen Strategien.

An dieser Stelle kommen wir zu einem Punkt, der in Brüssel durchaus strittig diskutiert wird, nämlich einzelne Strategien zu fördern oder die **Meeresbeckenstrategie** allgemein zu formulieren. Es wäre sinnvoll, wenn wir uns als Region an dieser Stelle politisch engagieren und uns an dieser Stelle in Brüssel auf den Weg machen, vielleicht sogar gemeinsam. Dann hätten wir wirklich etwas erreicht. Das ist besser, als allgemein irgendetwas zu fordern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ebenso könnten wir uns vielleicht auch auf eine Forderung nach einer **maritimen Raumplanung** einigen. Auch das ist in Brüssel ein großes Thema, das diskutiert wird. Hierbei haben wir als Schleswig-Holsteiner natürlich eigene Interessen, insbesondere dann, wenn wir die Nordsee-Strategie verfolgen wollen.

Wir müssen uns natürlich auch fragen, wie es bei der **Ostsee-Strategie** gelaufen ist. Wir sind uns einig, dass es eine positive Entwicklung ist, die dort angestoßen wurde. Ich will nur nebenbei erwähnen, dass das Papier, das heute in Brüssel diskutiert wird, ein Folgepapier des Papiers zur **Meerespolitik der Europäischen Union** von Uwe Döring ist. Umso besser wäre es gewesen, wenn wir heute vollzählig an der Sitzung des Ausschusses der Regionen hätten teilnehmen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Ostsee-Strategie ist deshalb positiv gelaufen, weil viele Jahre lang Vorarbeit geleistet worden ist. Bevor wir uns die Frage nach der Strategie stellen, sollten wir die Vorarbeit leisten. Dabei gibt es auch die Forderung nach konkreten Leitprojekten, **European Clean Shipping** beispielsweise oder auch das Projekt „Saubere Häfen“. Das alles sind Projekte, die man konkret anstoßen kann und mit denen man viel besser eine Nordsee-Strategie anstoßen kann als mit allgemeinen Forderungen.

(Niclas Herbst)

(Zuruf von der SPD)

- Wie gesagt, ich hätte es heute gern angestoßen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Damit habe ich auch kein Problem. Das zeigt auch, dass man ein bisschen über den Tellerrand hinausschaut. Das wünsche ich mir auch von der Opposition, aber keine undifferenzierte Kritik an der Europapolitik der Landesregierung.

Ich gehe gern auf das ein, was meine Vorredner gesagt haben. Sie haben gesagt, die Kräfte des Landtags müssen genutzt werden. In Ihrem Antrag fordern Sie die Landesregierung auf, sich über den **Ausschuss der Regionen** für etwas einzusetzen. Nur zur Erklärung: Der Landtag wählt Vertreter und schickt sie nach Europa. Die Landesregierung hat damit gar nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich stelle fest, Sie fordern die Kraft des Landtags ein, sehen aber gar nicht, welche Möglichkeiten wir haben. Stattdessen fordern Sie etwas von der Landesregierung, was wir selbst leisten sollten. Das ist schon ein bisschen merkwürdig.

Ich habe versucht, ein paar konkrete Punkte aufzuzählen, die wir mit der **Nordsee-Strategie** verknüpfen müssen. Wir können das gern im Ausschuss weiter diskutieren. Ich glaube, dass wir dabei viel mehr Gemeinsamkeiten haben, als es der vorliegende Antrag deutlich macht.

Den anderen Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Europapolitik wieder aufzunehmen, lehnen wir selbstverständlich ab. Darüber müssen wir auch nicht weiter diskutieren. Das hat sich aus meiner Sicht selbst gerichtet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne Auszubildende des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerks Husum. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Es wurde der Dank ausgesprochen. Sie sehen, wir haben die Gebärdendolmetscherin an unserer Seite. Aus diesem Grunde bitte ich, dass wir bei der weiteren Debatte darauf achten, dass unsere Gäste auf der Besuchertribüne der Debatte folgen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann brauchen wir mehr Zeit, Frau Präsidentin!)

- Herr Kubicki, Sie haben alle Zeit dieser Welt.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kirstin Funke von der FDP-Fraktion das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Nordsee-Strategie** und **Europapolitik** wieder aufbauen, zwei Themen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben, aber auf den zweiten Blick doch wieder so viel, dass das eine Thema das andere Thema ad absurdum führt.

Kurz ein paar Worte zur Nordsee-Strategie. Wie ist hier die Lage? - In der **Nordseekommission** wird seit mindestens Mitte 2009 über die Entwicklung einer Nordsee-Strategie gesprochen.

Im Dezember 2009 gab es eine Vorstandssitzung in Kiel, bei der die Landesregierung die Gastgeberin war. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die Entwicklung einer von allen Regionen und Mitgliedstaaten rund um die Nordsee getragenen **Nordsee-Strategie**. Über das ganze letzte Jahr hinweg wurde eine Initiativstellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema Nordsee-Strategie entwickelt. Der politische Wille und das Handeln des Landes sind also vorhanden und dokumentiert. Staatssekretär Maurus hat dies zuletzt auch im Ausschuss erneut belegt.

Die Ausgangslage ist also klar. Der politische Wille ist vorhanden in Schleswig-Holstein und in den anderen Parlamenten der Regionen. Wo liegt also das Problem? - Das Problem liegt insbesondere auf der Ebene der Mitgliedstaaten. In der **Kommission** und auch in der zuständigen **Generaldirektion** gibt es noch Zurückhaltung. Deshalb gilt es, Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen zu leisten. Aus meiner Sicht muss das aber zusammenfallen mit entsprechenden Entwicklungen in der Strukturpolitik der EU. Solange die entsprechenden Programme weniger attraktiv erscheinen als andere, werden hier auch keine Anreize gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für unser Land gilt: von Küste zu Küste. Ebenso wie im Ostseeraum hat Schleswig-Holstein ein Interesse daran, weitere **Entwicklungspotenziale im Nordseeraum** zu erschließen. Die FDP unterstützt nachdrücklich die Umsetzung einer Nordsee-Strategie.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

(Kirstin Funke)

Großbritannien und die Niederlande sind uns nicht nur geografisch nahe. Mir scheinen hier **Kooperationen** lohnenswerter als zum Beispiel mit Archangelsk. Ob wir aber dafür einen Antrag benötigen, der nur Entwicklungen nachvollzieht, sei dahingestellt. Ich schlage daher die Ausschussüberweisung vor, damit wir uns des Themas weiter annehmen können.

Meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, Sie sehen, im Bereich der Nordsee-Strategie ist die Regierung seit Ende 2009 aktiv in die Begleitung und Beratung eingestiegen. Sie stellen sich mit diesem Antrag, der einen Aufbau der Europapolitik fordert, selbst ins Abseits.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie scheinen nicht verstanden zu haben, wie unterschiedlich man Schwerpunkte in diesem Politikbereich setzen kann. Man kann Ihnen fast unterstellen, dass Sie es auch nicht verstehen wollen.

Lieber Kollege Fischer, es hat mich als junge Abgeordnete doch enttäuscht, dass Sie sich mit diesem Antrag selbst untreu werden. Sie haben gerade uns Neuen im Ausschuss, wenn wir nach schnellen Entscheidungen drängten, vorgehalten, dass in der Vergangenheit bei der Europapolitik des Landes immer nach einem Konsens über Fraktionsgrenzen hinweg gesucht worden ist. Mit Ihrem Antrag führen Sie genau das Gegenteil dessen aus, was Sie bei uns kritisierten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieser Antrag zeigt weder Dialogbereitschaft noch die Bereitschaft, zu erkennen, was seit Herbst 2009 im Bereich der Europapolitik von dieser Landesregierung geleistet worden ist. Denn das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist größtenteils bereits umgesetzt beziehungsweise schon in Angriff genommen worden.

Nehmen wir Ihren Punkt **soziales Europa**. Im Entwurf der Dänemark-Strategie beispielsweise wird aufgezeigt, wie eine wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg aussehen kann. Was gibt es Sozialeres, als Bürgern die Möglichkeit zu geben, einer geregelten und sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachzugehen, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können?

Zu Ihrer Forderung, dass die **Kontakte zu den europäischen Institutionen** ausgebaut werden: Diese Landesregierung hat es erstmals ermöglicht, dass das Hanse-Office in Brüssel selbstständig ein Netzwerk in Brüssel aufbauen kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Fischer, selbstständig ein Netzwerk aufbauen kann, was in der Vergangenheit versäumt und auch unterbunden wurde. Denn nur, wer ständig vor Ort ist, hat die Möglichkeit, nachhaltig für das Land zu agieren. Diese Kompetenz übt das Hanse-Office in seiner Zuständigkeit aus.

Dieses Hohe Haus hat in der Dezember-Tagung den Haushalt für 2011 und 2012 verabschiedet, in dem eine **Sicherstellung der europäischen Informationsarbeit** von Europe Direct über den Landesverband Schleswig-Holstein der Europa-Union gewährleistet wird. Hier gibt es weitreichende Planungssicherheit vor Ort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Der **kulturelle Bereich der Europapolitik** spielt eine ganz wesentliche Rolle in der Politik dieser Landesregierung, hat sie sich doch frühzeitig zur Unterstützung der Bewerbung Sonderburgs zur Kulturhauptstadt bekannt und Unterstützung zugesagt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Ihr Antrag ist ohne Grundlage. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei FDP und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bernd Voß für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg zum Ausschuss der Regionen: Ich habe gehört, dass es da einen Vertreter gibt. - Herr Herbst, lauschen Sie?

(Niclas Herbst [CDU]: Selbstverständlich, Herr Kollege!)

- Gut. - Es gibt einen Vertreter auch für den **Ausschuss der Regionen**. Also ich bitte doch, dringend die Vertreterfrage zu klären, wenn Sie selber nicht fahren. Das gehört im Grunde zum Mandat dazu.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja peinlich!
- Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zugegeben, für nicht Eingeweihte ist schwer zu erkennen, was sich hinter Begriffen wie europäische Strategien für Makroregionen oder Nordsee-Strate-

(Bernd Voß)

gie verbirgt. Kann Europa letztlich dadurch enger an die Bürgerinnen und Bürger und an die regionalen Erfordernisse heranrücken?

Der Ausschuss der Regionen - das ist bereits gesagt worden - hat Anfang Oktober eine Stellungnahme bezüglich einer **Strategie für den Raum Nordsee/Ärmelkanal** vorgelegt und eingefordert, dass sie bis 2013 eingetütet und umgesetzt ist. Es gab intensive Diskussionen in Brüssel in der DG MARE dazu. Die Nordseekommission ist nicht so weit gekommen, die Nordsee-Strategie schon einmal vorweg zu formulieren, damit Kommissionen und Rat wissen, wohin sie die Strategie entwickeln müssen, auch nicht im Jahr 2009.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Ich denke, das liegt an der Struktur der Nordseekommission. Nichtsdestotrotz sollten wir als Region Schleswig-Holstein intensiv daran arbeiten, dass es da vorangehen kann und auch Impulse gesetzt werden.

Schleswig-Holstein hat bereits Erfahrungen mit dieser Form der Kooperation im Rahmen der Ostsee-Strategie sammeln dürfen. Die Nordsee prägt Schleswig-Holstein - Stichwort Küstenschutzabgabe - und verbindet es mit vielen anderen europäischen Regionen. Das Ökosystem Nordsee ist zugleich einer intensiven Nutzung ausgesetzt, und dadurch sind die natürlichen Ressourcen gefährdet. Ich erinnere daran, dass in der Fischerei, ich glaube, 6 % der weltweiten Fischbestände ihre Kinderstube in diesem Raum haben. Ich erinnere an den intensiven Schiffsverkehr, die wirtschaftliche Ader im Grunde vieler Anrainerstaaten, und auch an die Risiken der Öl- und Gasförderung.

Für die Lösung von Nutzungskonflikten und eine nachhaltige Entwicklung des Raumes ist die Schaffung **grenzüberschreitender Infrastrukturen** und einer **grenzüberschreitenden Raumordnungsplanung** erforderlich, um zum Beispiel im Bereich der Schifffahrtskorridore jeweils immer die aktuelle Planung angleichen zu können.

Andererseits bieten die naturräumlichen Gegebenheiten der Nordsee - Stichwort Norwegen - besondere Chance, **neue Energien** zu nutzen und intelligente Energienetze aufzubauen. Der Nordseeraum stellt in besonderer Weise die Frage, wie wir mit dem Klimaschutz umgehen müssen, wie wir zukünftig Küstenschutz gestalten können. Auch das betrifft nicht nur Schleswig-Holstein.

Das sind alles Anliegen von hohem Interesse. Sie können über eine gemeinsame Politik in Kooperation mit den übrigen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Heißt das, dass gerade jetzt Regionen wie Schleswig-Holstein offensiv für ihre Vorschläge für eine Nordsee-Strategie eintreten müssen und sie vorbringen müssen?

Wir haben uns trotzdem erlaubt, ein Stück weit Änderungsanträge in den Antrag der SPD-Fraktion einzubringen, die für die Nordsee wichtig sind. Das ist zum einen die Bedeutung des **UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer** für den Tourismus und für die wirtschaftliche Entwicklung. Das bedingt - ich weiß, dass es einige provoziert - auch eine nordseeweite Abstimmung der Hafen- und Verkehrspolitik.

Und der letzte Punkt: Durch den Unfall der „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko ist im Grunde wieder einmal allen klar geworden, wie weit **Offshore-Förderung** überregionale, weltweite Auswirkungen hat. Die Zulassungsverfahren und die Haftung für Rohstoffbohrungen und Förderung im Offshore-Bereich bedürfen dringend einer europäischen Abstimmung und einer europäischen Lösung.

Letztlich können nur die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer es durchsetzen, dass wir eine weltweite Institutionalisierung bekommen, in internationalem Rahmen verbindliche Regeln, die bei der UNO angesiedelt sein müssen. Ich denke, nur eine starke, eine zuverlässige Europäische Union kann das letztlich auf der Weltbühne im Interesse der Regionen umsetzen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat die Ostsee-Strategie durchgesetzt. Wir sollten bei dem Zeitplan der Umsetzung einer **Nordsee-Strategie** im Auge haben, dass wir im ersten Halbjahr 2012 ein Zeitfenster haben, in dem Dänemark die Ratspräsidentschaft in Europa hat. Dort sollten wir im ersten Halbjahr entsprechend initiativ werden.

Eine Strategie ist letztlich nur dann mehr wert als das Papier, auf dem sie steht, wenn sie mit Überzeugung und mit Leben gefüllt wird.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Aus den gemeinsamen Anforderungen und Ideen der anliegenden Regionen kann eine Nordsee-Strategie der Motor einer gemeinsamen Entwicklung werden. Die Regionen gestalten auf diesem Weg intensiv Europa mit.

(Bernd Voß)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Björn Thoroer von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Björn Thoroer [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Europapolitik in Schleswig-Holstein hat verschiedenste Aufgaben. Eine Säule der **Europapolitik** in Schleswig-Holstein ist die Erschließung der verschiedenen Fördertöpfe der EU zum Wohle des Landes.

Das bedingt eine gute Informationspolitik gegenüber den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins. Die verschiedenen Akteure - sowohl Kommunen als auch Vereine und Verbände - müssen Kenntnis darüber haben, welche der verschiedensten **Fördermöglichkeiten der EU** sie nutzen können. Hier bedarf es vor allem gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren noch viel Informationsarbeit.

Eine weitere Voraussetzung dafür, dass Schleswig-Holstein von der EU profitiert, ist die ausreichende **Finanzausstattung der Kommunen**. Im Europausschuss wird immer wieder deutlich, dass sinnvolle Projekte nicht angeschoben werden können, weil Kommunen noch nicht einmal die Kofinanzierung dieser Projekte aufbringen können. Schleswig-Holstein gehen immer mehr Fördermittel der EU verloren, weil eine Kofinanzierung nicht gewährleistet werden kann. Ökonomisch völlig absurd: Denn für jeden Euro, der in diesem Bereich gestrichen wird, fallen zusätzlich 2 € bis 3 € an Kofinanzierung durch die EU weg. Dies muss sich ändern. DIE LINKE will, dass Schleswig-Holstein seine Möglichkeiten, von der EU gefördert zu werden, endlich ausschöpfen kann. Kürzungen sind auch in diesem Bereich der völlig falsche Ansatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere Säule schleswig-holsteinischer Europapolitik ist die **Zusammenarbeit** mit für Schleswig-Holstein wichtigen **Regionen**. In diesem Kontext muss auch der vorliegende Antrag zur Nordseeregion gesehen werden. DIE LINKE begrüßt die Initiative für eine europäische Nordsee-Strategie.

(Beifall bei der LINKEN)

Über ökologische, ökonomische und kulturelle Aspekte haben wir in den Anträgen der SPD und der Grünen schon viel gehört. DIE LINKE wird im Ausschuss die soziale Komponente einer solchen

Zusammenarbeit betonen. Warum nicht zum Beispiel von Großbritannien lernen und einen Mindestlohn einführen?

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Europapolitik in Schleswig-Holstein wieder aufzubauen, heißt für DIE LINKE, Europa vor allem den Menschen in Schleswig-Holstein näherzubringen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag sollte sich zum Beispiel für **europaweite Volksentscheide** einsetzen. So könnte Europa den Menschen nähergebracht werden. So würde die EU nicht nur als gefährliches Bürokratiemonster angesehen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit die Menschen in Schleswig-Holstein die europäische Idee positiv betrachten, ist außerdem eine soziale Ausrichtung Europas, wie sie der SPD-Antrag fordert, unumgänglich. Die EU darf nicht als Vorwand für Sozialkürzungen verwendet werden, sondern muss **europaweite Sozialstandards** durchsetzen. Die Europäische Union könnte außerdem ein Bollwerk gegen Steuerdumping sein. Europaweite Mindestsätze für Unternehmensteuern würden verhindern, dass Unternehmen die verschiedenen Länder Europas gegeneinander ausspielen können.

DIE LINKE will ein Europa für die Menschen, kein Europa im Interesse der Konzerne.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundsätze der linken Bewegung sind schon immer Frieden und Solidarität gewesen. Als der Erste Weltkrieg entfesselt worden ist, waren es Sozialistinnen und Sozialisten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die für ein friedliches Europa eingetreten sind. Dieser Idee des friedlichen und solidarischen Europas fühlen wir uns auch heute noch verpflichtet. DIE LINKE sieht die Notwendigkeit europaweiter Zusammenarbeit und die Chancen auch für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Ostsee und dem Donaauraum soll auch die **Nordsee** in Zukunft von einer eigenen **europäischen Strategie** profitieren. So lautet die Empfehlung des Ausschusses der Regionen, die Anfang Oktober letzten Jahres verabschiedet wurde. Berichterstatter des Ausschusses zu diesem Thema ist Hermann Kuhn, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, der zur Eile drängt. Man müsse nicht abwarten, was aus der EU-Ostsee-Strategie wird, denn schließlich gebe es für die Nordsee akuten Handlungsbedarf: Überfischung, Ölförderung und Meeresverschmutzung, um nur einige wichtige Problembereiche zu nennen.

Recht hat er. Daher begrüßen wir, dass sich nun auch der Schleswig-Holsteinische Landtag dieses Themas annimmt. Die beiden vorliegenden Anträge stehen unserer Meinung nach auch nicht im Gegensatz zueinander; sie ergänzen sich und sollten zusammengeführt werden. Genau das hat der Kollege Fischer ja auch vorgeschlagen. Wir können also mit beiden Anträgen leben, und wir werden beiden zustimmen.

Aber auch wenn wir uns bisher nicht konkret mit der Formulierung einer europäischen Nordsee-Strategie befasst haben, besteht aller Grund festzuhalten, dass nicht zuletzt der Landtag die jeweiligen Landesregierungen immer wieder aufgefordert hat, die Nordseekooperation voranzubringen. Der letzte Bericht zur Nordseekooperation liegt mittlerweile allerdings gut vier Jahre zurück, und aus der Landtagsinitiative zur Schaffung eines **Parlamentsforums Nordsee** ist bisher auch noch nichts geworden. Am konkretesten scheint mir immer noch die Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Arbeit der **Nordseekommission** zu sein. Von einer Vorreiterrolle kann aber auch hier nicht die Rede sein. Das ist mehr als bedauerlich, weil doch gerade Schleswig-Holstein mit den Erfahrungen der Ostseekooperation ein Pfund hat, mit dem man wuchern könnte.

Bei der Ostseekooperation standen von Beginn an nicht nur die Probleme, sondern auch die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven im Vordergrund. Daraus erwuchs eine verpflichtende und tragfähige Struktur, in der heute sowohl die Regierungen wie auch die Parlamente eingebunden sind. Darum ist auch festzuhalten, dass ohne Strukturen jede Strategie ins Leere laufen wird.

Dies alles steht für die Nordsee noch aus. Natürlich gibt es auch entlang der Nordsee ein Netzwerk.

Nicht zuletzt die Friesen nutzen ihre Verbindungen seit vielen Jahrzehnten. Jedoch sind wir noch weit entfernt von der Einrichtung dauerhafter Strukturen, zum Beispiel auch zur Lösung gemeinsamer Probleme. Hier ist Schleswig-Holstein aufgerufen, sich gestaltend einzubringen.

Darum finde ich es gut, dass aus den Anträgen auch hervorgeht, dass sich Landtag und Landesregierung nicht nur gemeinsam Gedanken machen, sondern auch ein **Konzept** entwickeln sollten, wie die **Nordseekooperation** voranzubringen ist.

Der SSW hat in der Vergangenheit immer wieder betont, dass die Zusammenarbeit im Ostseeraum mehr ist als traditionelle Europapolitik. Sie hat einen Wert an sich. Sie ist sehr viel konkreter, und sie ist von unten gewachsen. Dies sollte auch die Messlatte für eine jede Nordseekooperation sein.

Eine Warnung möchte ich dennoch loswerden: Auch die Nordseekooperation eignet sich nicht dazu, dass sprichwörtlich die Sau durchs Dorf getrieben wird. Es wäre ein Bärenienst für Schleswig-Holstein, wenn die Nordseekooperation auf Kosten der Ressourcen, die wir derzeit im Ostseeraum haben, aufgebaut würde. Wir müssen beides wollen und für beides Ressourcen zur Verfügung stellen. Alles andere wäre eine Mogelpackung.

(Beifall beim SSW)

Wegen der Kürze der Zeit nur noch ein Satz zu dem zweiten Antrag zum Thema Europapolitik. Auch hier gibt es mittlerweile sehr viel zu tun.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Darum sage ich: Ich stimme ausdrücklich dem Antrag und auch den Ausführungen des Kollegen Fischer zu. Wir hängen als Bundesland nicht nur am Tropf der EU. Europapolitik spielt auch für uns eine maßgebliche Rolle. Darum sage ich, liebe Kollegin Funke: Es kann nicht sein, dass es im Tenor immer wieder lautet: Nur die Landesregierung macht. Wir als Landtag können unseren Gestaltungswillen nicht an der Garderobe der Landesregierung abgeben. Wir müssen handeln. Insoweit, denke ich, liegt noch einiges im Argen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SPD-Antrag, Europapolitik in Schleswig-Holstein wieder aufzubauen, weist schon vom Ansatz und vom Titel her in die falsche Richtung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es geht hier nicht um Wiederaufbau. Die Europapolitik steht in Schleswig-Holstein vielmehr besser da denn je - Herr Fischer, auch mit Ihrer Hilfe und mit der Hilfe des ehemaligen Europaministers Uwe Döring.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb ist die Kritik, die ich von Ihnen, lieber Herr Fischer, auch gar nicht so erwartet hätte - nein, das habe ich nicht erwartet; aber Überraschungen gibt es ja nicht nur zu Weihnachten -, wirklich an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies ist im Grunde eine gute Beschreibung von dem, was Sie, Herr Voß, gesagt haben. Sie haben, auf den Kollegen Herbst bezogen, inhaltliche Aussagen gefordert. Die Voraussetzung für inhaltliche Aussagen in der Politik und in der Vertretung ist natürlich auch die Vertretung in den Ausschüssen. Lieber Herr Voß, ich fand es schon peinlich, dass Sie hier über den Vertreter von Herrn Herbst, der nicht als gewählter Vertreter der CDU-Fraktion, sondern als Vertreter des Landtages dort ist, reden und sagen, der Vertreter von Herrn Herbst hätte doch dorthin fahren können. Sein Vertreter ist Herr Kollege Fischer.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Auf ihn hätten Sie dann heute verzichten müssen. Aber nein. Sie müssen sich darüber im Klaren sein, ob Sie Ihre **Politik des Blockierens beim Pairing** so weit treiben wollen, dass wir dort die **Vertretung des Landes Schleswig-Holstein** und des gesamten Parlaments nicht mehr wahrnehmen können.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Europapolitik ist für uns - wie auch in den letzten Legislaturperioden - eine **Querschnittspolitik**. Ich habe mich ein wenig über die Anwürfe gewundert. Selbstverständlich greifen wir auch auf Fördermöglichkeiten der EU zurück, und zwar immer dort, wo wir einen Mehrwert für unser Land erzielen können. Damit stärken wir unser Land, und mit den Mitteln des Struktur-, Landwirtschafts- und Sozialfonds unterstützen wir die Regionen, den Wirt-

schaftsstandort Schleswig-Holstein, und wir schützen die Umwelt. Dagegen kann man doch wohl nichts haben.

Die **Schwerpunkte** unserer **Europapolitik** sind die zentralen Entwicklungschancen für unser Schleswig-Holstein, nämlich die Sicherung unserer Interessen im Rahmen der Reformen der EU-Kohäsionspolitik, der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark und unser Konzept zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit, die Dänemark-Strategie, die mir von den Offiziellen - auch vom Botschafter - in der Behandlung in Dänemark ganz anders geschildert wird, als Sie das hier manchmal machen. Weiter sind es die Nutzung von INTERREG-Mitteln, die Weiterentwicklung der Windkraft, der Ausbau der erfolgreichen Ostseekooperation und die Fortentwicklung der Meeresspolitik.

Selbstverständlich sind wir nur ein kleines Land in Europa, aber mit unseren Verbündeten können wir ein starker Partner in Europa sein, und wir verfügen über zahlreiche Partnerschaften und Kontakte, vor allem im Ostseeraum, aber auch darüber hinaus, etwa nach Norwegen und nach Frankreich.

Wir zeigen bei den europäischen Institutionen Flagge - wenn man uns lässt. Im **Ausschuss der Regionen** sind wir in dieser Wahlperiode durch zwei Mitglieder vertreten. Heute kann leider nur einer da sein. Wir haben eine ausgezeichnete Beratungsstruktur für EU-Programme aufgebaut, und damit sind wir auch ein starker und verlässlicher Partner für die Verbände und Institutionen in Schleswig-Holstein.

Wir haben in Brüssel unser **Hanse-Office**. Das Hanse-Office ist eine zentrale Kontaktstelle der Landesregierung, gewährleistet durch sein exzellentes Netzwerk eine effiziente Frühwarnung und trägt damit entscheidend zu unserer erfolgreichen Europapolitik bei.

Ich will nur wenig dazu sagen, denn es ist ja wenig Zeit; fünf Minuten sind im Grunde genommen für eine Diskussion zur Europapolitik zu wenig, aber ich möchte trotzdem zur **Nordsee-Strategie** sagen: Ich kann mich noch erinnern, als ich noch Bundestagsabgeordneter war, da gab es einen Abgeordneten aus Schleswig-Holstein - das war nicht ich, nicht dass Sie denken, darauf käme ich jetzt -, das war der Abgeordnete Wolfgang Börnsen, der zu Zeiten von Bundeskanzler Schröder - die Älteren werden sich daran erinnern - die Großen Anfragen zur Nordseekooperation gestellt hat. Dieses stand dort damals noch nicht auf der Tagesordnung. Ich

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

bin Wolfgang Börnsen sehr dankbar dafür, dass er damals das Thema aufgebracht hat.

Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen, eine gemeinsame Nordsee-Strategie auf den Weg zu bringen. Aber es liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns. Denn die Mitgliedstaaten müssen davon überzeugt werden.

In Brüssel herrscht zudem nach wie vor der Grundtenor, erst einmal die Evaluation der Ostsee- und der Donaustategie abzuwarten. Unsere Chancen sehen wir - das ist gerade eben schon angesprochen worden - 2012 mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Dänemark als Nordsee-Anrainer. Es muss gelingen, die EU-Nordsee-Strategie auf die Agenda der dänischen EU-Ratspräsidentschaft zu setzen. Das könnte schwierig durchzusetzen sein, und die Chancen könnten auch durch die aktuellen Pläne der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei erschwert werden, denn es ist geplant, in diesem Jahr ein Konsultationsverfahren für eine „Meeresbeckenstrategie Nordsee“ auf den Weg zu bringen. Nach unserer Einschätzung wird es sicherlich nicht zwei Strategien für die Nordsee geben. Aus Brüssel erhalten wir Signale, die in Richtung Meeresbeckenstrategie weisen.

Wie können wir also weiter an der Realisierung einer Nordsee-Strategie arbeiten und zugleich für die Interessen des Landes eintreten? - Wir werden weiterhin die Arbeit im Ausschuss der Regionen und der EU-Kommission begleiten. Mit dem Abgeordneten Wilfried Wengler haben wir einen Vertreter des Landtages im Vorstand der **Nordseekommission**. Wir können und wir müssen die schleswig-holsteinischen Interessen auch im Rahmen einer **Meeresbeckenstrategie** einbringen. Wir müssen uns darauf vorbereiten und können nicht allein nur auf eine Strategie setzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier sehe ich auch die besondere Möglichkeit für unser Land, sich zu profilieren. Unsere Expertise in Sachen **integrierte Meerespolitik** ist europaweit anerkannt. Mit diesem Wissen wollen wir uns aktiv in die Konsultationsverfahren für eine Meeresbeckenstrategie einbringen.

2011 ist also ein Jahr, in dem sich in Sachen Nordsee offensichtlich einiges bewegen wird. Wir wollen uns als starker Partner in der Nordsee profilieren. Wir bitten wirklich darum, dass sich der Landtag hier aktiv mit einbindet und man die Vertreter des Landtages auch mit einbinden lässt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Ministerpräsident hat seine Redezeit um 2 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen neu zur Verfügung. - Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich alle die, die hier enttäuscht oder auch über meine Worte überrascht sein sollten, um Verständnis bitten. Vielleicht kann ich ja in meiner Funktion als kirchenpolitischer Sprecher das an anderer Stelle wiedergutmachen.

(Heiterkeit)

Aber zu den Inhalten: Frau Funke, Sie haben darauf hingewiesen, dass bei der **Dänemark-Strategie** auch die **Gesundheitspolitik** genannt werde. Meine Kritik war ja, dass das Ganze sehr wirtschaftspolitisch ausgerichtet ist. Sie verweisen auf die Punkte in der Dänemark-Strategie. Ich würde Sie bitten, das noch einmal nachzulesen, dann werden Sie sehen, dass ein Großteil der Punkte, die Sie dort aufzählen, keine neuen Punkte sind. Das war ja Teil meiner Kritik, dass keine neuen Initiativen dazugekommen sind, sondern nur die alten - natürlich auch wichtigen - Projekte wie E-Health und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu Recht verlängert werden. Sie verlängern sie zu Recht, weil sie gute Projekte sind, aber es sind keine neuen Projekte.

(Christopher Vogt [FDP]: Was soll die Kritik sagen?)

- Die Kritik soll sagen, dass das kein statischer Prozess ist. Die Kritik besteht darin, dass ich das Gefühl habe, dass Sie eben keine neuen Initiativen auf den Weg bringen, die dieser Europapolitik neue Impulse geben. Sondern Sie verlängern - wenn auch zu Recht - die Dinge, die schon da sind,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

aber das ist natürlich ein bisschen wenig. Das finde ich jedenfalls. Ich finde es sehr schön, dass Sie hier Herrn Döring loben, aber ist denn danach noch etwas gekommen? - Offensichtlich ist eben danach nichts mehr gekommen. Das ist Teil der Kritik.

(Christopher Vogt [FDP]: Der war so gut, so vorausschauend!)

Sie haben gesagt, das **Hanse-Office** könne selbstständig ein Netzwerk entwickeln. Das verstehe ich nicht, wenn ich ganz ehrlich sein soll. Denn das

(Rolf Fischer)

Hanse-Office ist ja nun wirklich nicht neu. Es hat bereits ein Netzwerk entwickelt. Wir könnten aber darüber reden, ob die personelle Ausstattung - das ist das, was wir hören, wenn wir das Hanse-Office in Brüssel besuchen - in den letzten ein oder zwei Jahren in Zusammenarbeit mit Hamburg so optimal war, wie sie hätte sein sollen, oder ob es diese fehlende personelle Ausstattung nicht in weiten Teilen unmöglich gemacht hat, in Brüssel die Positionen von Hamburg und Schleswig-Holstein erfolgreich durchzusetzen. Ich finde, das sollten wir einmal diskutieren, wenn wir über das Hanse-Office reden.

Dann nennen Sie das **Europe Direct Center**. Nach meiner Kenntnis - ich kann mich aber auch irren, das können wir im Ausschuss vertiefen - haben die beiden Zentren - es gibt nur zwei Zentren in Schleswig-Holstein - noch keine Anträge gestellt. Es kann sein, dass - dann wenn keine Anträge gestellt werden - auch keine Mittel kommen.

(Zuruf von der FDP)

- Doch, doch, so ist es. Schauen Sie einmal nach, und sprechen Sie einmal mit beiden Zentren. - Dann wird vielleicht die Arbeit eingestellt. Es ist europapolitisch schon ein großer Rückschritt, wenn zwei zentrale Zentren, die für europäische Informations- und Bildungsarbeit wirklich unverzichtbar sind, ihre Arbeit einstellen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Als **kulturelle Initiative** haben Sie Sonderburg genannt. Das war auch eine Kritik. Wenn ich es richtig weiß, ist das eine ideelle Unterstützung von Sonderburg und keine materielle. Da wird nichts gefördert. Das ist natürlich schön zu machen. Gleichzeitig reduzieren Sie aber bei der Ars Baltica. Ich verweise auf die Zeitung - aus dem Gedächtnis zitiert -: „Gerade noch einmal gerettet!“, so sagt es Herr Beck, der Chef. Ich verweise außerdem darauf, dass Sie den Haushaltstitel „Kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum“ gestrichen haben. Insofern reicht es vielleicht nicht, nur auf Sonderburg zu verweisen. Auch das ist ein bisschen wenig.

(Zurufe von der FDP)

Ich dachte, wir würden einen Fehler in der Europapolitik nicht mehr machen: Wenn wir Europa nur noch wirtschaftlich, als Wirtschaftsprojekt, definieren, dann werden wir die Herzen und Gefühle der Menschen, die wir brauchen, um dieses große Projekt durchzusetzen, nicht erreichen. Das wird so

nicht gehen. Diese sehr eindimensionale Europapolitik ist Gegenstand unserer Kritik.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Anette Langner von der SPD-Fraktion das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich jetzt zwischen Ihnen und dem Mittagessen stehe, muss ich doch noch auf den einen oder anderen Aspekt, den der Kollege Herbst hier angesprochen hat, eingehen, weil ich finde, dass man die Art und Weise, wie Herr Herbst mit unseren Anträgen und unserer Initiative umgeht, nicht so stehen lassen kann. Es geht überhaupt nicht, dass sich auf der einen Seite - der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - das Parlament und die Fraktionen aktiv in die **Europapolitik** einbringen sollen und dann auf der anderen Seite, wie wir das im Europaausschuss immer wieder erleben, die einzigen inhaltlichen Aspekte, die wir im Europaausschuss diskutieren, aus der Opposition kommen. Das ist vielleicht unsere Aufgabe, und das ist auch richtig so, aber die Frage ist dann: Wie geht man, wie gehen die regierungstragenden Fraktionen mit diesen Initiativen um? Wir brauchen Monate, um bestimmte Anträge zur Abstimmung zu bringen. Da wird auf Zeit gespielt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da wird an Kleinigkeiten herumgedoktert und noch der eine oder andere Aspekt aufgenommen. So kommen wir überhaupt nicht in die Rolle, dass wir die Landesregierung bei den europapolitischen Dingen unterstützen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich finde, das ist, wenn man schon einen europapolitischen Konsens an der Stelle einklagt, keine Art und Weise, miteinander umzugehen. Bei dem, was der Herr Ministerpräsident in Sachen **Nordseepolitik** gesagt hat, sind wir vielleicht auf einem richtigen Weg. Bisher haben wir davon noch nicht so viel hören können. Auch die Vertretung in der Nordseekommission hat bisher noch nicht so richtig das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Was Herr Wengler, der dort als Vertreter ist, an Unterstützung für Schleswig-Holstein leistet, wissen wir nicht. Ich

(Anette Langner)

rege hier an, dass wir im Europaausschuss darüber reden.

Ich möchte einfach noch einmal an Sie von den regierungstragenden Fraktionen appellieren, dass, wenn wir europapolitisch nach vorne kommen wollen - das ist erklärtes Ziel aller, die hier stehen -, es mehr gemeinsame Initiativen und einen gemeinsamen Willen geben muss, dieses Land europapolitisch zu gestalten und die Regierung dort mit auf den Weg zu nehmen.

All die Dinge, auf die Sie hingewiesen haben - Clean Baltic Shipping, saubere Häfen - sind Initiativen, die Uwe Döring auf den Weg gebracht hat. Das loben Sie hier. Das ist anerkennenswert. Aber seitdem ist einfach nicht viel passiert. Ich finde, man kann sich nicht immer nur auf gute Initiativen in der Vergangenheit beziehen, sondern man muss auch die Zukunft gestalten. Die Dinge, die dort zu gestalten sind, liegen quasi vor uns. Wenn sich Schleswig-Holstein dort nicht aktiv einbringt, werden wir in der Europapolitik einen deutlichen Rückschritt erleben. Im Moment haben wir eine sehr wichtige Phase, in der es darum geht, wohin die finanziellen Mittel der Europäischen Union fließen. Wenn wir von außen - aus anderen Ländern - hören, dass aus Schleswig-Holstein nicht viel kommt, besteht da Handlungsbedarf.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Was? Das ist Unsinn! Wer hat das denn gesagt?)

Man kann die Vorschläge, die hier von uns gebracht werden, nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, das sei Kritik, die an den Haaren herbeigezogen sei.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Nennen Sie doch mal Ross und Reiter, und nicht nur Allgemeines!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Ministerpräsident, ich finde, Sie haben sich bei Ihrem Redebeitrag sehr viel auf die Schulter geklopft. Ich möchte Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass nicht alles wirklich so ist, wie Sie es darstellen. Ich glaube, in der **Nordsee-Strategie**

wollen wir der Ostsee-Strategie ein Stück nacheifern. Aber die Nordsee-Strategie bedarf auch einer Vision. Es bedarf eines gewissen Selbstbewusstseins und eines gewissen Selbstwertgefühls, damit wir als Anwohner, als Bewohner der Nordseeküste diese Nordsee-Strategie nach vorne bringen. Es geht mir als Mensch der Westküste vor allen Dingen auch darum, dass dies vermehrt dazu führt, dass es in der Periode 2014 bis 2020 eine steigende Konkurrenz um EU-Gelder geben wird. Die Frage, mit welcher Identität die Regionen dann in diese Förderdebatte hineingehen, ist sehr entscheidend.

Es geht mir vor allen Dingen auch um den Ausbau der Zusammenarbeit im **Grenzland**. Ich lese in den letzten Wochen, dass Herr Holst als Beauftragter der Region sagt, dem Kieler Dänemarkkonzept fehle die Richtung. Er sagt auch: Wir brauchen gezielte Ideen für Wachstum und Beschäftigung. Er spricht auch die Fehmarnbelt-Querung an. Sie wollen ja nun die INTERREG-Mittel für Nordsee und Ostsee zusammenfassen. Das ist genau der Punkt, an dem die Westküste sehr genau hinschaut. Wenn Sie von 22 Millionen € INTERREG-Mitteln für die Förderlandschaft Nordsee und 44 Millionen € für die Förderlandschaft Süddänemark sprechen, dann fragt Carl Holst zu Recht, was mit dem Grenzraum nördlich der Grenze passiert und was es heißt, wenn die Fehmarnbelt-Querung tatsächlich nur einen unproduktiven Durchgangsverkehr produziert,

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Widerspruch bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das darf nicht wahr sein!)

während wir im Grenzraum, in Sønderjylland, extreme Bedarfe haben, gerade was den Ausbau der Infrastruktur angeht.

Ich denke, an dieser Stelle ist es wichtig zu fragen: Wie können wir die Innovationen, die wir im Gesundheitssektor, im Bereich Tourismus, im Bereich der Energie brauchen, auch in einer solchen Nordsee-Strategie mit Stolz vorantreiben? Ich darf an dieser Stelle sagen: Ich habe es immer mit einem gewissen Stolz vor mir hergetragen, dass wir es geschafft haben, die gesamte Region des schleswig-holsteinischen Wattenmeers zum UNESCO-Welterbe zu machen. Auch das ist für mich eine Strategie, die man natürlich auch in einer solchen Nordsee-Strategie viel stärker nach vorne stellen muss. Auch da fehlt es mir tatsächlich an Konzepten. Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag eingereicht.

Mein Appell wäre: Tragen Sie dazu bei, dass wir wirklich eine Vision haben! Denn die Hanse war ei-

(Dr. Andreas Tietze)

ne Vision für die Ostsee-Strategie. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir eine identitätsstiftende Vision für die Frage der Nordsee-Strategie haben. Ich glaube, dass wir das dann auch selbstbewusst vorbringen können und in der Konkurrenz um die **EU-Fördergelder** ab 2014 dafür sorgen, dass das Geld in die Region kommt, und dass wir genau diese regionalökonomischen Wertschöpfungen heben können, die wir für die strukturschwache Region an der Westküste gebrauchen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer wieder bemerkenswert, wenn Mitglieder des Landtags auftreten und erklären, sie wollten für etwas werben, und dieses Werben mit Unterstellungen und Falschbehauptungen im Hinblick auf diejenigen beginnt, um deren Zustimmung geworben werden soll. Hier werden Gemeinsamkeiten beschworen, und dauernd wird erklärt, es gebe keine Gemeinsamkeiten, Herr Kollege Fischer, was in der Aussage gipfelt, man müsse die **Europapolitik** in Schleswig-Holstein wieder aufbauen, was zunächst bedeutet, sie sei zerstört. Nach Ihrer Auffassung ist die Europapolitik in Schleswig-Holstein zerstört, nur weil Sie seit etwas mehr als einem Jahr nicht mehr in der Regierung sitzen. Deshalb sei die Europapolitik in Schleswig-Holstein zerstört. Das ist Ihre Auffassung. Ich will Ihnen einmal etwas sagen, Herr Kollege Fischer: Dann müssen Sie nicht kommen und sagen, Sie müssen werben, sondern dann werden wir uns einmal mit Ihnen auseinandersetzen.

Ich finde es ziemlich verwerflich - um es freundlich zu formulieren -, dass Ihre Partei eine Finanzausstattung des Landes hinterlässt, die unterirdisch ist, und Sie jetzt dauernd mit Mehrausgaben kommen, um Ihre Politik voranzubringen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Regierung muss bis 2020 einen Scherbenhaufen beseitigen, den Sie maßgeblich mit hinterlassen haben. Dann kommen Sie bitte nicht dauernd und sagen, in welchen Bereichen Sie künftig mehr Geld ausgeben wollen!

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Herr Fischer, ich komme jetzt zu Ihnen. Die große Chuzpe ist die, dass Sie in Ihrem Antrag den Landtag auffordern, wir sollen die Landesregierung auffordern, sich über den Ausschuss der Regionen dafür einzusetzen, dass etwas passiert. Ich habe dankenswerterweise vernommen, dass der Landtag - die entscheidende gestaltende Kraft dieses Landes, ich gehe immer noch davon aus, dass das nicht die Regierung ist, Sie haben möglicherweise ein anderes Verfassungsverständnis - den Kollegen Herbst und Sie in den **Ausschuss der Regionen** gewählt hat.

Nun frage ich - da wir feststellen, dass der Kollege Herbst wegen der Ein-Stimmen-Mehrheit heute hier sein muss -, was Sie, Herr Fischer, veranlasst hat, diese markigen Worte, die Sie heute in den Plenarsaal hineingeworfen haben, nicht in Brüssel zur Geltung zu bringen,

(Beifall bei FDP und CDU)

denn Sie hätten heute die Chance gehabt, die Interessen Schleswig-Holsteins in Brüssel markant zu formulieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt können Sie kommen und sagen: Ich wusste gar nicht, dass Herr Herbst da nicht hinfährt. Da kann ich sagen, Sie hätten das wissen können, weil Sie wissen, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - aus welchen Gründen auch immer - das Pairing-Abkommen aufgekündigt haben. Aber die nächste Frage ist: Welches Interesse haben als Person, wenn Sie nicht einmal fragen, ob Sie bei einer entscheidenden Tagung wie heute nicht am Ort des Geschehens sein müssen? Jemand, der sich hinstellt und so massiv Kritik übt, muss sich Kritik an seiner eigenen Person gefallen lassen. Herr Fischer, Sie haben heute europapolitisch kläglich versagt, denn Schleswig-Holstein ist heute in Brüssel nicht vertreten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile der Fraktionsvorsitzenden, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Bemerkungen.

(Anke Spoorendonk)

Erstens zur Dänemark-Strategie. Ich denke, man müsste diese Diskussion wieder einmal vom Kopf auf die Füße stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, die Landesregierung hat eine **Dänemark-Strategie** angekündigt und jetzt auch vorgestellt. Diese Dänemark-Strategie wurde nördlich der Grenze in der Region Süddänemark sehr kontrovers diskutiert, weil zu Recht gefragt wird: Was ist das eigentlich für eine Strategie, wo alles jetzt beliebig dargestellt wird? Man muss bedenken: Die Zusammenarbeit im Grenzland, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat andere Erfolge aufzuweisen und eine andere Qualität als eine Zusammenarbeit im Raum Fehmarn, die eventuell erst noch aufgebaut werden soll. Die Landesregierung hat vor, beides in einen Topf zu werfen. Das hat nördlich der Grenze zu Kritik geführt.

Jetzt wissen einige von uns, dass der Ministerpräsident Anfang Februar ein Gespräch mit Carl Holst führen wird. Dort wird man einiges klären können. Das hoffe ich im Interesse der Sache.

Die Region Süddänemark hat natürlich ein großes Interesse daran weiterzukommen. Auch wir als Parlament sollten dieses Interesse haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Tenor der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Region Süddänemark und Schleswig-Holstein ist: von der Grenzregion zur Wachstumsregion. Wenn man sich diesen Slogan zu eigen macht, muss das aber auch ein Konzept auslösen, das im Moment noch nicht vorliegt. Das Konzept soll nämlich laut Landesregierung erst im Frühjahr 2011 erarbeitet werden. Im Moment wird in erster Linie heiße Luft bewegt. Erst wenn wir im Frühjahr 2011 ein Konzept haben, sehen wir, wie wir weiterkommen, und wir müssen weiterkommen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen im Bereich Hochschulzusammenarbeit weiterkommen, wir müssen auch im Bereich Gesundheitspolitik weiterkommen. Dort gibt es wirklich viel zu tun, weil das bis jetzt nur eine einseitige **Zusammenarbeit** ist. Man will gern Patienten aus der Region **Süddänemark** nach **Schleswig-Holstein** holen. Das finde ich verständlich. Aber dass auch die andere Seite das Interesse hat, das umgekehrt zu sehen, kann ich ebenfalls nachvollziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte drei Bemerkungen machen, sehe aber, dass mir die Zeit davonläuft. Ich bleibe bei diesem Thema, weil dieses Thema aus unserer Sicht einen wichtigen Stellenwert an sich hat.

Letzte Bemerkung zur **Nordseekooperation!** Es hätte die Möglichkeit gegeben, schon bei der letzten Landtagsinitiative zur Etablierung eines Parlamentsforums Nordsee tätig zu werden. Es ist aber nichts geschehen. Es hat 2009 eine Konferenz in Kiel gegeben. Diese Konferenz - ich glaube, die meisten von uns wissen gar nicht, dass sie stattgefunden hat - hätte vielleicht auch einiges bewegen können.

Ich sage noch einmal: **Europapolitik** wiederzubeleben heißt, dass wir uns als Parlament den Hut aufsetzen müssen und nicht sagen können: Die Regierung handelt schon, wir überlassen das alles der Regierung. Das ist wirklich zu kritisieren.

Wenn wir etwas von der Ostseepolitik des Landes Schleswig-Holstein lernen können, ist es, dass die Ostseezusammenarbeit vom Landtag getragen und mitgestaltet wurde, dass wir die damaligen Landesregierungen häufig zum Jagen haben tragen müssen. So war die Situation.

Dass sich einige im Landtag als Anhängsel der Regierung definieren - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer denn?)

- Lieber Kollege Kubicki, ich habe Aussagen gehört, in denen von Regierung und Opposition die Rede war. Sie wissen genau, was ich meine. Das ist kein Vorwurf, das hat etwas mit dem Selbstverständnis dieses Parlaments zu tun.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Spoorendonk, Ihre Redezeit ist leider zu Ende. Lassen Sie noch eine Frage des Herrn Kollegen Kubicki zu?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Irgendjemand muss vielleicht einmal die Knöpfe bedienen.
- Zurufe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Es kann auch an den Schriftführerinnen liegen, die aus Ihren Reihen kommen. - Weitere Zurufe
- Wolfgang Kubicki [FDP]: Was soll dann der Zwischenruf von Frau Heindl?)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Wir haben hier mit der Technik Probleme.

(Zurufe)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich darf vielleicht die Frage beantworten, von der ich meine, dass der Kollege Kubicki sie stellen wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn die Kollegin Funke sagt: „Die Regierung macht, die Regierung macht“, und in Landtagsdiskussionen immer wieder gesagt wird: „Die Regierung macht“, haben wir eine Zweiteilung zwischen Opposition und Regierung. Lieber Kollege Kubicki, Sie kennen mich und wissen, dass meine Position immer gewesen ist: Wir als Landtag müssen ein Selbstbewusstsein haben, unabhängig davon, ob wir regierungstragende Fraktion oder Opposition sind. Da waren wir immer auf einer Linie. Das war mein Punkt.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Spoorendonk, lassen Sie noch eine Frage der Frau Abgeordneten Funke zu?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Immer doch.

Kirstin Funke [FDP]: Frau Kollegin Spoorendonk, stimmen Sie mir zu, dass der Antrag der SPD so formuliert ist, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, in bestimmten Punkten, die konkret aufgeführt sind, tätig zu werden, und dass ich zu diesen Punkten geäußert habe, dass man dort bereits tätig geworden ist?

- Liebe Frau Kollegin Funke, ich habe Ihren Redebeitrag noch im Ohr. Sie haben gesagt: Die Landesregierung macht, die Landesregierung macht, die Landesregierung macht. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sagen: Wir als FDP-Fraktion werden weiterhin - -

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Antrag lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort für 2 Minuten, die den Fraktionen durch die Überziehung des Ministerpräsidenten zur Verfügung stehen.

Rolf Fischer [SPD]:

Vielen Dank für die 2 Minuten, dann kann ich noch etwas dazu sagen.

Angesprochen worden ist von Ihnen die Frage, warum wir wegen des AdR, des **Ausschusses der Regionen**, uns an die Landesregierung wenden, weil das Parlament mit Herrn Herbst und mir ja im AdR vertreten sei. Ich will deutlich sagen: Das ist auch gut so. Ich erinnere aber daran, dass wir erstmals zwei Plätze im AdR haben. Das Land Schleswig-Holstein hatte sonst nur einen Platz. Jetzt haben wir zwei, von denen einen der Landtag mit Herrn Herbst besetzt. Keine Kritik, er ist da, er berichtet, wir sind im Ausschuss, im parlamentarischen Gremium an der Sache dran, wir diskutieren darüber.

Ich glaube, dass der Landtag über den Ausschuss seine Hausaufgaben gemacht hat. Die Frage war: Warum an die Landesregierung? Mit Herrn Maurus sitzt auch ein Vertreter der Landesregierung im AdR.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Mit Herrn Maurus sitzt auch ein Vertreter der Landesregierung da. Ich finde es zulässig, dass man auch an den Vertreter der Landesregierung Anforderungen stellt und sagt, er möge doch bitte versuchen, die und die europapolitischen Fragen im Ausschuss der Regionen zu vertreten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das halte ich überhaupt nicht für ungewöhnlich. Die Tatsache, dass wir heute schon so lange darüber reden, zeigt, dass es da offensichtlich ein Defizit gibt.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Fischer, lassen Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Carstensen zu?

Rolf Fischer [SPD]:

Ja.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Herr Kollege Fischer, ist Ihnen bekannt, wer vor

(Rolf Fischer)

Herrn Maurus im Ausschuss der Regionen gegessen hat? Ist Ihnen aufgefallen, dass ich am Ende meiner Rede ausdrücklich das Parlament gebeten habe - nicht aufgefordert, das kann ich nicht - -

(Das Handy von Minister Dr. Ekkehard Klug klingelt - Heiterkeit und Zurufe)

- Ich bin ganz froh darüber, jetzt sehen Sie einmal, dass die Landesregierung auch arbeitet, wenn sie hier sitzt. - Ist Ihnen aufgefallen, dass ich ausdrücklich um starke Unterstützung des Landtags und des Parlaments gebeten haben, die aber nur gegeben werden kann, wenn man denjenigen, die als Parlamentsvertreter in den Ausschüssen sitzen, die Möglichkeit gibt, den Ausschuss zu besuchen?

- Ich weiß, wer vorher für den Landtag drin war, das war Frau Rodust. Ich betätige das, was Sie gesagt haben. Ich möchte gern darauf hinweisen, dass Herr Klug Vertreter von Herrn Maurus im AdR ist. Ich könnte mir vorstellen, es war der AdR, der gerade angerufen hat. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Ranka Prante [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Spooendonk, es ist schon einigermaßen verwunderlich, dass Sie hier eine Parlamentsdebatte verlangen über die Frage, was das Parlament in seinen Ausschüssen tut, wobei sich die Anträge der Fraktionen eindeutig auf die Tätigkeit der Landesregierung beziehen. Das ist schon eine sehr merkwürdige Erwartungshaltung, die Sie hier an das Parlament haben. Wenn die Anträge so lauten, muss man sich mit den Anträgen beschäftigen und hier keine Diskussion unterm blauen Himmel veranstalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zweiter Punkt. Auch in der letzten Wahlperiode war es nicht nur der von mir sehr geschätzte Kollege Döring, der **Europapolitik** gemacht hat, sondern Europapolitik ist logischerweise immer vernetzt. Es

war immer Tradition des Hauses, dass wir uns gegenseitig nicht die Grundlagen und den Willen dazu abgesprochen haben, eine vernünftige Europapolitik zu betreiben. Das war immer Common Sense in diesem Haus. Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, diesen Konsens kündigen Sie mit so einem Antrag und so einer Überschrift auf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sprechen der Regierung grundsätzlich ab, hier vernünftig Dinge voranzutreiben. Das haben wir nie getan. Auch während Ihrer Regierungszeit haben der Kollege Döring, der Kollege Austermann und auch ich als Umweltminister eine Menge von Initiativen in Brüssel und Berlin zu den Themen in Brüssel angetrieben. Im Übrigen ohne nennenswerte Anträge aus der Fraktion. Nicht Sie als Fraktion waren der Treiber der Europapolitik, sondern in der Tat war das der Kollege Döring. Auch bei uns war es nicht in erster Linie die Fraktion, die zur Europapolitik antreiben musste. Die Regierung in Schleswig-Holstein hat zum Glück immer und zu jeder Zeit begriffen, dass Europapolitik eine wichtige und verantwortliche Aufgabe ist. Das war schon immer so. Uns jetzt vorzuwerfen, dass wir nicht jeden Tag europapolitische Anträge schreiben, ist darum überhaupt nicht vernünftig.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

- Frau Kollegin, ich weiß ja nicht, wie lange Sie hier schon Politik machen. Ich mache Europapolitik schon eine ganz, ganz lange Zeit. Ich weiß auch ungefähr, wie es läuft.

Ihr Antrag ist völlig neben der Sache, und er erkennt die wesentlichen Schritte, die eingeleitet worden sind. In Bezug auf die **Dänemark-Strategie** muss man auch einmal die Stimmen nennen, die das gelobt haben. Sie waren doch bei der IHK in Lübeck dabei,

(Beifall bei CDU und FDP)

wo der dänische Botschafter aus Berlin diese Initiative ausdrücklich gelobt hat. Frau Kollegin Spooendonk, dass eine Strategie

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- ich gehe jetzt einmal auf die Wortbeiträge ein und nicht mehr auf das, was uns vorliegt - noch nicht in allen Einzelheiten fertig ausgearbeitete und besprochene Umsetzungsschritte beinhaltet, ist ihr Wesen. Gucken Sie sich einmal die Strategien an, die aus

(Dr. Christian von Boetticher)

Brüssel kommen! Natürlich sind die nicht in allen Einzelheiten fertig, dann wären es nämlich keine Strategien, sondern schon die konkreten Umsetzungspunkte. Darum bringt es überhaupt nichts, hier etwas zu zerreden. Das Land hat sich in eine völlig richtige Richtung aufgemacht, und die wird von uns und unserer Fraktion nachdrücklich unterstützt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 17/1072, 17/1174 und den Änderungsantrag Drucksache 17/1175 dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist die Überweisung der Anträge mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW abgelehnt worden.

Ich komme zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD: Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein [CDU])

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin, Sie haben über die Ausschussüberweisung der drei vorliegenden Anträge gemeinsam abstimmen lassen. Wir würden gern die Anträge Drucksachen 17/1072 und 17/1175 dem Ausschuss überweisen und über Drucksache 17/1174 in der Sache abstimmen.

(Niclas Herbst [CDU]: Wollt ihr euren Antrag nicht beraten? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich werde jetzt - wie beantragt - noch einmal über die Ausschussüberweisung des Antrags Drucksache 17/1072 und des Änderungsantrags Drucksache 17/1175 an den Europaausschuss abstimmen lassen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sie sind einstimmig überwiesen worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache über den Antrag Europapolitik in Schleswig-Holstein wieder aufbauen, Antrag der Fraktion der SPD,

Drucksache 17/1174. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:25 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder. Ich begrüße Sie herzlich. Frau Abgeordnete Antje Jansen hat schriftlich mitgeteilt, an der Nachmittagssitzung nicht teilzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Die schleswig-holsteinische Erwachsenen- und Weiterbildung

Große Anfrage der Fraktion des SSW
Drucksache 17/661

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/951

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SSW-Fraktion hat uns eine umfassende Große Anfrage zur Erwachsenen- und Weiterbildung vorgelegt, die alle relevanten Bereiche dieses Themas erfasst und abfragt. Unsere Antwort ist ebenfalls umfassend. Ich freue mich, dass der SSW diese Anfrage gestellt hat. Mitunter sind Große Anfragen politische Kampfinstrumente. Das ist in diesem Fall nicht der Fall. Ich glaube, dies ist für uns alle zusammen im Landtag eine gute Gelegenheit, zu beteuern und herauszustellen, dass die Weiterbildung eine ausgesprochen wichtige Angelegenheit für die Weiterentwicklung dieses Landes ist.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Es gilt, das bildungspolitische Ziel des **lebenslangen Lernens**, das wir haben, auch als eine inhaltliche Aufgabe zu betonen. Es gilt aber auch, dass die Weiterbildung nach meinem und unserem Dafür-

(Minister Jost de Jager)

halten in der Regierung und im Wirtschaftsministerium einer der wesentlichen Faktoren sein wird, um dem bedeutenden Thema des Fachkräftemangels tatkräftig entgegenzuwirken. Ich betone es an jeder Stelle, dass ich glaube, dass der Fachkräftemangel das am meisten unterschätzte Thema der Politik nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern insgesamt ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Folgen zu spüren haben. Der Jahreswechsel 2010/2011 war eine Wasserscheide. Im Jahr 2011 ist es erstmalig so, dass die **Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter** rückläufig ist. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Bis zum Jahr 2020 werden 50.000 Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter sein. Bis zum Jahr 2050 werden es eine halbe Million Menschen weniger sein. Das bedeutet, dass sich die Verhältnisse grundlegend wandeln.

Dies ist den **Betrieben** schon jetzt klar. Einer **DIHK-Umfrage** zufolge erwarten 90 % der Betriebe Folgen durch die Entwicklung der Demografie. Über die Hälfte der Betriebe befürchten sogar relativ bald Personalengpässe. Eine der wesentlichen Möglichkeiten, auf diesen **Fachkräftemangel** zu reagieren, ist nicht nur eine kluge Personalpolitik in den Unternehmen, sondern vor allem durch **Weiterbildung** eine Bindung der Arbeitskräfte herbeizuführen und sie passgenau für die Bedarfe im Unternehmen zu qualifizieren. Künftig wird es nicht mehr so sein, dass sich die Unternehmen ihre Arbeitnehmer aussuchen, sondern die Arbeitnehmer werden sich ihre Unternehmen aussuchen. Es wird jetzt darum gehen, dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmen durch eigene Kraft und durch Weiter- und Fortbildung weiterhin in der Lage sein werden, ihr Geschäft auszuüben.

Insofern freue ich mich, dass wir in Schleswig-Holstein, was die Weiterbildung angeht, gut aufgestellt sind. Das ist zunächst einmal denjenigen geschuldet, die Weiterbildung betreiben. Wir haben im **Kursportal** hier in Schleswig-Holstein 500 Anbieter mit über 13.000 Weiterbildungskursen aufgelistet. An dieser Stelle möchte ich allen öffentlichen und privaten Trägern der Weiterbildung in Schleswig-Holstein für ihr Engagement und das Angebot an Weiterbildung danken, das dadurch hier im Land vorgehalten wird.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Die Landesregierung unterstützt diese Aktivitäten durch einen direkten Zufluss von Mitteln in Höhe

von 36 Millionen €. Ich glaube, das ist ein Zeichen dafür, dass wir diese Summe trotz der Haushaltsnöte im Wesentlichen haben stabil halten können. Wir erachten diesen Bereich als ein wesentliches Feld der Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik. Insofern will ich mich in der verbleibenden Minute meiner Redezeit nicht so sehr mit den Fragen beschäftigen, die wir beantwortet haben, sondern ich will auf einen weiteren Punkt eingehen.

Sie wissen, dass die Landesregierung vorhat, das **Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz** nach 20 Jahren einer Revision zu unterziehen. Dabei haben wir nicht vor, das **materielle Recht** auf Bildungsfreistellung auszuhöhlen, sondern es bleibt erhalten. Das ist strittig. Die einen sagen, dass es keinen Sinn mache, diese vorzuhalten. Andere sagen, es sei teuer, was nicht stimmt, denn nur 1 % der Arbeitnehmer macht tatsächlich davon Gebrauch. Wieder andere sagen, dann brauchte man das nicht vorzuhalten. Ich sage, der **volkswirtschaftliche Schaden** kann bei 1 % der Arbeitnehmer, die diese Angebote nutzen, nicht groß sein. Diejenigen, die es nutzen wollen, sollen auch weiterhin in der Lage sein, dies zu tun. Uns als Landesregierung interessiert im Wesentlichen, wie wir es im Sinne einer Aufgabenwahrnehmung oder einer Aufgabenkritik hinbekommen können, dass das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz auch für die **öffentliche Hand** schlanker aufgestellt wird. Das wollen wir durch zwei wesentliche Punkte erreichen.

Der eine Punkt ist: Wir wollen die **Zertifizierung**, das heißt die Qualitätssicherung, die durch das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz erreicht wird, nicht mehr als ministerielle Aufgabe wahrnehmen, sondern wir wollen diese **Aufgabe der Investitionsbank** übertragen, die für diese Qualitätssicherungsaufgabe Gebühren nehmen kann. Wir reden über 3.000 Veranstaltungen, die im Jahr von uns zertifiziert werden. Das ist keine klassische Aufgabe eines Ministeriums, diese Aufgabe kann man übertragen. Die IB soll dies machen. Sie soll dafür auch Gebühren nehmen können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Ein weiterer Punkt, den wir verändern wollen, ist dieser: Wir wollen die **Berichtspflichten**, die mit der Durchführung des Gesetzes einhergehen, radikal kürzen, weil wir glauben, dass diese heute nicht mehr erforderlich sind. Zum anderen sind wir der Auffassung, dass die Teilnahme Schleswig-Holsteins an der bundes- und europaweiten Adult Education Survey tatsächlich die Datenmenge gene-

(Minister Jost de Jager)

riert, die wir brauchen, um dieses wichtige Feld weiter beobachten zu können. Weil ich weiß, dass uns dies gleich unterstellt wird, sage ich: Dies ist kein Ausstieg aus der Weiterbildung durch die Veränderung im BFQG, sondern es ist eine Anpassung an die Wirklichkeit, die wir im Jahr 2011 haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1 Minute überschritten. Diese Zeit steht nun auch den Fraktionen zu.

Begrüßen Sie zunächst mit mir auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher der Techniker-Fachschule Kiel und des Landgerichts Lübeck mit dem Fachlehrgang für Justizsekretärsanwärterinnen und -anwärter. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Spoorendonk vom SSW hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank auch für Ihren mündlichen Bericht. Wichtig ist mir auch, mich nicht nur im Namen des SSW, sondern auch ganz persönlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die Beantwortung dieser Großen Anfrage zu bedanken. Wir haben es mit einer wohltuend differenzierten Beantwortung zu tun. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall beim SSW)

Die Antworten auf unsere Große Anfrage machen deutlich, welche Ziele die Landesregierung in Sachen Erwachsenen- und Weiterbildung verfolgt. Nicht nur, dass die **Nachfrage nach Weiterbildung** erhöht werden soll, auch die Teilnahme soll gesteigert werden. Das ist das Ziel. Darüber hinaus geht es vor allem um die Bereitstellung einer guten **Infrastruktur** mit vernünftigen **Rahmenbedingungen** und die Verbesserung von Transparenz, Information und Beratung. Dies sind hohe Ziele. Die interessante Frage lautet natürlich, was die Landesregierung tut, um diese dann auch zu erreichen.

Die Infrastruktur Schleswig-Holsteins hat in Sachen Erwachsenen- und Weiterbildung seit Mitte der 90er Jahre eine Vorreiterrolle in Deutschland. Dafür spricht nicht nur die historisch sehr hohe Anzahl an **Volks- und Heimvolkshochschulen**, sondern

vor allem sprechen dafür die **Weiterbildungsverbände**, die es im Land gibt. Diese Verbände sind nicht nur ein wertvolles Instrument, um über die Angebote der Erwachsenen- und Weiterbildung vor Ort zu informieren, sondern um generell in Sachen Bildung für Erwachsene zu werben und die Angebote zu koordinieren. Mit etwas Sorge betrachten wir daher das Auslaufen der Finanzierung der Verbände im Jahr 2013; mit sehr viel Sorge, will ich sagen. Wir hoffen sehr, dass allen klar ist, was für eine herausragende Arbeit die Verbände in unserem Flächenland leisten und dass wir auf ihre Arbeit nicht verzichten können. Gerade die unentgeltliche Beratung ist ein wichtiges Instrument, um über Fördermöglichkeiten, Angebote und Anbieter zu informieren und darf nicht von einem Entgeltsystem abgelöst werden.

Die Landesregierung hat ganz richtig erkannt, dass wir in Sachen Weiterbildung einen **Handlungswandel** brauchen. Zwar herrscht weitestgehend gesellschaftlicher Konsens über die Bedeutung der Bildung für Erwachsene, aber trotzdem wird sie nicht entsprechend genutzt. Gerade das Instrument der **Bildungsfreistellung** - oder des Bildungsurlaubs, wie es häufig heißt - hat nicht zu der gewünschten Erhöhung der Teilnahme an Weiterbildungskursen geführt. Dass die Zahl der Anspruchsberechtigten in 20 Jahren nie über 1,2 % gestiegen ist, ist wirklich ärgerlich. Die Ursachen dafür sind längst bekannt; darauf werde ich jetzt nicht eingehen. Die Konsequenz darf aber nicht sein, dass dies einfach akzeptiert wird. Vielmehr muss gerade hier angesetzt werden. Wir brauchen vernünftige Instrumente, um vor allem in Betrieben für die Bildungsfreistellung zu werben und Kurse passgenau anbieten zu können. Mit Interesse habe ich jetzt vernommen, dass die Landesregierung vorhat, das Bildungsfreistellungsgesetz zu novellieren. Wir werden sehen, wie das dann im weiteren Verlauf aussehen wird.

Ein weiterer interessanter Punkt der Großen Anfrage ist der Umgang mit der Erwachsenenbildung. Die Landesregierung hat ihre **Kürzungen** bei den **Volkshochschulen** im Doppelhaushalt entschärft. Trotzdem haben die Kürzungen fatale Folgen, weil das Angebot reduziert, Personal entlassen werden muss und Teilnehmergebühren erhöht werden müssen. Wenn die Landesregierung dann gleichzeitig feststellt, dass die ansehnlichen Eigen- und Drittmitteleinnahmen der Volkshochschulen erhöht werden müssen, verliert man doch den Glauben an eine Landesregierung, die sich zum Ziel gesetzt hat, gute Rahmenbedingungen für die Erwachsenenbildung zu schaffen. Schon heute liegt der Eigenanteil bei

(Anke Spoorendonk)

65 %. Bei einer weiteren Erhöhung haben wir das System also völlig privatisiert. Eine Förderung der **flächendeckenden Grundversorgung** sieht aus unserer Sicht anders aus.

Daher sage ich: Wir brauchen für Schleswig-Holstein ein **Weiterbildungsgesetz**. Man könnte sagen: Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir wissen, dass wir noch den SPD-Antrag im Ausschuss haben, und ich hoffe, dass wir uns mithilfe dieses Antrags darauf verständigen können, ein Weiterbildungsgesetz in Arbeit zu geben.

Positiv nehmen wir dennoch zur Kenntnis, dass die Landesregierung das **Projekt „VHS 2020“** des Landesverbands wahrnimmt und auch unterstützt. Berücksichtigt werden muss aber auch, dass sich die Volkshochschulen nur mit ihrer Zukunft auseinandersetzen können, wenn sie nicht tagtäglich ums Überleben kämpfen. Es ist daher notwendig, eine angemessene finanzielle Förderung auf einem hohen Niveau zu erhalten, um eine Entwicklung zu ermöglichen. Mit Kaputtsparen kommen wir an dieser Stelle nämlich überhaupt nicht weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt weitere interessante Inhalte in dieser Anfrage wie zum Beispiel die **Teilnehmerstruktur** und die Ausrichtung der Erwachsenen- und Weiterbildung auf **Nachfrageorientierung**. Ich wünsche mir vor diesem Hintergrund, dass wir auch im Bildungsausschuss die Diskussion bekommen, die dieses Thema verdient, auch vor dem Hintergrund dessen, was der Minister vorhin ansprach, nämlich des Fachkräftemangels, den wir bekommen werden. Wir wissen alle, dass das ein brennendes Thema ist.

Ich wünsche mir auch, dass wir uns auf eine Anhörung verständigen, sodass wir dann auch insgesamt dazu beitragen können, dass dieses Thema verstärkt auf die politische Agenda des Landtags gesetzt wird.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort die Frau Abgeordnete Marion Herdan.

Marion Herdan [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die aktuelle Plenartagung setzt einen deutlichen Akzent im Bildungswesen. Gestern haben wir mit dem Schulgesetz sowie dem Hochschulgesetz wichtige Neuerungen auf den Weg gebracht. Heute wen-

den wir uns einem nicht minder wichtigen bildungspolitischen Thema zu, nämlich der Erwachsenen- und Weiterbildung in Schleswig-Holstein. Neben frühkindlicher Bildung, Schul- und Hochschulbildung ist die Weiterbildung als vierte tragende Säule unseres Bildungswesens unverzichtbar für Schleswig-Holstein und die Menschen, die hier leben.

Die Ministerien für Bildung und Kultur sowie für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr haben hier ein umfangreiches Papier vorgelegt, für dessen Erstellung ich mich bedanken möchte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Folgenden möchte ich zwei Aspekte aus der Ausarbeitung herausgreifen. Das Wirtschaftsministerium geht in seinen Ausführungen in besonderem Maß auf das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz ein. Seit 1990 in Kraft, bildet das BFQG die Grundlage für Freistellungs- und Anerkennungsregelungen von beruflicher Weiterbildung. Ziel des **BFQG** war es, die Teilhabe an **Weiterbildung** insbesondere auch bei **benachteiligten Personengruppen** zu erhöhen. Es ist allerdings festzustellen - das haben wir vorhin schon gehört - dass Bildungsfreistellung zwar eine hohe Akzeptanz besitzt, aber offenbar nicht den gewünschten Effekt erzielen und eher bildungsferne Gruppen nicht erreichen konnte. Die Teilnahmequoten haben in den 20 Jahren des Bestehens des BFQG den Faktor von 1,2 % der **Anspruchsberechtigten** pro Jahr, insgesamt 144.000 Teilnehmer, nicht überschritten. Daneben gibt es aber auch 1,3 Millionen Menschen, die anerkannte Veranstaltungen besuchten, ohne die Bildungsfreistellung in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, bereits in den Beratungen der 8. Plenartagung im Juni vergangenen Jahres hat die CDU-Fraktion verdeutlicht, dass es Sinn mache, das **BFQG zu novellieren**. Nunmehr haben wir hier ganz konkrete Ansätze vorliegen, auf deren Grundlage gearbeitet werden kann. Dabei muss auch überlegt werden, wie wir es schaffen, mehr Frauen sowie über 50-jährige Arbeitnehmer zur Teilnahme an beruflicher und betrieblicher Weiterbildung zu motivieren.

Auch mit Blick auf den vorhandenen **Fachkräftemangel** in **Schleswig-Holstein** sind effiziente Weiterbildungsmaßnahmen geboten. Denn gut aus- und weitergebildete Arbeitnehmer sind der Grundstock für ein gesundes Unternehmen und schließlich auch ein wichtiger Faktor für die Innovationskraft unseres Landes.

(Marion Herdan)

Einen weiteren beachtlichen Teil der Ausführungen nimmt der Bereich der Erwachsenenbildung ein. Hierzu gehören die **Volkshochschulen**, der **Landesverband der Volkshochschulen** sowie die **Bildungsstätten**. Neben allgemeinen Bildungsangeboten kommt den Volkshochschulen bei der **Integration** von Migrantinnen und Migranten eine Schlüsselrolle zu. Sie fungieren als Prüfungszentrale für Sprach- und Einbürgerungstests. Volkshochschulen führen Alphabetisierungskurse durch und ermöglichen das Nachholen von Haupt- und Realschulabschlüssen.

Meine Damen und Herren, die Regierungskoalition hält die Arbeit der Volkshochschulen auch insofern für sinnvoll, wertvoll, nachhaltig und unverzichtbar und hat daher im aktuellen Doppelhaushalt die Ansätze für die nachgeholt Schulabschlüsse ungeschmälert übernommen.

(Beifall bei CDU)

Der Landesverband der Volkshochschulen fungiert als Dachverband für die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten. Er ist Impulsgeber, Berater und Ansprechpartner für Politik und Verwaltung.

Das **Projekt „VHS 2020“** zeigt bereits erste Erfolge. Vor Kurzem wurde eine Kooperation der Volkshochschulen Kiel, Kronshagen und Altenholz begonnen.

Die CDU wird auch künftig die Arbeit der Volkshochschulen und des Landesverbandes aktiv unterstützen und begleiten.

Die Situation der vom Land geförderten fünf **Bildungsstätten** hat sich erfreulicherweise etwas entspannt. Die für 2012 vorgesehene zweite Kürzungstranche konnte entfallen. Gleichwohl bedeuten die bereits durchgeführten Kürzungen für die Bildungsstätten einen schmerzhaften Einschnitt. Wir tun gut daran, diesen nicht noch weiter zu vertiefen. Dies würde unweigerlich die Schließung von Einrichtungen nach sich ziehen. Den Verlust an kultureller, politischer und Jugendbildung könnte das Land Schleswig-Holstein nicht kompensieren. Volkshochschulen und Bildungsstätten gemeinsam sorgen in unserem Land für ein flächendeckendes und ortsnahes Weiterbildungsangebot.

Die sogenannte **Weiterbildungsdichte** liegt in Schleswig-Holstein über dem Bundesniveau. Obendrein erwirtschaften Bildungsstätten und Volkshochschulen aus allen öffentlichen Zuschüssen in Höhe von rund 15,4 Millionen € jährlich einen Umsatz von rund 47 Millionen € im Jahr. Dies ist eine

nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Leistung.

(Beifall bei der CDU)

Um auch künftig die Arbeit der Bildungsstätten sicherzustellen, werden wir in der nächsten Zeit damit beginnen, die zugrunde liegenden **Förderrichtlinien** zu überarbeiten. Die Bildungsstätten des Landes brauchen einen festen Status und **Planungssicherheit** über einen längeren Zeitraum hinweg.

Meine Damen und Herren, abschließend ist anzumerken, dass Weiterbildung in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert besitzt und wir in unserem Land ein vielschichtiges Angebot vorfinden. Darauf wird die CDU aufbauen. Gerade die Weiterbildung ist ein wichtiges Element des lebenslangen Lernens. Unsere Gesellschaft kann nur gewinnen, wenn wir auch zukünftig einen gesunden Einklang unserer vier Säulen im Bildungswesen bewahren.

Die weiteren Beratungen sollten in den zuständigen Fachausschüssen, im Bildungsausschuss und im Wirtschaftsausschuss, weitergeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Hans Müller von der SPD-Fraktion das Wort.

Hans Müller [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW gibt mir Anlass, mich sowohl bei der Frage stellenden Fraktion als auch bei der Landesregierung und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken. Nicht zuletzt gilt der Dank natürlich auch dem Minister für seinen persönlichen Bericht. In diesen Antworten sind viele wichtige Fakten und Entwicklungstrends zusammengefasst worden. Hierbei handelt es sich nicht nur um kluge Antworten, sondern auch um kluge Fragen, sodass man diese Große Anfrage unbedingt weiter bearbeiten muss.

Die Institutionen der **beruflichen und allgemeinen Fort- und Weiterbildung** von Menschen haben mit dem schnellen sozialen Wandel in Deutschland im Großen und Ganzen Schritt gehalten. Es ist eine enorme Leistung von Volkshochschulen et cetera, diese aktuellen Trends immer wieder mitzuverfolgen. Es ist nicht zu unterschätzen, was von ihnen geleistet wird.

(Hans Müller)

Der immer komplizierter werdende Arbeitsmarkt macht lebenslanges Lernen, berufliche Weiter- und auch Neuqualifizierung zur Herausforderung für jeden Arbeitnehmer, aber auch für diejenigen, die die Arbeitnehmer beschäftigen, also für die **Betriebe und Verwaltungen**. Wir haben gehört und gelesen, dass die **Fachkräfte** in Teilen Schleswig-Holstein verlassen. Die Weiterbildung ist also ein ganz wichtiger Aspekt, um die Leute hier halten zu können.

Wir vertreten deshalb seit Langem die Auffassung, dass **Weiterbildung** die eigenständige **vierte Säule** unseres **Bildungssystems** ist. Sie ist allerdings anders konstruiert. Sie wird weniger staatlich gestaltet und gesteuert als die anderen drei Säulen. Das kann durchaus auch Vorteile haben, wie wir bei einzelnen Bildungsträgern wie zum Beispiel bei der Volkshochschule sehen.

Das Land hat unter sozialdemokratischer Verantwortung - das sage ich natürlich sehr gerne - 1990 das richtungsweisende Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz eingeführt. Es ist in die Jahre gekommen. Das gebe ich gerne zu. Die jetzige Landesregierung hat dieses Gesetz bislang aber nicht infrage gestellt. In der Beantwortung der Anfrage wird zudem deutlich, dass die Landesregierung mit diesem Gesetz recht gut arbeitet.

Es ist natürlich unbefriedigend, dass die **Teilnahmequote** der Anspruchsberechtigten fast immer unterhalb von 1 % liegt. Das ist natürlich ein Ärgernis. Anke Spoorendonk hat darauf hingewiesen, dass Änderungen herbeigeführt werden müssen, um die Akzeptanz deutlich zu erhöhen. Weiterbildung ist eben nicht nur ein privates Anliegen des Einzelnen, sondern auch der Arbeitgeber.

Es ist daher ein Missverhältnis, wenn in den vergangenen 20 Jahren nur rund 144.000 Menschen ihr **Recht auf Bildungsfreistellung** in Anspruch genommen haben, während fast zehnmal so viele Menschen an anerkannten Veranstaltungen teilgenommen haben, ohne deswegen eine Freistellung in Anspruch genommen zu haben. Wir ziehen daraus die Konsequenz, dass die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Erwachsenenbildung gesetzlich neu geregelt werden müssen. Das haben wir im Juni vergangenen Jahres bereits vorgebracht. Die Länder Nordrhein-Westfalen und Brandenburg haben es uns mit aktuelleren und umfassenderen gesetzlichen Regelungen vorgemacht. Darüber könnte auch im Ausschuss debattiert werden.

Es ist schade, dass die Landesregierung darauf bisher nicht eingegangen ist. Ich freue mich aber, dass

sie jetzt darauf eingeht. Ich finde das sehr gut, Herr Minister. Sie haben uns auf Ihrer Seite, wenn eine Revision dieses Gesetzes stattfindet, die sich nicht nur auf Verwaltungsvereinfachungen reduziert. Das möchte ich noch hinzufügen.

Die geringe Teilnahmequote an Veranstaltungen mit Bildungsfreistellung steht in einem eklatanten Widerspruch dazu, dass 97 % der befragten Bürger die Notwendigkeit bejaht haben, dass sich jeder ständig weiterbilden sollte. Aber nur ein Viertel der Befragten nimmt überhaupt an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen teil.

Das darf nicht zu dem Fehlschluss veranlassen, dass die übrigen drei Viertel nie über den Bildungs- und Ausbildungsstand der Schule oder der Berufsausbildung hinausgekommen sind. Es gibt viele **Angebote im Internet**. Ich nenne die Initiative „oncampus“ der Fachhochschule in Lübeck, die Fernuniversität sowie die autodidaktischen Möglichkeiten, die das Internet bietet.

Ich habe leider nicht die Zeit, auf die vielen diskussionswürdigen Details des Berichts einzugehen. Ich habe bereits gesagt, dass es sich hierbei um kluge Fragen und kluge Antworten handelt. Wir wollen, dass die Diskussion intensiv im Bildungsausschuss, aber auch mitberatend im Wirtschaftsausschuss fortgesetzt wird. Wir haben gehört, wie wichtig Fachkräfte für unser Land sind. Deshalb sollte der Wirtschaftsausschuss mit im Boot sein. Dieser Bericht sollte nicht einfach zu den Akten gelegt werden. Sondern er ist eine sehr wichtige Grundlage, auf deren Basis Handlungsempfehlungen formuliert werden können. Wir beantragen also die Überweisung an den Bildungs- und den Wirtschaftsausschuss. Handlungsspielräume entwickeln wir dann aus der Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Kirstin Funke von der FDP-Fraktion das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Erwachsenen- und Weiterbildung, das die Große Anfrage des SSW aufgreift, ist eines der zentralen Themen, wenn wir zukünftig über **Fachkräftemangel**, über die Steigerung des **Frauenanteils** bei den sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen, über die Verhinderung und **Verringerung von Arbeitslosigkeit** oder

(Kirstin Funke)

über die Integration von Migrantinnen und Migranten sprechen. Es ist sehr erfreulich, dass Schleswig-Holstein in der Weiterbildungsdichte Platz drei im Bundesdurchschnitt belegt. Das heißt, dass das Erwachsenen- und Weiterbildungskonzept des Landes aufgeht.

Für die FDP-Fraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Erwachsenen- und Weiterbildung aus einem Mix an Engagement von einzelnen Bürgern, Wirtschaft und Staat bestehen muss. Im Einzelnen heißt das: Es bedarf der persönlichen Motivation und des Eigenengagements, sich weiterzubilden. Es bedarf der Möglichkeiten und **Angebote der Wirtschaft**, die nur sie bieten kann, und der Rahmenbedingungen von Bund, Land oder Kommune.

Erst gestern verabschiedeten wir hier im Hohen Haus die kleine Novelle des Hochschulgesetzes, die ebenfalls das Thema Weiterbildung aufgreift und erhebliche Erleichterungen für die **hochschulpolitische Weiterbildung** beinhaltet.

Die Große Anfrage der Fraktion des SSW ist zu einem Zeitpunkt gestellt worden, als die Haushaltsberatungen begannen, und steht somit auch unter diesem Zeichen. Auch zu dem Zeitpunkt der Antwort der Regierung war in den Beratungen immer noch von einer doppelten, 15-prozentigen **Kürzung** bei den **Volks- und Heimvolkshochschulen** und den verschiedenen Bildungseinrichtungen die Rede. Dies konnte jedoch bekanntermaßen in der Beschlusslage des Haushalts für 2012 wieder zurückgenommen werden. So arbeiten alle Bildungsstätten und Volks- beziehungsweise Heimvolkshochschulen zwar unter erschwerten Bedingungen, aber sie müssen nicht um ihre **Existenz** fürchten.

Wenn sich in den kommenden Haushalten das Finanzierungsniveau des Landes bei den angesprochenen Bildungsstätten und Heim- und Volkshochschulen halten wird, so wird es von den einzelnen Trägern doch als Kürzung der Mittel durch Steigerung der Personal- und Sachkosten ankommen, und die Prognose nach heutigem Wissensstand würde wohl so ausfallen, dass vielleicht nicht jede Bildungseinrichtung oder Volkshochschule in bisheriger Form existieren kann.

Damit dies nicht geschieht, sehe ich nicht eine neue, gesonderte **Gesetzgebung für die Erwachsenen- und Weiterbildung** als Lösung. Vielmehr wäre es wünschenswert, wenn sich mittelfristig die verschiedenen Partner an einen Tisch setzen würden, um von sich aus ein Konzept zu erarbeiten, wo und auf welche Weise man sich gegenseitig unterstützen kann und sich nicht noch mit gleichartigen

Veranstaltungen untereinander unnötig Konkurrenz macht. Hier ist auf lange Sicht auch eine Profilschärfung einzelner Träger vonnöten.

Das dichteste Netz im Land an Weiterbildungsmöglichkeiten bietet immer noch die **Volkshochschule**. Die FDP-Fraktion begrüßt sehr den innovativen Ansatz des Landesverbandes mit seinem **Projekt „VHS 2020“**. Es bietet eine Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und finanzieller und struktureller Anforderungen.

Eine Vorreiterrolle nimmt in diesem Zusammenhang die **Kooperation** der Volkshochschulen Kiel, Altenholz und Kronshagen ein. Sie gewährleisten eine flächendeckende, öffentliche und wohnortnahe Weiterbildung und bieten in ihrer neuen Struktur eine bessere Vernetzung an.

Es gibt weiterhin auf dem Gebiet der Erwachsenen- und Weiterbildung noch viel zu tun, um auch in Zeiten leerer Kassen ein **flächendeckendes Angebot** machen zu können. Effektive Gestaltung der eigenen Möglichkeiten ist hier ein Weg. Das gilt gleichermaßen für den einzelnen Bürger wie auch für die Wirtschaft und den Staat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen wird heute in immer kürzerer Zeit geschaffen, gleichzeitig steigt die Verbreitungsgeschwindigkeit. Wissen verdoppelt sich heute innerhalb weniger Jahre. Alle vier Minuten gibt es heute eine neue medizinische Erkenntnis, alle drei Minuten wird ein neuer physikalischer Zusammenhang gefunden, jede Minute eine neue chemische Formel. Gleichzeitig steigt die Verfügbarkeit von Informationen rasant an. Brauchte man vor 15 Jahren noch 30 Tage für eine bestimmte Datenmenge, so kann sie heute in einer Sekunde global übertragen werden.

Diese Informationsflut hat zur Konsequenz, dass wir uns ständig fortbilden müssen, im beruflichen wie im allgemeinen Bereich. Auch im politischen Bereich ist Weiterbildung natürlich wichtig, denn sie trägt dazu bei, dass der Einzelne in der sich ständig ändernden Welt zu kritischem und verantwortlichem Handeln befähigt wird. **Lebenslanges Lernen** verbessert soziale Teilhabe und gesell-

(Ines Strehlau)

schaftliche Integration. So steht es in der Antwort auf die Große Anfrage.

Die Antwort auf die Große Anfrage des SSW zur Fort- und Weiterbildung gibt einen umfassenden Überblick über die Ausgestaltung dieses Bereichs in Schleswig-Holstein. Auch von mir einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien.

Ich möchte daraus nur vier Punkte herausgreifen. Erstaunlich ist die sehr niedrige Zahl derer, die Veranstaltungen unter **Inanspruchnahme** der Bildungsfreistellung nutzen, die also Bildungsurlaub nehmen. Es waren im Jahr 2009 nur 0,7 % der Anspruchsberechtigten. In den weiteren Beratungen müssen wir überlegen, wie wir weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren können, dieses Instrument in Anspruch zu nehmen.

Die Aussagen über die Teilnehmerschaft von Weiterbildung zeigen, dass es im Bildungsbereich Handlungsbedarf gibt. In der Großen Anfrage heißt es:

„Unterrepräsentiert sind vor allem die über 50-Jährigen, Personen mit niedriger ... Qualifikation, Arbeiter, Frauen, Nichterwerbstätige und Personen aus ländlichen Gebieten ... Daraus lässt sich die ... Interpretation ableiten, dass unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen durch Weiterbildung nicht kompensiert, sondern fortgesetzt werden.“

Hier wird uns wieder einmal klargemacht, dass wir unbedingt früh in die Bildung der Kinder investieren müssen, damit sie die Chance bekommen, ihre Bildungsbiografien positiv zu gestalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bei der **Vernetzung** der Weiterbildungsinstitutionen scheint das Land auf einem guten Weg zu sein. Vor allem die zwölf **Weiterbündnisse**, in denen sich die regionalen weiterbildungsrelevanten Institutionen zusammengeschlossen haben, befördern die Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Altersstufen, sowohl bei der allgemeinen als auch der beruflichen Weiterbildung. Dort sind sowohl die **Beruflichen Schulen** als auch die **Volkshochschulen** und andere mit Weiterbildung befasste Institutionen vertreten. Sie informieren und beraten Einzelpersonen und Firmen und stellen die unbedingt notwendige Transparenz über die Angebote in der Region her.

Der Bericht geht auch ein auf **kommunale Bildungslandschaften**. Sie sind vor dem Hintergrund

des demografischen Wandels ein Projekt, das vor Ort durch Vernetzung dafür sorgen kann, dass Weiterbildungsangebote vor allem in der Fläche erhalten werden können. Ein erfolgreiches Projekt ist in diesem Bereich die Kooperation einzelner Volkshochschulen mit Markttreffs. In den Bereichen Schule, Hochschule, duales System und Weiterbildung steht die Zusammenarbeit allerdings erst am Anfang und muss intensiviert werden.

Im Bildungsausschuss werden wir diesen Bericht und den SPD-Antrag vom Juni letzten Jahres für ein Weiterbildungsgesetz gemeinsam beraten. Dort müssen wir offene Fragen diskutieren und Vorschläge erarbeiten. Wie soll unsere Weiterbildungslandschaft in Zukunft aussehen? Wo setzen wir Schwerpunkte? Sind Vernetzung und Transparenz ausreichend, oder müssen sie intensiviert werden? Und schließlich: Brauchen wir ein neues Weiterbildungsgesetz, oder können wir das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz so umarbeiten, dass es zukunftsfest wird?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte mich auch bei der SSW-Fraktion bedanken für die Große Anfrage. Ich möchte mich auch für die Antwort der Landesregierung bedanken, eine, wie ich meine, entlarvende Antwort. Das liegt nicht daran, dass die Antworten falsch wären - keineswegs. Sie dokumentieren ja auch in Ihrer Antwort, wie wichtig Bildung, Weiterbildung, Erwachsenenbildung für uns alle, für unser Land ist. Da sind wir uns einig. Es ist ja auch schon gesagt worden: kluge Fragen und kluge Antworten.

Auf der anderen Seite, Herr de Jager, kürzen Sie in der politischen Realität gnadenlos die Gelder. Sie gefährden die **Existenz von Bildungseinrichtungen**. Sie haben das gerade eben so nett umschrieben, dass die Mittel im Wesentlichen stabil gehalten werden könnten. Aber das bedeutet für viele Bildungseinrichtungen schon, dass es an die **Substanz**, an die Existenz geht.

Auch wenn wir tatsächlich zum Beispiel bei den **Volkshochschulen** noch das Schlimmste haben verhindern können beziehungsweise Sie ein wenig

(Ulrich Schippels)

einsichtig waren, so ist es eben doch so, dass die **Mittel** gekürzt werden. Genau das ist falsch. Wir müssen das Gegenteil machen, vor allem in der Erwachsenenbildung. Es müsste mehr Geld in die Bildung gesteckt werden.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoro
[DIE LINKE])

Deshalb fordert DIE LINKE die umgehende Wiederherstellung von akzeptablen **Rahmenbedingungen**, um die Erwachsenenbildung langfristig abzusichern, erstens in der **Fläche**, nicht nur in den Zentren, und zweitens unter Beibehaltung des bisherigen qualitativ guten und breit gefächerten Angebots.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Förderung der Erwachsenenbildung und der Volkshochschulen ist **Aufgabe des Landes**. Darin sind wir uns doch alle einig. Erfüllen Sie endlich diese Aufgabe, und stellen Sie diese Aufgabe nicht unter Finanzierungsvorbehalt, wie wir das leider immer wieder erleben müssen.

Wir fordern einen Stopp der regelmäßigen, leider schon beinahe prozessual immer wiederkehrenden Kürzungen im Bereich der Erwachsenenbildung. Wir wollen einen Pflock einschlagen. Wir wollen eine gesetzliche Mindesthöhe dieser Mittel, die den **Trägern der Erwachsenenbildung** jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen eine bessere **Grundversorgung** in unserem Land, die weit über dem liegt, was mit dem wenigen Geld, das Sie jetzt zur Verfügung stellen, möglich ist.

Niemand, meine Damen und Herren, kann seine Arbeit vernünftig machen, wenn er oder sie damit rechnen muss, dass die Mittel gekürzt werden, schon gar nicht, wenn die Mittel auch noch im laufenden Haushaltsjahr gekürzt werden. Die Folgen einer solchen Planungsunsicherheit werden zwar nicht nur, aber eben auch auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. **Honorarkräfte** - das wissen Sie - erhalten Löhne von 15 € pro Stunde und müssen jegliche Sozialversicherungspflicht selbst tragen. Urlaub oder Krankheit bedeuten Lohnausfall. Meist haben diese Fachkräfte nicht mehr als 800 € zum Leben. Wenn ein Land so mit seinen Fachkräften umgeht, hat es den Titel „Wissensgesellschaft“ ganz sicher nicht verdient.

Die Forderung einer gesetzlichen Grundversorgung ist keineswegs eine realitätsferne. Ich bin dankbar,

dass die SPD auch schon entsprechend parlamentarisch tätig geworden ist; denn derartige Regelungen gibt es bereits in anderen Bundesländern - das wurde von der Sozialdemokratie schon gesagt; danke schön -, wie zum Beispiel in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern oder in Nordrhein-Westfalen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wie wir dem Bericht entnehmen konnten, gibt es einen Rückgang bei den **Volkshochschulen**. Davon sind vor allen Dingen die **ländlichen Gebiete** betroffen. Hier sind die Bildungsangebote besonders gefährdet. Auch diese Zahlen widersprechen den zumindest bekundeten Absichten der Landesregierung, die vierte Säule der Bildung zu stärken. Die **Träger**, so müssen wir erfahren, sollen nun fehlende Landesmittel durch Mittel Dritter ausgleichen. Das ist eine bei Ihnen viel geübte Praxis. Das gilt zum Beispiel auch im Bereich des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Es gibt, wie ich finde, eine Besorgnis erregende Tendenz hin zur Finanzierung durch Unternehmen und Stiftungen. Sie stehlen sich einfach aus Ihrer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, Bildung muss sich nicht rechnen. Weiterbildung, auch Erwachsenenbildung, darf etwas kosten, und das Land muss es finanzieren, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch kurz auf die **Zielgruppen** und Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingehen. An ihnen wird deutlich, dass die Bildungsselektion einzelner Bevölkerungsgruppen auch in der vierten Säule der Bildung fortgesetzt wird. Sie räumen in Ihrer Antwort ja ein, dass bestimmte Gruppen unterrepräsentiert seien. - Frau Spoorendonk hat für den SSW ebenfalls hierauf hingewiesen. - Jedoch sehen Sie das Problem nicht in dem ausgrenzenden System selbst.

Wir müssen Bildungsschranken, Zugangsschranken zur Bildung überall abbauen, und beginnen müssen wir damit in der frühkindlichen Bildung. Deshalb war es auch fatal, die Kostenbefreiung für das dritte Kita-Jahr wieder zu kassieren. Das ist kurzsichtig und bringt uns keinen Schritt weiter.

Wir fordern deshalb, der gesamten Bevölkerung in **allen Altersgruppen** den Zugang zu Bildung und Kultur zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun ganz kurz noch zur Weiterbildung! Ich finde es durchaus fragwürdig, Herr Minister, wenn Sie in

(Ulrich Schippels)

Ihrer Antwort fortlaufend **Angebote der Weiterbildung** preisen, die Rahmen des Schwarz-Gelben Haushalts soeben gekürzt wurden. Ich möchte exemplarisch auf die Beratungsstelle „Frau & Beruf“ hinweisen, die wirklich löbliche Arbeit macht. Sie loben die Einrichtung auch, kürzen aber die Mittel im Landshaushalt. Diesen Unterschied zwischen Worten und Taten sollten Sie uns einmal begründen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroer
[DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, Bildung ist das wichtigste Gut, das unser Land hat. Aus diesem Grund muss auch für die **vierte Säule** der Bildung eine **nachhaltige Förderstrategie** entwickelt werden. Willkürliche Kürzungen oder Privatisierungsbemühungen sind jedoch keine angemessene Strategie.

Zum Schluss noch ein Wort zu Ihren Vorstellungen bezüglich der Freistellung und zur Fortentwicklung des Bildungs-, Freistellungs- und Qualifizierungsgesetzes. So, wie ich Sie in den letzten 15 Monaten kennen gelernt habe, will ich hoffen, dass es noch sehr lange dauert, bis Sie entsprechende Änderungen vornehmen, denn ich erwarte nichts Gutes.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich nun der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

(Unruhe)

- Ich bitte insgesamt um etwas mehr Ruhe; der Geräuschpegel ist doch sehr hoch.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst für die Debatte und dafür bedanken, dass wir uns darüber einig sind, dass wir an diesem Thema in den zuständigen Ausschüssen weiterarbeiten wollen.

Ich wollte aber auch noch einmal meine dänische Karte spielen und darauf hinweisen, dass das einzige **EU-Programm** zur Erwachsenenbildung **GRUNDTVIG** heißt. Das ist kein Zufall. Der dänische Philosoph Nicolai Frederik Severin Grundtvig, der vor über 150 Jahren lebte, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es heute, nördlich der Grenze wie auch südlich der Grenze, Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen gibt. Das Wort „Heimvolkshochschule“ ist eine Übersetzung des dänischen Wortes „Folkehøjskoler“. Von Grundtvig

stammt der Ausspruch, das Licht der Aufklärung oder der Bildung sei nicht nur für die Gelehrten, sondern auch für den Bauern und für das einfache Volk. Der SSW fühlt sich dieser Vision der Volksbildung verpflichtet. Von Grundtvig stammt auch der Satz, Bildung sei nicht nur fürs Berufsleben, sondern fürs Leben.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

- Ja.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich hätte mehr Applaus erwartet!)

- Darum, lieber Kollege Kubicki, ist es wichtig, dass wir nicht nur daran denken, was wir gegen den **Fachkräftemangel** tun können, sondern dass wir auch immer mit im Blick haben, dass Menschen gern neue Erkenntnisse gewinnen möchten, sich bilden lassen wollen. Die **Bildungseinrichtung der dänischen Minderheit**, die Heimvolkshochschule Jaruplund Højskole, erfüllt in diesem Sinne eine **Brückenfunktion**. Das wissen die Träger der Weiterbildung in Schleswig-Holstein. Sie nutzen diese Brückenfunktion. Da wir vorhin gerade über die Dänemark-Strategie der Landesregierung sprachen - sie wurde wenigstens besprochen -: Es ist auch richtig, daran festzuhalten, dass Dänischkenntnisse, Dänischkurse in erster Linie auch über die Volkshochschulen und nicht zuletzt auch über die Bildungseinrichtungen der Minderheit laufen. Darum, lieber Herr Minister, mein Appell - dafür werden wir uns starkmachen -, dass bei einer **Novellierung** dieses Bildungsbereichs, dieses Bereichs der Erwachsenenbildung, die Einrichtungen der **dänischen Minderheit** gleichberechtigt mit berücksichtigt werden. Das Bildungsstättenkonzept der Landesregierung sieht das bisher nicht vor. Jetzt haben Sie die Chance, das zu ändern. Das wäre gut, und ich denke, das werden Sie auch schaffen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 17/951, federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenpro-

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

be! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie auf einige Änderungen in der Tagesordnung hinweisen.

Dies betrifft zunächst den Tagesordnungspunkt 38 - Für eine humanitäre Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik. Es ist beschlossen worden, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, zuvor aber eine Abstimmung über den Berichtsantrag vorzunehmen.

Zu Tagesordnungspunkt 39 - Nachhaltige Entwicklung für eine Offshore-Windkraft -: Dieser Antrag soll in die Februar-Tagung verschoben werden.

Der Tagesordnungspunkt 47 - Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung - soll ebenfalls ohne Aussprache an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstands (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz - MFG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/1159](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1227](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Mittelstandsförderungsgesetz ist inzwischen vor rund 25 Jahren geschaffen worden, um den Mittelstand stärker in das Bewusstsein der politischen Aufmerksamkeit zu bringen. Es war und ist eine Leitlinie für die Politik und die Verwaltung, dem Mittelstand im Land die Hürden aus dem Weg zu räumen und die kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen und zu fördern. Insofern ist **Mittelstandspolitik** für Schleswig-Holstein natürlich nichts Neues.

Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein kann immer nur Mittelstandspolitik sein. Das ist auch der

Grund dafür, warum die Landesregierung eine Mittelstandsoffensive in Form eines Masterplans mit sehr vielen Handlungsfeldern auf den Weg gebracht hat. Eines davon war die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes, um zum einen den veränderten Rahmenbedingungen nachzukommen und zum anderen gleichzeitig neue Akzente zu setzen.

Die 16 Paragraphen des Gesetzes spiegeln das wider, was in der Kompetenz der Landesgesetzgebung liegt und deshalb auch von ihr verändert oder auch nicht verändert werden kann. Das muss man wissen, weil die wesentlichen **Rahmenbedingungen des Mittelstands** eben nicht **Landesrecht** unterliegen, sondern der Bundesregelung oder gar der Regelung durch die EU.

Deshalb - um ganz grundsätzlich anzufangen - hätten wir schon bereits den Mittelstandsbegriff weiter gefasst als wir das können. Ein **Unternehmen** mit weit mehr als 250 Beschäftigten ist für mich durchaus immer noch Mittelstand, wenn es vom **Inhaber mit persönlichem Risiko** und persönlichem Engagement geführt wird.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Bei der **finanziellen Förderung** sind wir allerdings an das **EU-Förderrecht** gebunden. Danach ist der **Begriff Mittelstand** auf 250 Beschäftigte und einen Umsatz von 50 Millionen € begrenzt. In allen anderen Bereichen können wir eine andere Definition anlegen. Wenn es um einfache Verwaltung geht, um Planungsverfahren oder Infrastrukturvorhaben, können wir einen anderen Mittelstandsbegriff anlegen, und das werden wir tun.

Ein **Kernbereich** des Gesetzes ist das **Ordnungs- und Wettbewerbsrecht**. Dazu gehört der **Kampf gegen Schwarzarbeit**. Sie schadet insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, gerade den kleinen Unternehmen wird dadurch ein großer Schaden zugefügt. Deshalb müssen die bestehenden Möglichkeiten noch besser genutzt werden, etwa was die **Zusammenarbeit von Zoll- und Ordnungsbehörden** auf Kreisebene angeht. Dieses Ziel haben wir uns gesetzt und das dafür Nötige in den § 13 MFG hineingeschrieben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Gesetz ist gleichzeitig das **Vergabegesetz** des Landes Schleswig-Holstein. In den §§ 14 und 15 MFG werden die Anforderungen an die Vergabe **öffentlicher Aufträge** durch Land und Kommunen beschrieben. Das ist nicht neu. Neu ist aber die **Aufnahme der Tariftreueverpflichtung** in dieses Gesetz, nachdem sich das alte Gesetz als europa-

(Minister Jost de Jager)

rechtswidrig erwiesen hat und auslaufen musste. Da wir die Tariftreuregelungen rechtssicher gestalten wollten, haben wir genau die **Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs** eingehalten. Nunmehr dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sich zu den **Mindestarbeitsbedingungen** gemäß **Arbeitnehmerentsendegesetz** verpflichten. Dies gilt auch für die **Nachunternehmen**. Verstöße dagegen - so im Gesetz nachzulesen - sind mit Sanktionen belegt.

Auch beziehen sich die **Tariftreuregelungen** nicht mehr auf **vorgegebene Branchen**, wie zum Beispiel die Baubranche, die Abfallbranche oder den Verkehrsbereich, nunmehr gelten die Regelungen nur noch dort, wo es für **allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge** gibt. Um einem Streitpunkt gleich vorzubeugen: Das ist derzeit zum Beispiel im gesamten ÖPNV-Bereich nicht der Fall.

Ich weiß, es gibt auch andere Auffassungen, dass nämlich die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs nicht für den **Verkehrssektor** gelte und da die Tariftreuregelung nach altem Muster zulässig sein müsste, wir wollen aber mit unserem neuen Mittelstandsförderungsgesetz auf „Nummer sicher“ gehen und haben uns deshalb für die vorliegende Fassung entschieden.

Die **Förderung** des Mittelstands ist das wesentliche wirtschaftspolitische Ziel dieser Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie liegt im Interesse des Landes Schleswig-Holstein und seiner Unternehmen. Dies ist allerdings ein Arbeitsfeld, das sich nicht allein auf das Mittelstandsförderungsgesetz beschränkt. Es geht darum, alle rechtlichen **Normen** auf die **Mittelstandsfreundlichkeit** hin zu überprüfen, es geht darum, bei der Vergabe und anderen Anwendungen dafür zu sorgen, dass mittelständische Unternehmen nicht in einen Nachteil geraten. Wir müssen die verschiedenen Instrumente und Mechanismen daraufhin überprüfen. Wir müssen zum Beispiel überprüfen, inwieweit PPP-Verfahren sich unter Umständen als mittelstandsfeindlich erweisen. All diese Dinge gehören auch auf die Tagesordnung. Insofern ist dieses Mittelstandsförderungsgesetz oder auch die Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes nicht die alleinige Antwort auf die Herausforderungen, sondern ein Teil eines größeren Plans.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke dem Wirtschaftsminister für seine Ausführungen zum neuen Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz. Er hat deutlich gemacht, welche Änderungen es gibt und welche **Schwerpunkte** wir zukünftig im Mittelstandsförderungsgesetz setzen werden. Ich glaube, es ist auch deutlich geworden, dass dieses Gesetz noch stärker die Belange des Mittelstands berücksichtigen wird. Beispielsweise werden **Behörden** angehalten, die Kommunikation mit den Unternehmen über das **Internet** zu verbessern, wird der internationalen Verflechtung der Unternehmen besser Rechnung getragen, etwa durch die Beteiligung an schleswig-holsteinischen Businesscentern, und es werden **öffentliche Aufträge** zukünftig auch unterhalb der Schwellenwerte grundsätzlich in **Losen** ausgeschrieben, was den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und es wird - das hat der Herr Minister ausgeführt, und das haben wir zugesagt - eine **Tariftreuregelung** aufgenommen, die europarechtskonform ist und das derzeit Mögliche abbildet.

Mit allen Änderungen machen wir das Mittelstandsförderungsgesetz wieder ein Stück besser und moderner. Aus diesem Grund wird dieses Gesetz auch zu einem Symbol, nämlich zu einem Symbol für diese Regierung. Es wird zu einem Symbol für eine gute Wirtschaftspolitik in diesem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir verbessern Schritt für Schritt weiter die Rahmenbedingungen für unsere Betriebe, wir schaffen die Grundlage für neue Arbeitsplätze, und wir eröffnen den nachwachsenden Generationen neue Perspektiven.

Die **Arbeitslosigkeit** im Land ist so niedrig wie seit knapp zwei Jahrzehnten nicht mehr. Die Anzahl der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse** war zuletzt vor der Jahrtausendwende so hoch, und das **Wirtschaftswachstum** ist trotz der Weltwirtschaftskrise robust. Das Handwerk hat erst jüngst gesagt, es sehe sich auf dem Wachstumspfad. IHK und UV Nord sehen ebenfalls einen positiven Trend. All dies und auch die Entwicklung in den Seehäfen sind hervorragende Indikatoren für

(Johannes Callsen)

eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dabei unterscheiden wir uns in einem weiteren - wie ich finde wichtigen - Punkt von der Opposition. Wir, diese Koalition, trauen dem Mittelstand nämlich etwas zu.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir wissen, dass eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen seine Mitarbeiter anständig behandelt, ordentliche Löhne zahlt und Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Daher ist es eben nicht unsere Philosophie, die Wirtschaft von oben zu gängeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich glaube, das haben wir mit dem Landesentwicklungsplan deutlich gemacht, aber auch bei der kürzlichen Diskussion im Wirtschaftsausschuss über den erhöhten Schwellenwert im Vergaberecht konnte man das Misstrauen großer Teile der Opposition gegenüber dem Mittelstand deutlich spüren. Noch einmal: Wir trauen den Menschen etwas zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Gerade der jüngst vereinbarte Branchentarifvertrag im Schienenpersonennahverkehr hat doch die **Handlungsfähigkeit der Sozialpartner** gezeigt.

Meine Damen und Herren, wir werden auch zukünftig die Weichen für Wachstum und Arbeit stellen. Ich nenne den Landesentwicklungsplan, den Ausbau der erneuerbaren Energien oder den Ausbau des Breitbandnetzes. Viele Akzente werden in diesem Land positiv gesetzt.

Ich will darauf hinweisen, dass sich das **Primäreinkommen** der schleswig-holsteinischen Haushalte jetzt wieder dem Bundesdurchschnitt nähert, während es unter Rot-Grün stetig auseinanderdriftete. Rot-Grün hat seit 1996 die Menschen im Land ärmer gemacht, die Bürger nehmen jetzt aber wieder an der allgemeinen Entwicklung teil.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

98,1 % der Haushalte in Schleswig-Holstein können - auch dank unserer Landesförderung - über Breitband-Internet verfügen. Wir sind damit übrigens auf Platz 2 unter den Flächenländern.

Wir schaffen eine hochmoderne **Verkehrsinfrastruktur**, und wir stehen zu den wichtigen Zukunftsprojekten feste Fehmarnbelt-Querung und A 20. Diese Liste ließe sich mit zahlreichen Bei-

spielen fortführen. Sie ist Ausdruck der Handlungsfähigkeit und des Handlungswillens dieser Koalition.

Eines steht auch fest: Wir werden verhindern, dass die Opposition diese Erfolge zerstört.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden verhindern, dass Sie mit Parteien, die sich auf dem Weg zum Kommunismus befinden, gemeinsame Sache machen.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Kollege Habeck, zu Ihnen komme ich gleich.

Einige Worte noch zum Änderungsantrag der Grünen: Sie wollen mit diesem Gesetzentwurf doch nur den Eindruck erwecken, Sie seien mittelstandsverliebt. Aber ich sage Ihnen: Sie hätten keinen Änderungsgesetzentwurf vorlegen müssen. Eigentlich hätte ein Dreizeiler genügt, in dem gestanden hätte: „Wir sind für gesetzliche Mindestlöhne, und wir sind für neue Auflagen für die Unternehmen“.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Und ansonsten sind wir dagegen! - Vereinzelter Beifall bei der FDP und Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Dies halten wir, die Koalition, für rechtlich unzulässig und für wirtschaftspolitisch falsch.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war zynisch! - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist denn jetzt dagegen?)

- Herr Kollege Dr. Tietze, Ich möchte noch darauf hinweisen: Sie haben in der Einführung zu Ihrem Gesetzentwurf den Hinweis auf die EU-Konformität des Gesetzes gestrichen. Ich schließe daraus, dass Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf auch nicht für europarechtlich zulässig halten. Ich beantrage Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Callsen, wovor haben Sie eigentlich so viel Angst?

(Christopher Vogt [FDP]: Vor Ihnen nicht!)

(Regina Poersch)

Vor diesem Gespenst, das in Europa umgeht? Dieses Gespenst scheint aus Ihrer Sicht ganz offensichtlich die Tariftreue zu sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihr Minister ist da deutlich weiter. Ich will mich einmal mit dem von Herrn Minister de Jager eingebrachten Gesetzentwurf befassen. Zunächst könnte man meinen, dass das, was lange währt, endlich gut wird. Ich will auch sagen: In mehreren Punkten teilt die SPD-Landtagsfraktion die Vorstellungen, die Minister de Jager in Sachen **Mittelstandsförderung, Vergabe und Tariftreue** heute vorgestellt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

So finden wir den Grundsatz einer **Auftragsaufteilung in Teillose** richtig. Wir hatten seinerzeit unter Rot-Grün - 2003 war das - in das damalige Mittelstandsförderungsgesetz - -

(Die Abgeordnete Regina Poersch [SPD] hustet)

- Entschuldigung.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Hier ist ein Glas Wasser!

Regina Poersch [SPD]:

Entschuldigung.

Kaum lobt man die Regierung, hat man einen Frosch im Hals!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] und Petra Nicolaisen [CDU])

Ich bitte um Entschuldigung. Ich will mit dem Lob fortfahren. Wir finden es richtig, dass das, was wir in Sachen Teillose 2003 geregelt hatten, jetzt sogar einen höheren Stellenwert erhalten soll. Davon haben aber leider die Kleinbetriebe und Unternehmen relativ wenig, wenn die Landesregierung gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen jetzt die **Wertgrenzen für die Auftragsvergabe** so hoch festlegt, dass die Betriebe im Zweifelsfall nicht einmal etwas von einer Ausschreibung erfahren.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Richtig wäre es, nicht nur Teillose zu verlangen, sondern auch realistische Wertgrenzen als Instru-

ment der Handwerks- und Mittelstandsförderung zu begreifen. Wir brauchen Transparenz, Nachvollziehbarkeit und gerechte und faire Wettbewerbschancen für die Betriebe in Stadt und Land.

Die SPD hat sich im Wirtschaftsausschuss gegen CDU, FDP und überraschenderweise auch DIE LINKE mit ihrem Vorschlag für deutlich niedrigere Wertgrenzen nicht durchsetzen können. Das ist nach unserer Überzeugung schädlich für kleine und mittlere Betriebe, und wir appellieren an Sie, diese falsche Weichenstellung unter Tagesordnungspunkt 43 nicht auch noch mit einem Jubelbeschluss des Landtags zu krönen.

Richtig finden wir an Ihrem Gesetz die **Zusammenführung von Einzelschriften** in einem Gesetz. Es ist gut, dass Wert darauf gelegt wird, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu fördern. Wir finden es gut, dass Ausbildung Teil des Mittelstandsförderungsgesetzes wird und dass das neue Gesetz die Verantwortung der Kommunen betont. Ich finde, diese Betonung der kommunalen Verantwortung ließe sich bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit vielleicht noch ein bisschen deutlicher herausstellen.

Wir finden es auch richtig, dass **Frauen** bei der **Existenzgründung** explizit als Gruppe genannt werden. Ich ärgere mich aber darüber, dass wieder einmal von spezifischen Problemlagen die Rede ist. Ich finde, es sind eher spezifische Interessen, die sich von den Problemlagen der Männer unterscheiden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ziel muss es doch sein, nicht nur die durchgängige Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Existenzgründung zu formulieren, sondern auch in Fragen der Ausbildung und Berufswahl.

Noch etwas fehlt uns in Ihrem Entwurf: Das **Handwerk** muss explizit genannt werden. In weiten Teilen - das ist so - decken sich die Interessen von Handwerk und Mittelstand. In anderen Bereichen reklamiert das Handwerk andere Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten. Dem sollte das Gesetz gerecht werden.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Arp?

Regina Poersch [SPD]:

Ja.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Können Sie einmal definieren, weshalb Handwerk kein Mittelstand ist?

(Zuruf: Das hat sie doch gesagt!)

- Nein, das habe ich gar nicht gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass Handwerk kein Mittelstand ist. Ich habe sogar gesagt, dass sich die Interessen in weiten Teilen decken. Es gibt aber doch den einen oder anderen Blickwinkel, aus dem sich ein familiengeführter Handwerksbetrieb von einem mittelständischen Unternehmen unterscheidet, das mit einem Geschäftsführer oder ähnlichem arbeitet oder anders strukturiert ist. Ich finde, dass wir das als weiteren Gesichtspunkt reinbringen sollten. Ich sage nicht, dass die Interessen auseinandergehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe gesagt: Mir fehlt eine Aussage zum Thema Handwerk. Mir fehlt auch eine explizite **Verpflichtung zur Einhaltung der Kernarbeitsnorm**, wie sie die internationale Arbeitsorganisation ILO formuliert. Uns ist wichtig, dass in so einem Gesetz deren Einhaltung festgeschrieben wird: das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit, Vereinigungsfreiheit, Entgeltgleichheit für die Männer und Frauen und die Abschaffung von Diskriminierung und anderes. Sie ziehen im Übrigen das Hamburgische Vergabegesetz zu rate. Dort stehen diese ILO-Kernarbeitsnormen drin. Ich finde, daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen und nicht dahinter zurückbleiben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Über die Frage der Einbeziehung einer **ÖPNV** in die **Tariftreue** hat die Anhörung zum Gesetzentwurf der Kollegen vom SSW eindeutige Erkenntnisse gebracht: Es ist möglich, man muss nur wollen.

(Beifall beim SSW)

Noch etwas: Tariftreue muss von Anfang an gelten und nicht erst ab 10.000 € aufwärts. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den besseren Gesetzentwurf vorgelegt haben. Wir sollten jetzt aber auch mit Blick auf den Gesetzentwurf der Kolleginnen und Kollegen von den Grünen das tun, was ich schon angeregt habe: Lassen Sie uns alle Vorschläge auf den Tisch legen und gemeinsam gucken, mit

welchen Regelungen wir unserem Mittelstand und unserem Handwerk hier in Schleswig-Holstein weiterhelfen können.

Ich beantrage für meine Fraktion die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, und zwar federführend, aber bitte mitberatend auch an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie im Dezember angekündigt, wo wir - wie ich sagen muss - unnötigerweise wieder einmal darüber debattiert haben, hat die Landesregierung jetzt den Entwurf für die **Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes** vorgelegt. Die Diskussion um das Tariftreuegesetz hat in diesem Hause mittlerweile schon Tradition. Ich glaube, ich rede bereits das fünfte Mal zu diesem Thema. Die Koalition hat sich in der Diskussion in den letzten Monaten dafür entschieden, eine Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes vorzulegen und eine neue Tariftreuregelung in das Gesetz einzubinden. Das entscheidende Kriterium für uns war dabei, dass diese sinnvoll und nachhaltig ausgestaltet und europarechtskonform ist.

Durch die vorliegende Gesetzesnovelle wird die **Wettbewerbssituation der kleinen und mittleren Unternehmen** vor allem bei der Vergabe deutlich verbessert. Die Novelle verbindet Anpassungen an verändertes Bundes- und Europarecht mit der Aufnahme der Tariftreuregelung.

Die aufgenommene **Tariftreuregelung** ist an die in Hamburg angelehnt und eben nicht an jene in Bremen. Die SPD hat uns schon einen Vorschlag gemacht. Das war „Bremen light“, wenn man so will. DIE LINKE will uns mit „Bremen pur“ beglücken und meint, dass sei das Beste für unser Land.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Sie freuen sich, ich merke das. - Wir haben uns an Hamburg angelehnt, weil es zum einen Sinn macht, dass wir unsere Wirtschaftsgesetzgebung mit der in Hamburg zunehmend harmonisieren, und weil die

(Christopher Vogt)

Regelung zum anderen europarechtskonform ist, was ja bei den Vorschlägen der Opposition nicht immer der Fall ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Gesetzesnovelle regeln wir auch im Bereich der Tariftreue das, was wir regeln können und dürfen. Das ist ja eigentlich ein bewährtes Prinzip der Gesetzgebung. Das ist in den letzten Jahren ein bisschen aus der Mode gekommen. Ich bin der Meinung, wir sollten uns wieder mehr daran orientieren, dass wir das regeln, was wir regeln können. Frau Kollegin Poersch, Sie haben einige Punkte aufgezählt, die noch mit rein sollten. Diese Fragen sind alle gesetzlich geregelt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Wir müssen nicht alles, was irgendwie mit dem Bereich zu tun hat, in das Gesetz reinschreiben. Das macht keinen Sinn. Gesetze sollten sinnvoll ausgestaltet und möglichst schlank sein und nachhaltig wirken und nicht ständig von Gerichten wieder abgeräumt werden. Das können die Leute mittlerweile nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, mit der jetzigen Regelung verstoßen wir nicht mehr gegen den **Grundsatz des freien Dienstleistungsgesetzes** nach Artikel 49 des EG-Vertrags, wie es beim alten Tariftreugesetz der Fall war. Das ist ein wichtiges Signal an den Mittelstand und an das Handwerk. Im Gegensatz zur SPD zählen wir das Handwerk zum Mittelstand. Die Novellierung ist ein Beitrag dazu, dass wir als absolut klassisches Mittelstandsland unserem Ziel näherkommen, in den nächsten Jahren das mittelstandsfreundlichste Bundesland in Deutschland zu werden. Das ist ein weiterer Schritt dazu, und wir sind da auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, wir wollen für nachhaltiges **Wachstum** sorgen und **Arbeitsplätze** schaffen und erhalten. Der Kollege Callsen hat es schon beschrieben, wir sind da auf einem hervorragenden Weg, glücklicherweise, trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Mittelstand steht nicht nur im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik, er ist mehr als nur das Rückgrat unserer Wirtschaft. Deswegen ist Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein immer Mittelstandspolitik.

Es freut mich, dass die SPD-Fraktion es ähnlich wie wir sieht, dass die Zusammenführung von Tariftreugesetz und Mittelstandsförderungsgesetz Sinn macht. Das ist ein Beitrag zum Bürokratieab-

bau. Natürlich gehört der Bereich der Tariftreue auch in das Vergabegesetz. Wir haben mit dem Mittelstandsförderungsgesetz schon seit vielen Jahren ein Vergabegesetz. Die Zusammenführung war aus unserer Sicht überfällig. Sie ist sinnvoll. Das unterstützt die heimische Wirtschaft. Es ist wichtig für den Mittelstand, dass die gesetzlichen Regelungen nicht in mehreren Gesetzen sind, sondern zusammengeführt werden und damit übersichtlich sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine faire Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben. Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Das Gesetz betont den Vorrang der privaten Leistungserbringung und regelt neben der öffentlichen Vergabe von Aufträgen genau das, was den Mittelstand direkt betrifft. Neben der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind das der Bereich der Existenzgründungen, der Betriebsübernahmen und der Finanzhilfen, die wirtschaftliche Forschung und Entwicklung mit dem Technologietransfer sowie die Kooperation mit den Hochschulen. Außerdem werden die Außenwirtschaftsbeziehungen des Mittelstands unterstützt, beispielsweise das WTSH-Büro in Hangzhou, und die Bekämpfung der Schwarzarbeit, geregelt was einer der wichtigsten Punkte in diesem Gesetz ist, der bisher wenig angesprochen worden ist. Das ist ein ganz wichtiges Element des Gesetzes.

Wir haben das Gesetz in den letzten Jahren öfter aktualisiert, diesmal etwas umfangreicher, wir haben die Tariftreue aufgenommen. Zur Tariftreue liegen einige weitere Vorschläge vor. Auch die Grünen haben sich jetzt daran beteiligt. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Ich glaube, am Ende wird etwas Gutes dabei herauskommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine kleine Vorbemerkung machen: Wir haben eine große Übereinstimmung bei der Beurteilung der **Bedeutung des Mittelstands**. 120.000 kleine und mittlere Unternehmen beschäf-

(Dr. Andreas Tietze)

tigen rund 85 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein und sorgen für 90 % der betrieblichen Berufsausbildungsplätze. Dieser Mittelstand ist in der Tat das wirtschaftliche Rückgrat unserer Gesellschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Der Mittelstand braucht aber auch verlässliche **ordnungspolitische Rahmenbedingungen**. Wir müssen unseren heimischen Mittelstand vor Lohndumping und ausländischen Billiganbietern schützen. Aus grüner Sicht ist der vorgelegte Gesetzentwurf der Landesregierung in dieser Hinsicht enttäuschend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sie haben leider alle guten Vorschläge, die in der langen Anhörung zum Tariftreuegesetz von Verbänden und Gewerkschaften vorgetragen worden sind, ignoriert. Sie stellen alle, die einen sozial und ökologisch gerechten Arbeitsmarkt fordern, unter den Generalverdacht, den Aufschwung abzuwürgen. Ich meine, es ist gefährlich, nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise so weiterzumachen wie vorher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, auf die drängenden Fragen und Herausforderungen einer modernen Arbeitsmarktpolitik finden Sie keine Antwort. Bei den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treten Sie auf die Bremse. Sie wollen keine sozial gerechte und ökologische Tarif- und Arbeitsmarktpolitik für Schleswig-Holstein.

Eine gesetzliche Regelung der **Tariftreue** ist auch nach dem Ruffert-Urteil machbar, wenn man nur will. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Unternehmen werden vor Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung geschützt. Wie gesagt, das nützt dem Mittelstand.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Seit 2008 ist die Tariftreue in Schleswig-Holstein ausgesetzt. Es ist fast Arbeitsverweigerung. Es besteht dringender Handlungsbedarf, dies in Ordnung zu bringen. Der Wettbewerbsvorteil ausländischer Firmen besteht nach wie vor in geringen

Lohnkosten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein müssen von ihrer guten Arbeit, die sie leisten, auch leben können. Das ist eine zentrale Forderung. Wenn dieser einfache Grundsatz in unserer Arbeitswelt nicht mehr gilt, dann haben wir gewaltige Verwerfungen.

Der derzeitige Aufschwung hat nicht zur Lohngerechtigkeit beigetragen. Das finden wir eine Schande.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Tariftreueerklärungen sind nach dem EuGH-Urteil möglich. Die Bundesländer Bremen und Berlin praktizieren das in ihren Tariftreuegesetzen. Es gibt einen Mindestlohn von 7,50 €. Ich würde mich freuen, auch die SPD an unserer Seite zu haben, wenn es darum geht, den Mindestlohn von 7,50 € in das Gesetz hineinzuschreiben. Es ist ein Symbol für sozial gerechte Mittelstands- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, dies zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Neue Studien in den Vereinigten Staaten - die sind ja nicht gerade als sozialistisch-kommunistisches Land bekannt - zeigen:

(Christopher Vogt [FDP]: Die sind aber auch pleite!)

Mindestlöhne sind Meilensteine einer modernen Arbeitsmarktpolitik. Dies ist auch international anerkannt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ich will die Rezeptur, die wir mit unserem Gesetzentwurf vorgelegt haben, für eine moderne Arbeitsmarktpolitik noch einmal nennen. Es ist der Mindestlohn, es ist die Tariftreue, die man für den ÖPNV, für die Busfahrerinnen und Busfahrer in Schleswig-Holstein organisieren kann, es ist die Präqualifikation, die sogenannte vorwettbewerbliche Eignungsprüfung - die ist EU-Norm -, es geht um die Kernarbeitsnormen der ILO - Frau Kollegin Poersch hat es angesprochen -, es geht um soziale und ökologische Rechte, es geht um Menschenrechte, es geht um Umweltstandards, die man einhalten kann.

Wir wollen einen fairen Wettbewerb vor öffentlichen Aufträgen. Diejenigen Unternehmen bekommen den Zuschlag, die soziale und ökologische Standards einhalten. Das ist ein Geben und Neh-

(Dr. Andreas Tietze)

men, das ist eine sozial gerechte Mittelstandsförderungspolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Fraktion ist überzeugt, dass wir endlich einen **Green New Deal** für Schleswig-Holstein brauchen. Wir brauchen in der **Wirtschaftsförderung** eine Fokussierung auf grüne Technologien und Dienstleistungen. Da sind wir spitze, und da können wir Weltmeister werden. Das sind die Wachstumsmotoren im 21. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Klimawandels. Da generieren wir zukünftige Wirtschaftungsketten und unseren Wohlstand.

Der Blaumann wird tatsächlich grün. Wir haben das im strategischen Ziel unter Punkt sieben bei den Zielvorgaben ergänzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderung des Mittelstands ist für uns eine permanente Aufgabe, ein Prozess kontinuierlicher Verbesserungsvorschläge, damit wir den Mittelstand in Schleswig-Holstein konkurrenzfähig halten. Das stand und steht bei uns auf der Agenda. Mit unserem grünen Gesetzentwurf wollen wir uns diesem qualifizierten Prozess stellen. Geben Sie doch konstruktiven Verbesserungsvorschlägen, die wir gar nicht immer nur mit uns verbinden - andere haben sie in der Anhörung auf den Tisch gebracht; ich verweise auch auf das engagierte Eintreten des SSW, der dieses Thema für sich immer wieder nach vorne stellt - eine echte und faire Chance! Denken Sie daran: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Das gilt auch für ein modernes Mittelstandsförderungsgesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Thoro das Wort.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Mittelstand zu stärken, liegt auch im Interesse der LINKEN. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden. Es ist eher ein ideologisches Flickwerk geworden als ein Gesetz zur Mittelstandsförderung. **Mittelstandsförderung** wäre zum Beispiel, wenn sich die Landesregierung dafür einsetzen würde, dass Großunternehmen höhere Steuern zahlen würden und der Mittelstand im Gegenzug dafür entlastet würde.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Auch Monopole zu zerschlagen, würde dem Mittelstand helfen.

Ich möchte dies am Beispiel des Buchhandels demonstrieren. Im Buchhandel ist der Vertrieb von Büchern mittlerweile monopolisiert. Die großen Bücherketten haben Extraverträge mit den Monopolisten geschlossen. Kleinere mittelständische Buchläden gucken in die Röhre und bekommen für ihre Schaufensterauslage nur noch die Bücher mit relativ geringen Verkaufsaussichten.

In der Kritik konzentriere ich mich auf die von Ihnen geplante Einführung einer **Zielbestimmung des Gesetzes**, die zu meinem Erstaunen auch noch im Änderungsantrag der Grünen enthalten ist. Sie fordern in Ihrer Gesetzesvorlage einen permanenten Zwang zur Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten von Leistungen und Unternehmen der öffentlichen Hand.

Diese Verpflichtung, immer wieder zu überprüfen, ob weitere **Privatisierungen** möglich sind, ist hart an der Grenze zum Grundrechtsbruch. Das Grundgesetz schützt die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden durch die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung aus Artikel 28 Abs. 2. Dort heißt es:

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ich möchte Ihre Gesichter sehen, wenn DIE LINKE hier einen Gesetzentwurf einbringen würde, der das Gegenteil fordert: Die kontinuierliche Überprüfung der Möglichkeiten zur Rekommunalisierung von Leistungen und Unternehmen der öffentlichen Hand gehört zu den ständigen Aufgaben der Gemeinden.

Was ist denn in den letzten zehn, 20 Jahren anderes geschehen, als dass alle Gemeinden - nicht nur in Schleswig-Holstein - geprüft haben, was noch zu privatisieren ist? Was ist das Ergebnis der wirklich vollzogenen Privatisierungen? Ein einziges Desaster. Heute suchen viele Gemeinden auch in Schleswig-Holstein händeringend nach Möglichkeiten der **Rekommunalisierung**. Nur wenn die öffentliche Hand Einfluss auf die Daseinsvorsorge nehmen kann, ist gewährleistet, dass Einrichtungen der Da-

(Björn Thoroë)

seinsvorsorge für die Menschen da sind. Daseinsvorsorge in privaten Händen ist in erster Linie immer auf Profit aus und zielt nicht darauf, das Beste für die Menschen vor Ort zu erreichen.

(Werner Kalinka [CDU]: Warum seid ihr heute eigentlich so wenige?)

Was würde denn geschehen, wenn sich ein solches Vorhaben einer flächendeckenden Privatisierung durchsetzen würde? Dieser Weg führt zu einer neomittelalterlichen Wirtschaft, die nur noch einen Geldadel kennt und den Rest der Gesellschaft fallen lässt.

Zum Schluss möchte ich auf die im Gesetz enthaltenen **Regeln zur Tariftreue** eingehen. Wer lediglich die Einhaltung von Tarifverträgen fordert, akzeptiert Dumpinglöhne. DIE LINKE will ein Tariftreue- und Vergabegesetz, das soziale und ökologische Vorgaben macht. Die öffentliche Hand hat eine Vorbildfunktion. Nur eine Mindestlohnregelung im Vergaberecht kann gewährleisten, dass Dumpinglöhne zumindest bei öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen sind.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Die öffentliche Hand sollte Dumpingtarifverträge mit Pseudogewerkschaften nicht akzeptieren.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr verehrter Herr Kollege Thoroë, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist die Diskussion um das Mittelstandsförderungsgesetz mit Tariftreue für DIE LINKE eine Herzensangelegenheit. Halten Sie es für angemessen, dass sich angesichts dieses Themas ein Mitglied Ihrer Fraktion, Frau Jansen, unentschuldigt in der Lübecker Bürgerschaft herumtreibt?

- Soweit ich informiert bin, hat sie sich schriftlich abgemeldet. Das wurde hier ja auch so durchgesagt.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Damit ist die Frage beantwortet.

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Die öffentliche Hand sollte Dumpingtarifverträge mit Pseudogewerkschaften nicht akzeptieren. Auch Dumpinglöhne wie zum Beispiel 6,53 € netto im Wach- und Sicherheitsgewerbe zu akzeptieren, ist ein Armutszeugnis für die öffentliche Hand. Kein Mensch, der Vollzeit arbeitet, sollte darauf angewiesen sein, zusätzliches Geld beim Amt beantragen zu müssen.

DIE LINKE lehnt das sogenannte Mittelstandsförderungsgesetz ab. Der Verschönerung öffentlichen Eigentums stemmen wir uns entgegen und kämpfen für die Rekommunalisierung von Stadtwerken, Energienetzen, Einrichtungen des Gesundheitssektors und des ÖPNV.

(Christopher Vogt [FDP]: Jawohl!)

DIE LINKE wird sich im Landtag und darüber hinaus für den Verbleib der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand einsetzen.

Außerdem wird DIE LINKE keine Löhne einfach so hinnehmen, die nicht zum Leben reichen und für einen Mindestlohn von mindestens 10 € streiten.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE] - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Betrachtet man den vorgelegten Gesetzentwurf und vergleicht diesen mit dem bisher gültigen Gesetz, so kann man feststellen, dass sich von der Menge her nicht viel geändert hat. Wir haben weiterhin eine Ansammlung von Paragraphen, die noch einmal verdeutlichen sollen, auf welche Art und Weise ein Land seine kleinen und mittelständischen Unternehmen fördern kann. Im Gegensatz zum bisherigen Gesetz, das in einigen Bereichen auch abschließende Aufzählungen enthielt, werden jetzt durch Worte wie „insbesondere“ diese abschließenden Aufzählungen aufgeweicht und praktisch der Regierung allein überlassen, was sie fördern will.

Wenn die Landtagsfraktionen nicht den Mut haben, in den Ausschussberatungen genaue politische Vorgaben zu machen, was gefördert werden soll, haben wir einen Unendlichkatalog. Dann können wir uns viele Paragraphen in diesem Gesetz sparen und ein-

(Lars Harms)

fach schreiben: „Das Land fördert den Mittelstand. Näheres regelt die Landesregierung.“ Ich hoffe nicht, dass die regierungstragenden Fraktionen es so weit kommen lassen.

Neben diesem Versuch der Landesregierung, das Parlament auszubremsen, kommt in diesem Gesetzentwurf ein Wiedergänger in neuem Gewand daher. Immer noch, wenn auch mit einer anderen Formulierung, ist der **Vorrang zur privaten Leistungserbringung** in § 4 festgelegt.

(Beifall der Abgeordneten Johannes Callsen [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich hatte schon in der Debatte zum Mittelstandsförderungsgesetz von 2003 darauf hingewiesen, dass es nicht Selbstzweck sein kann, dass Private für öffentliche Einrichtungen tätig werden müssen und dass, wie in § 1 festgelegt, kontinuierlich Privatisierungsmöglichkeiten überprüft werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für uns gilt der Grundsatz: Öffentliche Aufgaben müssen durch den Staat erbracht werden. Nur, wenn die freie Wirtschaft dies zweckmäßiger und wirtschaftlicher kann, kann man über eine Privatisierung nachdenken. Im Gesetz ist es aber genau andersherum, erst die Privaten und für den teuren Rest soll dann die öffentliche Hand dastehen. Wir glauben, dass dies der völlig falsche Weg ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben im Jahr 2003 trotz dieser Bedenken dem damaligen Gesetz - wie alle anderen Fraktionen damals - zustimmen können, weil insbesondere die **Einhaltung des Tariftreuegesetzes** ausdrücklich im **Mittelstandsförderungsgesetz** als Kriterium aufgenommen wurde. Was jetzt geschieht, ist das genaue Gegenteil. Die Landesregierung schraubt die Tariftreue auf das minimale Maß herunter und halbiert dann noch das Strafmaß bei möglichen Sanktionen.

Wäre man unseren Vorschlägen zur Neugestaltung des Tariftreuegesetzes im vergangenen Jahr gefolgt, wäre für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für unsere Unternehmen mehr drin gewesen. Zu unserem Gesetzentwurf zur **Tariftreue** wurde eine große Anhörung durchgeführt, und die Landesregierung war weder bereit, die Ergebnisse der Anhörung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, noch die Empfehlungen der Anzuhörenden umzusetzen.

Aber das alte Sprichwort: „Nichts ist so schlecht, als dass es nicht noch schlechter gehen könnte“, gilt auch hier. Das Gesetz gilt nämlich nach § 2 nur für Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Das heißt, für Unternehmen über dieser Grenze gilt noch nicht einmal die im Gesetz formulierte **Mini-Tariftreue**. Gleiches gilt für KMU, die zu mehr als 25 % größeren Unternehmen gehören. Da bleiben dann nicht mehr viele Unternehmen über. Aber dafür haben wir dann ein Mehr an Bürokratie, weil wir bei jedem Auftrag als öffentliche Hand nun prüfen müssen, ob der Auftragnehmer ein Unternehmen oberhalb oder unterhalb dieser Grenze ist. Dieses Problem haben wir im Übrigen auch beim grünen Gesetzentwurf. Bewerber für ein und denselben Auftrag müssen dann mal eine Tariftreueerklärung vorweisen und bei Nichteinhaltung Sanktionen befürchten, und mal eben nicht, weil sie so groß sind, dass sie von diesem Gesetz nicht erfasst sind. Das nennt man nun wohl schleswig-holsteinisches Regierungs-Gaga.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber immerhin, Kontinuität gibt es auch. Der inhaltlich völlig sinnlose § 13 bleibt bestehen. Dort steht, dass wir auf der Grundlage des Gesetzes zur **Bekämpfung der Schwarzarbeit** die Schwarzarbeit bekämpfen. Wir halten also ein Bundesgesetz ein. Das ist schön zu wissen, aber man muss es nicht wirklich in ein Gesetz reinschreiben. Die Novellierung hätte man gut dafür nutzen können, das Gesetz auf das Wesentliche zu beschränken und handwerkliche Fehler wie die eben beschriebenen zu unterlassen.

Meine Damen und Herren, so, wie das Gesetz jetzt gefasst ist, bootet es das Parlament bei Förderentscheidungen aus, läuft weiterhin dem Privatisierungswahn hinterher und leistet dem **Lohndumping** Vorschub. So ein Gesetz ist mit uns definitiv nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lieber Kollege Kubicki, ich hoffe, dass wir schnell Neuwahlen kriegen, damit wir für den Fall, dass Sie dieses Gesetz beschließen, dieses Gesetz blitzschnell wieder ändern können.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Gesetzentwurf Drucksache 17/1159 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/1227 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 23 auf:

Gemeinsame Beratung:**a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1083

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1201

b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1138

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit den Anträgen Drucksachen 17/1083 und 17/1201 jeweils zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf, das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegenden Anträge unterstützen meine Bestrebungen zur Verbesserung der Spielzeugsicherheit zum Wohle unserer Kinder. Die **EU-Spielzeug-Richtlinie** ist von den Mitgliedsstaaten ab dem 20. Juli 2011 anzuwenden. Lediglich für die in dieser Richtlinie aufgeführten **chemischen Vorgaben** wurde bis zum 20. Juli 2013 eine **Übergangsregelung** geschaffen. Obwohl das Ziel

dieser Richtlinie sein sollte, das Schutzniveau für Kinderspielzeug zu verbessern, ist leider festzustellen, dass dieses Ziel in weiten Teilen nicht erreicht wurde. In der Spielzeugrichtlinie werden die besonderen Schutzbedürfnisse von Kindern nur unzureichend berücksichtigt. **Artikel 46** der Richtlinie gibt uns jedoch die Möglichkeit, die Sicherheit von Kinderspielzeug besonders im Hinblick auf die chemischen Eigenschaften mit Unterstützung eines wissenschaftlichen Ausschusses deutlich zu verbessern.

Auf Vorschlag Deutschlands hat sich Ende letzten Jahres die EU-Arbeitsgruppe konstituiert, die zurzeit noch **offene Fragen** beantworten und die deutschen Forderungen an die chemische Sicherheit von Spielzeug einbringen soll.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf die schwerwiegendsten **Mängel** der Spielzeugrichtlinie eingehen. Erstens. Die **Grenzwerte** für Stoffe, die Krebs erzeugen, das Erbgut verändern oder die Fortpflanzung beeinträchtigen können, dürfen sich nicht an Grenzwerten des Chemikalienrechts orientieren, sondern sind am **technisch Machbaren** auszurichten. Das heißt, im Spielzeug dürfen diese Stoffe nur in einer **minimalen Konzentration** auftreten, bei der wir mit Sicherheit sagen können, dass sie die Gesundheit von Kindern beim Spielen nicht gefährden. Das gilt nicht nur für Grenzwerte im Material selbst, sondern auch für chemische Substanzen, die von den Spielzeugen bei häufigem oder intensivem **Hautkontakt** auf die Kinder übertragen werden können. Diese Stoffe sollten mit den sogenannten **Lebensmittelkontaktmaterialien** gleichgestellt werden.

Zweitens. Die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgelegten Grenzwerte müssen neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden. Nach der neuen EU-Spielzeugrichtlinie wäre für Kinder im Vergleich zu den bisherigen **nationalen Standards** die Aufnahme deutlich größerer Mengen an Blei, Quecksilber, Arsen und Barium zulässig. Es kann doch nicht sein, dass das Schutzniveau wider besseres Wissen abgesenkt wird.

Drittens. Vergleichbare Zusammenhänge gelten für die Regelungen der Richtlinie hinsichtlich der **allergenen Stoffe**. Die Entwicklung von Allergien kann nur verhindert werden, wenn der Kontakt mit allergieauslösenden Stoffen so weit wie möglich reduziert wird. Die neue Spielzeugrichtlinie enthält zwar eine Liste von 55 verbotenen allergenen Substanzen, doch wird dieses Verwendungsverbot de facto durch die Einführung eines Grenzwertes für **zulässige herstellungsbedingte Spurengehalte**

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

zum Teil wieder aufgehoben. Deshalb sollte der zulässige Spurenwert dieser verbotenen allergenen Stoffe abgesenkt werden.

Meine Damen und Herren, die **Neufassung** einer EU-Richtlinie darf nicht dazu führen, dass bisherige wissenschaftlich belegte Regelungen aufgeweicht werden. Der Bundesrat hat deshalb mit Unterstützung Schleswig-Holsteins die Bundesregierung in einer Entschließung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für diese Kernforderungen einzusetzen.

Ich möchte jetzt noch auf die Untersuchungen in Schleswig-Holstein eingehen. Wir haben sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage schon aufgeführt. Die **Beprobung** für chemische Inhaltsstoffe in Spielzeug erfolgt sowohl nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch als auch nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, in dem neben der chemischen Sicherheit vor allem die mechanische Sicherheit geregelt ist. Im **Landeslabor Schleswig-Holstein** wurden seit dem 1. Januar 2007 insgesamt 360 Spielzeugproben nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch **untersucht**. Hiervon waren 87 Proben zu beanstanden. Die Beanstandungen bezogen sich in den meisten Fällen auf Grenzwertüberschreitungen. Es gab 64 Proben, die aufgrund von Weichmachern, Benzolen und Formaldehyd, aber auch aufgrund von fehlerhaften Kennzeichnungen und physikalischen Eigenschaften beanstandet wurden.

Im Bereich des **Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes** wurden im gleichen Zeitraum in Schleswig-Holstein insgesamt 103 über eine **europaweite Datenbank** gemeldete Verdachtsfälle bearbeitet. In vier Fällen wurde insbesondere bei Kleinkindern unter drei Jahren eine potenzielle Erstickungsgefahr durch verschluckbare Kleinteile gesehen. In 41 Fällen war eine Strangulationsgefahr durch Schnüre an Spielzeugen zu befürchten. Bei 43 Spielzeugen fehlten Warnhinweise oder Kennzeichnungen.

Diese **Mängelliste** ist zwar nicht bedrohlich hoch, aber sie zeigt, dass auf dem Gebiet der Produktsicherheit von Spielzeug noch einiges zu tun ist. Deshalb wird zu prüfen sein, ob der bisherige **Kontrollumfang** seitens der zuständigen Behörden ausreichend ist und inwieweit eine noch effizientere Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich ist.

Weiterhin sind **Information und Aufklärung** über die möglichen Gefahren wichtig. Das fängt damit an, dass sich Eltern bewusst machen, dass Spielzeug keine Altersgrenzen kennt und dass sich klei-

ne Kinder schon einmal das Spielzeug der größeren Kinder greifen und es in den Mund stecken. Deshalb ist für die Spielzeugsicherheit ein Schutz vor **kritischen Stoffen** ganz besonders wichtig. Eine Hilfe dafür bietet die Kennzeichnung von Spielzeugen. Besser als das von den Herstellern selbst angebrachte und keiner unabhängigen Kontrolle unterliegende **CE-Zeichen** ist dabei das **GS-Siegel**, das eine freiwillige Kontrolle der Qualität und der Sicherheit des Spielzeugs durch unabhängige Dritte wie zum Beispiel den **TÜV** garantiert.

Über das **EU-Schnellwarnsystem RAPEX** können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher außerdem über Untersuchungsergebnisse informieren, die ein ernsthaftes Risiko darstellen. Dieses System dient nicht nur dem europaweiten schnellen Informationsaustausch der Behörden aller Mitgliedstaaten, es ist über das Internet allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugänglich. Zu klären ist weiterhin, ob den Herstellern von Spielzeugen statt der bisherigen freiwilligen Sicherheitsprüfungen und Zertifizierungen zukünftig verpflichtende Prüfungen vorgeschrieben werden sollten.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht verstehen, dass nachweislich gesundheitsgefährdende Spielzeuge immer wieder in den Verkauf kommen. Deshalb werde ich mich auch weiterhin für eine kontinuierliche **Verbesserung des Verbraucherschutzes** insbesondere bei Kinderspielzeug und für eine schnelle Umsetzung einsetzen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ministerin hat die Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht auch den Fraktionen zur Verfügung. Allerdings mache ich darauf aufmerksam: Sollten alle dies nutzen, wäre das Ziel, die Veranstaltung um 17 Uhr zu beenden, nicht erreichbar.

Nun eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Ursula Sassen von der CDU-Fraktion das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! CDU und FDP haben sich mit Antrag vom 2. Dezember 2010 eines Problems angenommen, das seit Jahren Gegenstand von Debatten im Bundestag und in den Landtagen ist. Bereits 2007 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag auf Initiative der CDU über gefährliches Spielzeug diskutiert und

(Ursula Sassen)

bemängelt, dass die Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichen. Wir haben damals einen Bericht zum europaweiten **Schnellinformationssystem RAPEX** eingefordert und kamen zu der Schlussfolgerung, dass Informationen über gefährliche Produkte noch nicht schnell genug den Vollzugsbehörden, den Verbraucherzentralen oder den Verbrauchern selbst vorliegen. Zeitaufwendige Verwaltungs- und Prüfverfahren seitens der ermittelnden Behörden tragen mit dazu bei.

Die 2009 beschlossenen neuen RAPEX-Leitlinien haben zwar zu deutlichen Verbesserungen im **Meldewesen** geführt, können aber das Grundproblem nicht beseitigen.

(Beifall bei der CDU)

Noch immer gelangt **gefährliches oder schadstoffbelastetes Spielzeug** in Kinderhände. Alle Jahre wieder zu Weihnachten häufen sich diese Berichte.

Die **Stiftung Warentest** hat im vergangenen Jahr ein vernichtendes Urteil über getestetes Spielzeug für Kinder unter drei Jahren gefällt. Mehr als 80 % der 50 getesteten Spielzeuge waren mit Schadstoffen belastet, zwei Drittel sogar stark bis sehr stark.

Besonders betroffen ist das Spielzeug aus **Nicht-EU-Ländern** mit niedrigem Umwelt- und Sicherheitsstandard. Die **Importware** macht heute mit 80 % den Löwenanteil auf dem deutschen Spielzeugmarkt aus, wobei der größte Anteil aus **China** kommt. Die globalisierte Produktion von Spielzeug führt dazu, dass gerade Weltkonzerne den umfassenden Kontrollen darüber nicht mehr nachkommen, wo ihre Produkte mit welchen Materialien oder unter welchen Bedingungen hergestellt worden sind.

Die **Margen** der chinesischen Zulieferer sind sehr gering. Viele chinesische Fabrikanten klagen, dass die internationalen Konzerne zwar **Qualitätsprüfungen** und Sicherheitsbelege verlangen, aber im Gegenzug oft nicht bereit sind, dafür mehr zu zahlen.

Aufgrund des weltweiten **Konkurrenzdrucks** bei den Herstellungspreisen sind noch immer keine verbindlichen Standards definiert worden, die insbesondere auch die gesundheitlichen und sozialen Bedingungen der Menschen bei der Fertigung sowie eventuelle Umweltschmutzung bei diesem Prozess berücksichtigen. In diesem Bereich ist mehr Verantwortungsbewusstsein der Importeure und Konzerne anzumahnen.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war eine überfällige Entscheidung, die **EU-Spielzeugrichtlinie 88/378/EWG** zu überarbeiten. Die neue Richtlinie **2009/48/EG** ist mittlerweile in Kraft getreten, hat aber nicht den erhofften Erfolg gebracht, zumal die **Grenzwerte für Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe** - PAK genannt -, die unter anderem in den sogenannten Weichmachern enthalten sind und als krebserregend gelten, noch bis 2013 ihre Gültigkeit haben. Ab 2013 wird durch die EU-Spielzeugrichtlinie bis zu 1 g PAK pro Kilogramm erlaubt - eine Wert, den **Toxikologen** noch immer für deutlich zu hoch halten.

Ein Kind zum Beispiel, das sich eine Stunde lang mit belastetem Spielzeug beschäftigt, würde ähnlich viele Schadstoffe zu sich nehmen, wie in 40 Zigaretten enthalten sind. Es kann doch nicht sein, dass Autoreifen relativ strengeren Kontrollen unterliegen als Kinderspielzeug!

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** fordert einen **Grenzwert** von 0,2 mg statt 1 g PAK pro Kilogramm. Daher muss auch hier nachgebessert werden, noch bevor die Regelung ab 2013 in Kraft tritt. Ich freue mich, dass sich auch unsere Verbraucherministerin dafür einsetzt. Auf Bundesebene hat Verbraucherministerin Ilse Aigner bereits im Dezember 2009 eine Überarbeitung gefordert. Ganz offensichtlich haben viele Anfragen und Initiativen in den Landesparlamenten, der Druck der Bundesregierung sowie des EU-Parlaments dazu beigetragen, dass es zu einer weiteren Nachbesserung der Spielzeugrichtlinie kommen wird.

Der **Bundesrat** hat in seiner 878. Sitzung am 17. Dezember 2010 beschlossen, die in der Richtlinie 2009/48/EG über die Sicherheit von Spielzeug enthaltenen **Regelungen für Chemikalien** an das besondere Schutzbedürfnis der Kinder anzupassen. Damit ist das Hauptanliegen unseres Antrages bereits erfüllt. Das heißt, es muss natürlich noch umgesetzt werden, und es wird sich zeigen, wie erfolgreich diese Maßnahme sein wird.

Unter Punkt b) haben wir gefordert - das ist auch in den anderen Anträgen übernommen worden -, eine aktuelle **Verbraucherinformation** über **kritische Produkte** sicherzustellen. Dem ist auch schon Rechnung getragen worden. Aber wir sind der Auffassung, dass das alles so noch nicht reicht. Wir haben uns daher dafür entschieden, die Anträge in den Ausschuss zu überweisen, allerdings mit einer Änderung. Da durch den heutigen mündlichen Bericht

(Ursula Sassen)

der Ministerin, der umfassend war, eigentlich unserem Antrag - ich denke, auch die SPD könnte sich damit identifizieren - Genüge getan wäre, möchten wir beantragen, über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1138, getrennt abzustimmen, und zwar über den Punkt a).

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Punkt ziehen wir zurück!)

- Den ziehen Sie zurück; dann habe ich das noch nicht mitbekommen. Dann können wir die restlichen Punkte b) bis g) mit an den Ausschuss überweisen und können da über die eingebrachten Beratungswünsche sprechen - die Sache ist eben sehr wichtig - und eventuell auch noch gemeinsam darüber nachdenken, ob darüber hinaus in der Zukunft noch etwas nötig sein wird. Ich denke, dass wir nicht das letzte Mal darüber debattiert haben. Ich wünsche mir, dass endlich einmal zu Weihnachten Spielzeug beruhigter eingekauft werden kann.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun das Wort Herr Abgeordneter Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eben bereits gesagt worden, wir ziehen natürlich den Punkt a) unseres Antrages zurück. Das ist der Historie geschuldet. Der Antrag war ja für die 15. Sitzung vorgesehen; wir wollten das Thema ja eigentlich bereits im Dezember behandeln.

Vielen Dank erst einmal vorweg für den Bericht. Ich denke, dass hier, wenn ich auch den Beitrag von Frau Sassen höre, politisch das Stadium der Betroffenheit erreicht ist. Ich muss sagen, dass wir den **Beschluss des Bundesrats** vom 17. Dezember ausdrücklich begrüßen, dass mit der Bundesratsinitiative die **EU-Spielzeugrichtlinie** angefasst werden soll. Diese Spielzeugrichtlinie ist zu Recht von Verbraucherschutzorganisationen massiv kritisiert worden. Als sie vor zwei Jahren, im Dezember 2008, beschlossen wurde, haben die Grünen im Europaparlament deswegen auch ausdrücklich gegen diese Richtlinie gestimmt. Sie ist nicht nur nachbesserungsbedürftig - ich denke, das ist heute klar geworden -, sie ist schlicht und einfach eine Katastrophe.

Die Grünen haben sich damals zugleich dafür ausgesprochen, dass Spielzeuge von einer **unabhängigen Stelle** geprüft werden sollen, bevor sie in den Handel gelangten. Die deutschen Abgeordneten von CDU/CSU und auch von der FDP haben damals dagegen gestimmt.

Ich will einmal deutlich machen. Die Folge dieses falsch verstandenen Marktliberalismus ist, dass sich die Hersteller weiterhin die Sicherheit der Spielzeuge selbst bescheinigen können. Die Frau Ministerin hat es bereits gesagt. Durch diese falsche Verbraucherpolitik werden diejenigen Unternehmen am Markt benachteiligt, die sich redlich um sichere Produkte bemühen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im April vergangenen Jahres haben wir eine Kleine Anfrage zu den Ergebnissen der **Marktüberwachung** in Bezug auf Kinderspielzeug gestellt und eine erschreckende Antwort erhalten: Ein Sechstel der untersuchten Proben enthielten gesundheitsschädliche Stoffe wie Weichmacher und so weiter.

Alarmierend waren auch die **Ergebnisse der Stiftung Warentest**, die im Oktober vergangenen Jahres veröffentlicht wurden: Bei einem Test von 50 Spielzeugen für Kinder unter drei Jahren stellte sich heraus, dass 42 Spielzeuge mit Schadstoffen belastet sind. Darunter waren nicht nur Billigprodukte, sondern auch viele Markenprodukte.

EU-weit steigt jährlich die Zahl der vom Markt genommenen gefährlichen Produkte mit zweistelligen Wachstumsraten. Ganz oben auf der Liste stehen Kinderspielzeuge.

Der eigentliche und noch weit schwerwiegendere Kritikpunkt ist, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung bei diesem Problem hinter der EU verstecken. Bund und Länder müssen ihre eigenen Handlungskompetenzen wahrnehmen, um Kinder wirkungsvoll vor diesen Gefahren zu schützen. Dafür müssen auf **nationaler Ebene** eigene Sicherheitsstandards gesetzt werden. Die Möglichkeiten dazu werden aber nicht wahrgenommen. Letztlich wird Europa nur fortschrittlich sein können, wenn man mit eigenen höheren Standards voranschreitet.

Weiter können wir den Schluss ziehen, dass wir in Bezug auf Kinderspielzeug eine bessere Marktüberwachung brauchen. Dabei sollte die **länderübergreifende Zusammenarbeit**, insbesondere mit Hamburg, erheblich verbessert werden. Außerdem sollten die Einfuhrkontrollen strenger gehandhabt werden. Ich möchte das an einem Bild verdeutli-

(Bernd Voß)

chen: Lieber einen Container im Hafen sicherstellen, als die Gesundheit der Kinder zu gefährden und anschließend in Zehntausende von Kinderzimmern vordringen zu müssen, um Rückrufaktionen zu organisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein** kritisiert in diesem Zusammenhang, dass keine Angaben zu den Herstellern oder Händlern der beanstandeten Produkte gemacht werden. Außerdem ist nicht klar, ob und, wenn ja, in welcher Weise Nachkontrollen folgen.

Neben der Marktüberwachung bedarf es weiterer Maßnahmen wie einer **besseren Verbraucherinformation**, mehr Transparenz, Sanktionen der Verantwortlichen und die Benennung der Schwarzen Schafe.

Um das einmal an einem Beispiel deutlich zu machen: Was haben Futtermittel und Spielzeuge gemeinsam? Bei beiden fehlt eine bundesweite Koordination für eine einheitliche Anlaufstelle in Deutschland. Außerdem fehlt eine zentrale Rückrufplattform.

Wir fordern daher, dass Bund und Länder nicht warten sollen, bis die EU-Richtlinie überarbeitet ist. Sondern es müssen sofort Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Sonst tauschen wir wie jedes Jahr auch 2011 „alle Jahre wieder“ die Argumente aus, warum sich nichts an der Sicherheit von Kinderspielzeugen geändert hat, warum sich nichts verbessert hat. Es muss endlich Schluss sein mit dieser schleichenden Vergiftung, die in den Kinderzimmern organisiert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Beran von der SPD-Fraktion.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank für den Bericht und auch für die Beiträge, die wir bisher gehört haben. Wir können feststellen, dass im Großen und Ganzen Einigkeit darin besteht, dass etwas getan werden muss und dass die Gefährdung recht groß ist. Unser Antrag unterscheidet sich im Prinzip nur dadurch vom Antrag der CDU, dass wir nicht abwarten wollen, was die EU macht. Wir können

nicht bis Weihnachten 2011 warten, sondern müssen gegebenenfalls selbst handeln. Deshalb ist es gut, dass man sich im Bundesrat für diese Sache einsetzt. Ich finde es auch gut, dass wir die Gelegenheit bekommen haben, diese Materie im Ausschuss zu vertiefen, sodass vielleicht auch eine gemeinsame Aktion des Landtags gestartet werden kann, damit sich in Deutschland vielleicht schon etwas tut, bevor die EU etwas unternimmt.

Lassen Sie mich nun zu meinen Ausführungen kommen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wieder wird in den Medien über **giftige Stoffe in Kinderspielzeugen und Kuscheltieren** berichtet. Der im April 2010 vorgestellte **Jahresreport der Europäischen Kommission** zeigt, dass 2009 die Anzahl der mangelhaften Produkte um 7 % angestiegen ist. An erster Stelle steht wieder gefährliches und für Kinder ungeeignetes Spielzeug. Dieser Trend setzt sich in Deutschland bis nach Schleswig-Holstein fort. Hier wurden seit Anfang 2007 bis Anfang 2010 87 von 360 Proben mit Spielwaren beanstandet und dann vom Markt genommen.

Offensichtlich reichen unsere **Vorschriften und Kontrollen** nicht, um gesundheitlich unbedenkliches Spielzeug kaufen zu können. So wurden in der Spielzeugrichtlinie der EU viel zu lasche **Grenzwerte für Chemikalien** festgesetzt. Selbst diese wurden im globalen Warenverkehr oft nicht eingehalten. Wir haben auch in den anderen Beiträgen schon davon gehört.

Man kann von Eltern nicht verlangen, dass sie Chemiespezialisten sind. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass das auf dem Markt erhältliche Spielzeug keine Gefahr für die Gesundheit ihrer Kinder ist.

Unsere Kernforderung ist, an Kinderspielzeuge aus Kunststoffen die gleichen **Anforderungen** wie an **Lebensmittelverpackungen** zu stellen; denn kleine Kinder lutschen gern und viel an ihrem Spielzeug und nehmen es in den Mund.

Trotz der oft länder- und parteienübergreifenden Einigkeit in vielen Parlamenten hat Verbrauchermministerin Aigner es versäumt, ihre zuvor angekündigte Initiative zur **Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie** in Brüssel vorzustellen. Doch nicht nur das. Schwarz-Gelb in Berlin hat auch verhindert, dass eine verpflichtende und europaweite Überprüfung von Spielzeugen eingeführt wird. Zumindest auf nationaler Ebene hat Schwarz-Gelb nicht mehr als dieses Lippenbekenntnis zu bieten. Die Interessen der Wirtschaft stehen hierbei leider über der Gesundheit der Kinder.

(Andreas Beran)

Zwischen den uns vorliegenden Anträgen besteht in der Sache große Übereinstimmung: Die **EU-Spielzeugrichtlinie** muss überarbeitet werden. Die **Grenzwerte** müssen drastisch gesenkt werden. Da es mit niedrigen Grenzwerten und Verboten allein nicht getan ist, fordern wir schon lange verpflichtende Überprüfungen der Spielzeuge. Diese Überprüfungen sind in Deutschland am **GS-Siegel** zu erkennen. Doch diese Überprüfungen erfolgen nach wie vor freiwillig.

Deshalb sollten Spielzeughersteller nun verpflichtet werden, ihre Produkte durch unabhängige zertifizierte Institutionen wie zum Beispiel den **TÜV** überprüfen zu lassen, bevor sie in den Regalen der Händler landen. Darüber hinaus soll die **Marktüberwachung** durch ausreichende Kontrollen verbessert werden. In einer nutzerfreundlichen und öffentlich zugänglichen **Datenbank** für Spielzeuge sollen die Kontrollergebnisse der Marktüberwachung der Länder und des Zolls unter Nennung von Hersteller- und Produktnamen erfasst und die Inhaltsstoffe der Spielzeuge deklariert werden.

Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass es zwar sinnvoll ist, aber allein nicht genügt, lediglich auf europäischer Ebene Verbesserungen anzustreben. Es besteht auch national die Möglichkeit, deutlich strengere Grenzwerte für gefährliche Stoffe in Kinderspielzeug zu setzen. Hierbei sehe ich angesichts der fraktions- und länderübergreifenden Einigkeit in der Sache eine gute Chance, ein nationales Importverbot für riskantes Spielzeug zu erreichen.

Zum Schluss möchte ich die Worte des ehemaligen EU-Kommissars Verheugen wiedergeben: Wenn es um die Gesundheit der Kinder geht, darf es keine Kompromisse geben. - Diese Worte sollten die Richtschnur für uns alle sein, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, schnell und wirksam alle Giftstoffe aus Kinderspielzeug fernzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Anita Klahn von der FDP-Fraktion.

Anita Klahn [FDP]:

Liebe Kollegen! Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht, der deutlich aufzeigt, dass einiges getan wird. Nichtsdestotrotz ist in den Redebeiträgen vorhin deutlich geworden, dass dies nicht ausreicht. Das reicht auch Schwarz-Gelb noch nicht aus.

Nach wie vor ist es so, dass Eltern, Großeltern und alle anderen in der Regel vor gut gefüllten Regalen stehen, wenn sie ein Spielzeug für ein Kind kaufen wollen. Sie haben es nicht einfach, eine Auswahl zu treffen. Wenn man den Anspruch hat, dass das Spielzeug, das man erwerben möchte, nicht nur pädagogisch wertvoll sein soll und darüber hinaus dem Kind gefallen soll, dann möchte man natürlich auch, dass es mit Blick auf die Materialien mit keinerlei gesundheitlichen Einschränkungen behaftet ist. Der Markt bietet eine große Auswahl an Produkten, und die Auswahl ist, wie gesagt, nicht einfach.

Sicherheit könnten Gütesiegel schaffen; das ist hier schon gesagt worden. Aber bei den **Gütesiegeln** stellt sich das Problem: Welches soll ich denn jetzt nehmen, und hinter welchem Gütesiegel verbirgt sich welche Prüfung? Der Verbraucher steht hier wirklich vor einem Dschungel. Die Aussagekraft dieser Gütesiegel - das haben wir hier eben schon angerissen - ist sehr unterschiedlich: TÜV-GS-Siegel, Öko-Tex-Siegel und CE-Siegel.

Dieses **CE-Siegel** - das möchte ich hier hervorheben - ist ganz einfach das trügerischste von allen. Denn eine Prüfung muss dort nicht erfolgen. Das Problem ist dabei - das hat eben ein Kollege schon erwähnt -: Der Hersteller kann dieses CE-Siegel für sein Produkt ausstellen, indem er ein Schriftstück verfasst, in dem er erklärt: Es ist alles in Ordnung, alles ist wunderbar. Niemand prüft das.

Ich habe, ehrlich gesagt, das auch erst bei der Recherche für meinen Redebeitrag für diesen Tagesordnungspunkt in aller Deutlichkeit erfahren. Ich habe auch erfahren - das, muss ich sagen, war für mich der Hohn des Ganzen -, dass dazu aufgefordert wird: Wenn man als Verbraucher ein Gütesiegel findet, bei dem fehlerhafte Schreibweisen vorhanden sind, dann möge man das doch bitte der zuständigen **TÜV-Stelle** melden. Meine Damen und Herren, da muss ich ganz einfach sagen: Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP)

Würden wir dieses Prozedere, dass der Hersteller nur eine Konformitätserklärung unterschreibt, ausweiten auf den Bereich der Autoherstellung beziehungsweise auf den TÜV, dann würde das bedeuten, dass ein Autobesitzer unterschreibt: Das Auto ist sicher und verkehrstechnisch in Ordnung. Er gibt diese Erklärung beim TÜV ab und bekommt den Stempel. Dann hat das Auto zwar das Siegel, aber verkehrssicher ist es wahrscheinlich immer noch nicht.

(Anita Klahn)

Wenn wir uns also die Automobilbranche als Vorbild nehmen wollen, was ich persönlich für einen guten Ansatz halte, dann sollten wir ein **europaweites Prüfsiegel** einführen, welches nach dem **Vorbild des TÜV-GS-Zeichens** durch unabhängige strenge Prüfungen verliehen wird.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bestehen aber auch noch andere Baustellen in der Verbraucherinformation, wie wir heute Morgen der Debatte zur Verbraucherinformation auch schon entnommen haben. Es gibt die **europäische Datenbank RAPEX**, welche gefährliche Produkte listet. Aber diese ist leider bis jetzt nur in englischer Sprache verfügbar, und eine **Meldepflicht von Unternehmen** bei Bekanntwerden einer Gefahr besteht leider auch nicht. Hier finde ich persönlich, dass eine gut strukturierte, barrierefreie Datenbank mit Meldepflicht geschaffen werden muss.

Das am 1. Mai 2008 in Kraft getretene **Verbraucherinformationsgesetz** beinhaltet leider immer noch keine Spielsachen. Hier haben daher auch **Verbraucher** keinen direkten **Informationsanspruch** den Unternehmen gegenüber. Ich würde mich freuen, wenn wir in den Ausschüssen auch noch einmal über die Produkthaftung beraten könnten.

Sie sehen - ich will das nicht unnötig lange ausführen -, wir haben erheblichen Handlungsbedarf. Da möchte ich ganz klar sagen: Das sieht auch Schwarz-Gelb so. Das wurde hier ja eben im Abrede gestellt. Nach wie vor sage ich auch als Mutter: Die Sicherheit unserer Kinder ist uns wichtig.

Wir begrüßen, dass der **Bundesrat** am 17. Dezember 2010 hinsichtlich der Regelungen für Chemikalien in Kinderspielzeug dem **besonderen Schutzbedürfnis von Kindern** Rechnung trägt. Das betone ich auch unter dem Aspekt, dass wir gerade die Rechte der Kinder in die Verfassung aufgenommen haben und hier unter Beweis stellen können, wie ernst wir das meinen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Einen Antrag möchte ich noch stellen: Ich würde gern die Beratung auch im Sozialausschuss und nicht nur im Umwelt- und Agrarausschuss durchführen wollen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun die Frau Abgeordnete Ellen Streitböcker von der Fraktion DIE LINKE.

Ellen Streitböcker [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich auch der Ministerin ganz herzlich für den Bericht, der sich sehr ausführlich und auch sehr kritisch mit dem Thema beschäftigt hat, danken.

Wir haben schon heute Morgen hier darüber gesprochen, was Verbrauchern alles zugemutet wird. Dass der Schutz noch nicht annähernd in dem Maße umgesetzt ist, wie man sich das wünscht, ist uns allen auch klar. Eigentlich ist eher das Gegenteil der Fall, dass die Gefahren stetig zunehmen und die **Kontrollen durch Mittelkürzungen** immer wirkungsloser werden.

Nicht nur beim Verzehr von belasteten Lebensmitteln, sondern auch beim Umgang mit Spielzeugen ist die Gesundheit erheblich bedroht. Die gesundheitsgefährdende Wirkung von Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen, den so genannten **PAKs**, oder von häufig verarbeiteten Schwermetallen wie Quecksilber, Cadmium und Blei ist seit Jahren bekannt. Immer mehr Eltern sorgen sich deshalb zu Recht, wenn sie darangehen, **Spielzeuge** für ihre Kinder zu kaufen.

DIE LINKE hat bereits im vergangenen Jahr einen Antrag auf Bundesebene eingebracht, durch **Sofortmaßnahmen** krebserregende Stoffe in Kinderspielzeugen auszuschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb freut uns zu sehen, dass Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, uns einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben, vor allem wenn man bedenkt, dass Ihre Fraktion auf Bundesebene unseren Antrag im letzten Jahr abgelehnt hat.

Dennoch gehen uns Ihre Forderungen nicht weit genug. Die von Ihnen geforderte **Überarbeitung der europäischen Richtlinien** bedeutet, dass wir es zunächst hinnehmen, dass unsere Kinder den krebserregenden Stoffen ausgesetzt sind und dass die **Industrie** PAK weiterhin in den Spielzeugen verarbeitet. Es bedeutet, dass den Käuferinnen und Käufern weiterhin keine Transparenz garantiert werden kann und dass sie noch immer nicht wissen, welche Unternehmen in verantwortungsvoller Weise Spielzeug herstellen und welche nicht.

(Ellen Streitbürger)

Wir wollen den sofortigen **Schutz** der Kinder vor **krebserregenden Stoffen**. Dafür muss Deutschland gegebenenfalls auf einzelstaatlicher Ebene unverzüglich aktiv werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen umgehend eine gesetzliche Regelung, die festlegt, dass PAK und andere krebserregende oder Erbgut verändernde Stoffe in Spielzeug nicht nachweisbar sein dürfen. Diese Stoffe haben in Kinderspielzeugen nichts zu suchen und sind deshalb generell und sofort zu verbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt den Forderungen der LINKEN sehr nahe. Der Änderungsantrag der SPD geht noch darüber hinaus und fordert eben auch ein Verbot der krebserregenden Stoffe in Spielzeug. Deshalb werden wir im Wesentlichen diesen Antrag unterstützen.

Wir sind der Meinung, dass Hersteller, die sogenannte CMR-Stoffe unnötigerweise bei der Herstellung von Kinderspielzeug verwenden oder gar Richtlinien überschreiten, öffentlich benannt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass das Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Produzenten nicht ausreicht, wurde im Bereich der Futtermittelherstellung sehr deutlich. Deshalb müssen die Kontrollen der Landesbehörden umgehend verstärkt werden. Wenn beispielsweise ein Viertel der Kinderspielzeuge und Scherzartikel, die das Landeslabor in Schleswig-Holstein untersucht hat, beanstandet werden, dann geht es nicht nur darum, die Richtlinien zu verbessern, sondern auch darum, deren **Einhaltung** strenger zu überwachen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé
[DIE LINKE])

DIE LINKE wird sich auch weiterhin für Sofortmaßnahmen einsetzen und die Sicherheit von Kinderspielzeug, wenn nötig, über eine **bundesstaatliche Regelung** einfordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wir hiernach noch eine sehr wichtige Veranstaltung haben, will ich meine Rede relativ kurz halten und darauf verweisen, dass wir eine EU-Richtlinie haben, die wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht ändern können, obwohl sie unzureichend ist. Deshalb haben wir selber die Aufgabe, hier gesetzliche Regelungen zu schaffen, die sicherstellen, dass die **Kindergesundheit** wirklich Vorrang vor allen anderen Interessen hat.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Mir geht es darum, deutlich zu machen, dass das für uns bedeutet, dass wir uns mit dem **Bund** unterhalten müssen, ob wirklich vier verschiedene Ministerien für diesen Bereich zuständig sein sollen oder ob man die Zuständigkeit nicht möglicherweise zusammenfassen kann.

Der zweite Bereich betrifft alles, was mit **Kontrolle** zu tun hat, sprich das **Landeslabor**. Wir legen Wert darauf und achten genau darauf, dass das Landeslabor so ausgestattet ist, dass es seinen **Aufgaben** nachkommen kann. Wenn dies geregelt ist, dann ist von unserer Seite schon viel für die Kindergesundheit getan.

Wenn ich mir die **Anträge** anschau, so denke ich: Allzu weit sind sie nicht auseinander, sodass die Ausschussberatungen möglicherweise dazu führen könnten, dass man zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommt. Das wäre der Sache sehr dienlich.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine ordentliche Ausschussberatung und möchte noch darauf hinweisen, dass mir gegenüber der Wunsch geäußert wurde, das Thema auch im Europaausschuss zu behandeln. Deswegen beantrage ich auch die Überweisung der Anträge an den Europaausschuss.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle zunächst fest, dass die Berichtsanhänge - Drucksachen 17/1083 und 17/1201, jeweils Buchstabe a) - durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben. Ich stelle weiter fest, dass der Buchstabe a) des Antrags Drucksache 17/1138 von der

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen wurde.

Ausschussüberweisung: Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1083 Buchstaben b) und c), sowie den Antrag Drucksache 17/1138 Buchstaben b) bis g), und den Änderungsantrag Drucksache 17/1201 Buchstaben b) bis d) dem Umwelt- und Agrarausschuss federführend, dem Sozialausschuss und dem Europaausschuss mitberatend zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -

Stimmhaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Abend.

Schluss: 17:12 Uhr